



# akzente

BERUFLICHE BILDUNG IN BAYERN

## *Unsere Themen*

- Kompetenzgerangel in Sachen Weiterbildung
- Berufsbildung – Pforte zur Menschenbildung
- Arbeitsbelastung der Lehrkräfte – Forschungsbereich mit hoher Dringlichkeit
- Personalratswahlen 2002
- Lehrerverbände machen Front gegen Beurteilungssystem
- Den öffentlichen Dienst stärken
- Visionen zur Lehrerbildung
- BBZ Münnerstadt gewinnt Schul-Oskar
- Schulpartnerschaften fördern den Europa-Gedanken
- Nachhilfe in Sachen Altersversorgung



*Gemeinsame Ziele –  
gemeinsame Wege:*



*Die Südschiene beleben.*

## HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 59 52 70  
Telefax: (089) 5 50 44 43  
Internet: <http://www.vlb-bayern.de>  
e-mail: [info@vlb-bayern.de](mailto:info@vlb-bayern.de)

## REDAKTION

Peter Thiel  
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn  
Telefon: (0931) 70 76 91  
Telefax: (0931) 70 76 91  
e-mail: [p.thiel@freenet.de](mailto:p.thiel@freenet.de)  
Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: (0931) 66 14 15  
Telefax: (0931) 6 60 72 91  
e-mail: [ruf@vlb-bayern.de](mailto:ruf@vlb-bayern.de)

## ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 59 52 70  
Telefax: (089) 5 50 44 43

## GESTALTUNG

Lattke und Lattke GmbH  
[www.lattkeundlattke.de](http://www.lattkeundlattke.de)  
Telefon: (0931) 6 60 66-0  
Telefax: (0931) 6 60 66-90

## DRUCK

Helmut Preußler-Verlag  
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg  
Telefon: (0911) 9 54 78-0  
Telefax: (0911) 5 42 486

## ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- € zzgl. Versand

## KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

## COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

## MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
decken sich nicht unbedingt mit der  
Meinung der Redaktion.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumentationsdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, im Dokumentationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK und im Dokumentationsring DOPAED bibliographisch nachgewiesen.

## REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 05/02: 2002-04-08  
für Heft 06/02: 2002-05-06  
für Heft 07/02: 2002

ISSN 0942 – 6930

# ZHALT:

## THEMA DES TAGES

- 3 Hermann Sauerwein: Die Wirtschaft gibt Störfeuer

## BILDUNGSPOLITIK

- 4 Prof. Dr. Joachim Hermann: Berufsbildung – Pforte zur Menschenbildung  
7 Peter Thiel: Lehrer-Arbeitsbelastung – Forschungsbereich mit hoher Dringlichkeit

## PERSONALVERTRETUNG

- 9 Ingrid Heckner: Der Hauptpersonalrat – engagierter Kämpfer für bessere Rahmenbedingungen  
10 abl-Pressemitteilung: Lehrerverbände machen Front gegen neues Beurteilungsverfahren

## DIENSTRECHT

- 12 Manfred Greubel: Zukunft sichern – öffentlichen Dienst stärken

## LEHRERBILDUNG

- 16 Heiko Pohlmann: Visionen zur Lehrerbildung  
17 Heiko Pohlmann: Sondermaßnahmen beschlossen  
18 Pressemitteilung des KM: Berufsschullehramt für Diplominhaber

## AUS DEM LANTAG

- 19 Anfragen, Anträge, Beschlüsse

## VLB-INITIATIVEN

- 21 Schreiben von Staatsministerin Hohlmeier: Dienstliche Beurteilung  
22 Schreiben des Finanzministeriums: Freier Eintritt für VLB-Mitglieder

## PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 23 Gißler/Koch/Wiessner: BBZ Münnerstadt gewinnt Innovationspreis

## SCHULPARTNERSCHAFTEN

- 25 Horst Lochner: Den Jugendlichen viele Kontakte ermöglichen

## AUS DEM VERBANDSLEBEN

- Landesverband  
27 Erweiterter Versicherungsschutz für Mitglieder  
28 Peter Thiel: Die „Südallianz“ tagte in Würzburg  
30 Lothar Fischer: Dienst- und Versorgungsrechtler tagten in Bernried  
31 Bezirks- und Kreisverbände: BV Unterfranken; BV Schwaben; KV Nordschwaben; KV Oberpfalz-Nord  
33 Referate und Fachgruppen: Gesundheit, Sport  
35 Senioren: Berthold Schuler: Panikmache  
36 Personalien

## KOMMUNALE SCHULEN

- 38 Peter Thiel: Prag als Ansichtssache

## FÜR SIE PERSÖNLICH

- 40 Helmut Lang: Info-Dienst Versicherungen 2002

**Titelfoto:** Peter Thiel. Unter dem Konterfei von Balthasar Neumann, links Rolf Dörflinger (Bruchsal), rechts Hermann Sauerwein (Würzburg). In beiden Städten hinterließ Balthasar Neumann nachhaltige Spuren.

Reizthema Weiterbildung:

## Die Wirtschaft gibt Störfeuer

HERMANN SAUERWEIN

In die Diskussion um die Umgestaltung beruflicher Schulen zu Kompetenzzentren für die Aus- und Weiterbildung haben sich jetzt auch die Wirtschaftsverbände eingeklinkt. Deren Kuratorium hat ein entsprechendes Positionspapier und der Bayerische Handwerkstag (BHT) eine Resolution veröffentlicht. Beide Papiere lassen sich gut auf einen Nenner bringen: Sie lehnen es ab, dass berufliche Schulen Verantwortung in der Weiterbildung übernehmen. Diese aber ist ein originärer Bestandteil beruflicher Bildung und damit Aufgabe der beruflichen Schulen. Auch die Bund-Länder-Kommission und etliche der Länder-Kultusminister sehen dies so.

„Schuster bleib bei deinem Leisten“, meint hingegen das Kuratorium und befürchtet eine „problematische Verwässerung der Kernaufgaben beruflicher Schulen“, wenn diese sich verstärkt in der Weiterbildung engagieren.

Beide Gremien - Kuratorium der Deutschen Wirtschaft und Bayerischer Handwerkstag - blicken in ihren Stellungnahmen über den eigenen Tellerrand nicht hinaus. Leider. Eine Ausweitung des Aufgabenspektrums beruflicher Schulen auf alle Aktivitätsfelder der Weiterbildung, so befürchten sie, ginge zu Lasten der beruflichen Erstausbildung. Begründet wird diese Auffassung u.a. mit dem derzeit bestehenden Lehrermangel. Darüber hinaus warnen sie vor einer „Teilverstaatlichung der Weiterbildung“, offensichtlich darauf bauend, dass der Begriff „Verstaatlichung“ unter den Deutschen seine Wirkung nicht verfehle.

In beiden Papieren kommt auch eine gewisse Furcht vor Konkurrenz auf dem Weiterbildungsmarkt zum Ausdruck. „Private Anbieter sehen sich einer unlauteren Konkurrenz

gegenüber, wenn berufliche Schulen nicht alle tatsächlichen Kosten für ihre Weiterbildungsangebote in die Preise einbeziehen müssen“, gibt das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft zu bedenken und auch der Bayerische Handwerkstag äußert Befürchtungen vor „unzulässigen Wettbewerbsverzerrungen“.

Eindeutig versucht das Kuratorium die beruflichen Schulen zurückzustutzen, wenn es ihnen auch die Rolle des Koordinators bei regionalen Berufsbildungsnetzwerken verwehrt. Die Bund-Länder-Kommission hatte diesbezüglich bereits Vorschläge unterbreitet.

Schlechte Karten also für moderne Konzeptionen der Berufsbildung, wenn Standesegoismus und hochgradiges Misstrauen sich der erforderlichen Zusammenarbeit in den Weg stellen. Das von der Wirtschaft so strikt geforderte Teambewusstsein läßt grüßen: es gilt aber nur wenns in die eigene Vorstellung passt.

Berufliche Erstausbildung und Weiterbildung - so meinen wir - gehören angesichts der rasanten Veränderungen in der Berufswelt zusammen. Nur gemeinsam genommen ergeben sie einen in sich geschlossenen Bildungsgang, den beruflichen, der bekanntlich als gleichwertig anerkannt ist.

Die ständigen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft stellen für den einzelnen einen hohen Unsicherheitsfaktor dar. Zwar ist es zunächst seine Angelegenheit, sich darauf einzustellen, doch kann ihm das nicht mehr allein überlassen bleiben. Weiterbildung ist auch eine Art hoheitliche Aufgabe im Interesse des Ganzen. Ob man die Konsequenzen daraus „Verstaatlichung“ nennt oder nicht, ändert nichts an der Tatsache. Unsere europäischen Nachbarn geben bei der Organisation ihrer Weiterbildungnetzwerke gute Beispiele.

Die Lehrer an beruflichen Schulen stellen auf Grund ihrer Qualifikation eine starke Ressource auch für die Weiterbildung dar. Die Kammern und andere freie Bildungsträger wissen und nutzen dies im Rahmen ihrer Kursangebote. Die Schulträger akzeptieren diesen nebenberuflichen Einsatz, weil er für die Lehrkräfte gleichzeitig eine kosteneutrale Fortbildung darstellt. Dass Berufsschullehrer damit ihren gesetzlichen Auftrag in der Erstausbildung verwässern, ist schlichtweg absurd. Der in der Weiterbildung erfahrene Kompetenzgewinn kommt der Erstausbildung in hohem Maße zu Gute. Und so lange dieser Einsatz im Sinne der Kammern geschieht, fragt auch keiner danach.

Es klingt wie ein schlechter Witz: Seit eh und je – wie gesagt – nutzen die Kammern die Fachkompetenz unzähliger Lehrkräfte beruflicher Schulen. Gleichzeitig aber spricht die Wirtschaft eben diesen Lehrkräften die Fähigkeit zur Koordination regionaler Berufsbildungsnetzwerke ab.

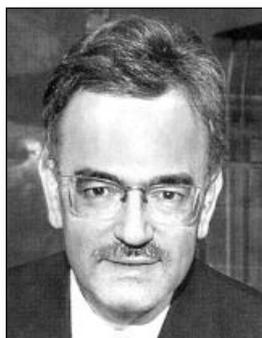
Ein Wort noch zu den angeblichen Kostenvorteilen beruflicher Schulen: Wer denkt bei der ganzen Problemlage eigentlich an den Nutzer, den Besucher solcher Maßnahmen? Mit Zuschuss können auch die beruflichen Schulen nicht arbeiten. Doch die Kosten sind nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist der Gewinn. Und was den betrifft, gibt es genügend dubiose Anbieter auf dem freien Markt.

Nein, die Bund-Länder-Kommission und der weiterblickende Teil der deutschen Kultusminister sollten sich in der Weiterbildungsfrage vom Störfeuer der Wirtschaft nicht irritieren lassen. Sie sind mit ihren Vorstellungen von entsprechenden Netzwerken auf dem richtigen Weg. Die berufliche Weiterbildung ist kein Monopol der Wirtschaft. Frankreich und andere Industrienationen machen uns – wie gesagt – das schon längst etwas vor. Wir sollten uns daran orientieren. Der Wirtschaft bieten wir – zum wiederholten Male übrigens – unsere Kooperation.



Rede des TU-Präsidenten zur Eröffnung der Ausstellung „Berufliche Bildung in Bayern“:

## Berufsbildung – Pforte zur Menschenbildung



PROF. DR. JOACHIM HERMANN

Wer die Welt mit der Hand begreift, so sagte der frühere Bundespräsident Roman Herzog – Mitglied des Hochschulrats unserer Universität – in seiner „Berliner Bildungsrede“, der müsse genau so viel gelten wie der reine Kopfarbeiter. Handwerk und Wissenschaft gehören aber zusammen. Kerschensteiner muss neben Humboldt stehen, nicht unter ihm. Die Münchner Wirkungsstätte des Bildungsreformers Kerschensteiner ist der örtliche Bezug zur Ausstellung „Berufliche Bildung in Bayern“. Berufsbildung sei die „Pforte zur Menschenbildung“ – so kann man das großartige Reformwerk Kerschensteiners zusammenfassen. Es ist auch das Motto meiner heutigen Begrüßungsansprache.

1. Die Technische Universität München hat seit ihrer Begründung als „Polytechnische Schule“ im Jahre 1868 den Weg Bayerns vom Agrarland zum Hochtechnologie-Standort begleitet. Das Geheimnis unseres Erfolgs hat viele Komponenten: Kompetenz im Spezialfach, Sprechfähigkeit in den Nachbardisziplinen, Teamgeist über Fächer- und Fakultätsgrenzen hinaus, Kooperationsfähigkeit mit der beruflichen Praxis in Betrieben und Schulen. Gleichgewicht zwischen akademischer Abgehobenheit, Lebens-

wirklichkeit und orientierungsgebender Bodenhaftigkeit, Geniales und Normales, Elfenbeinturm und Werkbank, Wissenschaft und Handwerk, Hörsaal und Laboratorium, aber auch Weihenstephaner Bier – alles das ist die Technische Universität München.

In der Wissenschaft wollen wir an der Spitze sein, um die Qualität des menschlichen Daseins zu verbessern und gleichzeitig die Umwelt, aus der wir schöpfen, zu schützen. Wir wollen aber damit auch attraktiv für die junge Generation sein, die wir mit bester wissenschaftlich-technischer Kompetenz in der Lehrerbildung zudem mit pädagogischen Fähigkeiten ausstatten. Diese Jugend steht im Mittelpunkt unserer Universität, in Forschung und nicht zuletzt in der Lehre.

2. Bildung und Beruf gehören zusammen. Bildungspolitik hat die Aufgabe, die Begabungen der jungen Menschen in ihrer Differenziertheit zu fördern. Neben der Stärkung und Modernisierung des dualen Ausbildungswezens, das den handwerklichen und akademischen Begabungen gleichermaßen ihre Berechtigung gibt, bestehen im Zeitalter der Globalisierung von Wirtschaftsmärkten besondere Herausforderungen an das Bildungswesen:

- Grundlage des Bildungswesens muss eine Wertorientierung sein, die über die unverzichtbare Leistungsorientierung hinausgreift. Der Sinn für Gemeinschaftsleistung im Team, aber mit individuell taxierbarer Einzelleistung entspricht nicht nur dem Bedarf moderner Berufsbilder, sondern fördert auch die gesellschaftliche Kultur eines Hochtechnologie-landes.
- Besonders der Lehrerberuf sollte

aus unserer Sicht im Fokus des gesellschaftlichen Lebens stehen. Dies gilt nicht nur für die Pädagogen der Grund- und Hauptschule, die für immer weniger intakte Elternhäuser die erzieherischen Pflichten wahrnehmen sollen. Auch die Pädagogen der Realschule und des Gymnasiums werden neben ihrem fachlichen Können immer stärker als Erzieher gefordert. Die Pädagogen der beruflichen Schulen werden zudem vom schnellen technischen Wandel, von erhöhten berufstheoretischen Anforderungen und von immer kürzeren Zyklen der Modernisierung der schulischen Ausstattung bedrängt.

3. Verstehen und Gestalten von Situationen in der beruflichen Bildung sind originär pädagogische Aufgaben, die jedoch einer sachlich-fachlichen Fundierung in Bezug auf die Berufsaufgaben bedarf, die jeweils Gegenstand beruflichen Lebens werden. Welcher Stellenwert in dieser Verbindung von beruflich-fachlicher mit pädagogisch-didaktischer Kompetenz jeder dieser beiden Komponenten jeweils beizumessen sei, dazu hat es in der Lehrerbildung unterschiedliche Vorstellungen gegeben.

Die Lehrerbildung, vor allem für naturwissenschaftliche und technische Fächer muss sich einer permanenten Modernisierung und Flexibilisierung anpassen. Neue Technologien, Informations- und Kommunikationstechniken, wirtschaftliche Umstrukturierungen, Wettbewerbs- und Kundenorientierung, aber auch Aspekte der Globalisierung und internationalen Verwendbarkeit zwingen zu einer ständigen Verbesserung der Qualität der Lehrerbildung. Die Ausbildung zum Lehramt an berufli-

chen Schulen im gewerblich-technischen Bereich fand für Bayern grundsätzlich in München statt, bis 1964 am Berufspädagogischen Institut in der Lohstraße 17, ab dem WS 64/65 an der Technischen Hochschule. In ihrem Hochschulentwicklungsplan 2000 hat sich die TU München dazu bekannt, gerade die Lehrerbildung an beruflichen Schulen ständig zu verbessern und zu erweitern. Dies geschieht zur Zeit mit der Einführung der beruflichen Zweifächer Telematik und Mechatronik, die auf die neuen Ausbildungsberufe ausgerichtet sind, und des beruflichen Erstfaches Gesundheits- und Pflegewissenschaft seit dem WS 99/00.

4. Bereits im Jahre 1972 sagte der damalige bayerische Kultusminister Hans Maier: „Die gesicherte Zukunft eines Landes oder einer Gesellschaft hängt nicht nur davon ab, dass ausreichend Nachwuchs an Akademikern vorhanden ist; ein soziales Gleichgewicht kann es nur geben, wenn das Verhältnis zwischen Abiturienten und Akademikern einerseits und den Facharbeitern, Meistern, Technikern, Kaufleuten, Landwirten, Krankenschwestern usw. andererseits vom Bedarf her gesehen im ganzen ausgewogen ist“.

Um die berufliche Bildung stärker an der TU München zu verankern, habe ich mich, kurz nach meinem Dienstantritt als Präsident der TU München im Jahre 1995, für die Verstärkung der Lehrlingsausbildung an unserer Hochschule eingesetzt. Mittlerweile gibt es ca. 150 Ausbildungsplätze an der TU München. Der Schwerpunkt ist Weihenstephan, wo wir der größte „Ausbildungsbetrieb“ im Landkreis Freising sind, deutlich vor dem Flughafen. Aber auch in modernen Informationstechnologien haben wir mit dem neuen „Fachinformatiker“ eine nichtakademische Berufsausbildung an der Fakultät für Informatik eingerichtet.

Wir sind der Auffassung, dass eine moderne Technische Universität die Kompetenz und Ausstattung, z.B. Laboratorien und Werkstätten, auch für die Ausbildung in einschlägigen nichtakademischen Berufsfeldern bereitstellen muss. Das ist eine gesellschaftliche Verantwortung, steht aber auch im eigenen Interesse. Den besten Absolventen bieten wir selbst Arbeitsplätze an.

Für eine weitere Effizienzverbesserung steht nunmehr die Gründung eines auch über die Hochschule hinaus operierenden „Berufsausbildungszentrums“ an einer Universität an. Die Hochschulleitung wird diese Maßnahme am 30.10.2001 beschließen. Wir werden damit bundesweit ein Signal setzen und die Überzeugung vorleben, dass in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern die wissenschaftliche und handwerkliche Ausbildung zusammengehören. Inzwischen haben Schüler der Berufsschule für Industrie und Handwerk in Bozen ein dreiwöchiges Praktikum im Bereich Qualitätssicherung von Lebensmitteln am TUM-Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt absolviert. Unter Aufsicht des Leiters der Berufsausbildung am Wissenschaftszentrum sammelten sie an den Lehrstühlen Allgemeine Lebensmitteltechnologie und Technologie der Brauerei, der staatlichen brautechnischen Prüf- und Versuchsanstalt sowie an der Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau praktische Erfahrungen mit der chemischen Analytik. Ein Austausch im Gegenzug ist geplant.

Nach Einrichtung des Berufsausbildungszentrums kann die Institutionalisierung entsprechender Praktika insbesondere mit beruflichen Schulen der Stadt München und den staatlichen Berufsschulen der näheren Umgebung ins Auge gefasst werden.

Die TU München ist der logische Standort, denn schließlich haben wir nicht nur das gesamte Sorti-

ment der Technikfächer, sondern auch die gewerblich-technische Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen. Letztere nimmt wegen des steigenden Bedarfs an Bedeutung zu.

5. In bildungspolitischen und berufspädagogischen Diskussionen wird vielfach Wilhelm von Humboldt und der Neuhumanismus dafür verantwortlich gemacht, dass die Ansätze eines beruflichen Schulwesens im 18. und frühen 19. Jahrhundert nicht für die Konstituierung einer Pflichtberufsschule zum Tragen kommen konnten. Humboldts Idee vom Menschen wurde zur Grundlage eines neuen Bildungsverständnisses, das nicht die praktische Fähigkeit zur Ausübung einer nützlichen Tätigkeit als erstrebtes Ziel der Bildung sah, Bildung sollte vielmehr Geist und Seele des Menschen formen, um die Welt zu erfassen und den eigenen Geist vervollkommen. Berufliche Bildung hatte es gegenüber diesen weiten und großzügig angelegten Zielen schwer, sich zu behaupten, weil sie schon immer bis zu einem gewissen Grad unter dem Diktat des Zweckmäßigen, Praktischen und Technischen stand. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte sich im Sog wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Veränderungen ein neues Denken über berufliche Bildung. Die Frage nach dem entsprechenden Bildungsziel stellte sich einerseits im Hinblick auf die durch wirtschaftliche Entwicklung notwendig gewordene technische und geistige Befähigung des zukünftigen Arbeiters in Handwerk und Industrie, andererseits ging es um eine „von Humboldt erlöste“ Diskussion der Berufsbildungstheorie, die in Deutschland von Georg Kerschensteiner, Aloys Fischer, Eduard Spranger, Theodor Litt u. a. geführt wurde. „Letztlich war“, wie der frühere Kultusminister Hans Maier schrieb, „Kerschensteiner ein

Mensch der Tat“. Theorie und Erkenntnis erhielten ihren Sinn erst im Handeln. Deshalb konnte er zum Begründer der Berufsschule werden und zum Antipoden Humboldts. „Wo wären wir heute“, fragte Hans Maier, „wenn es Kerscheneister nicht gegeben hätte? Sicher wäre unsere Pädagogik und unser Bildungswesen ärmer. Seine Ziele und die Maxime seines Handelns machen ihn zu einer Persönlichkeit, die er wohl selbst als Vorbild für den Erzieher erachtet hätte – und das Vorbild war für ihn Bedingung für erzieherisches Wirken. Deshalb muss es ein Gebot für uns sein: Lassen wir endlich Kerscheneister neben Humboldt treten. Es ist Zeit dafür“.

Die Berufsschule ist eine Schöpfung des 20. Jahrhunderts, die berufliche Bildungskonzeption eine Errungenschaft der jüngeren Vergangenheit, die Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit des beruflichen mit dem allgemeinbildenden Schulwesen zuweilen auch heute noch eine unerfüllte Forderung. Im Freistaat Bayern scheint durch das „Gesetz über das berufliche Schulwesen“ vom 15. Juni 1972 die bildungspolitische Fehlentwicklung unterbrochen, der Gegensatz zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung aufgehoben, das berufliche Schulwesen aber insbesondere die geförderte Anerkennung und Förderung gefunden zu haben. Das berufliche Schulwesen, über Jahrzehnte wenig beachtet, wurde erstmals in dem Gesetz als einheitlicher Schulbereich dargestellt. Mit ihm wurden die Voraussetzungen für die Chancengleichheit zwischen den Schülern der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen sowie zwischen den Schülern der ländlichen Bereiche und der Städte geschaffen. Die CSU maß im Bayerischen Landtag diesem Gesetz „eine gesellschafts- und kulturpolitische Bedeutung von besonderer Prägung in Bayern“ bei und betonte, dass dieses Gesetz die als notwendig erkannte

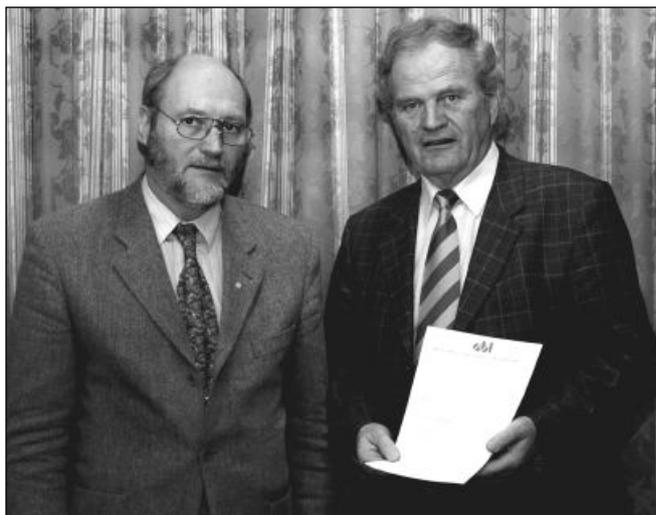
Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit des beruflichen Schulwesens und des theoretischen, allgemeinbildenden Schulwesens herbeiführe.

6. Mit der Ausstellung zur „Beruflichen Bildung in Bayern“
  - bekennt sich die Technische Universität München zum Stellenwert der beruflichen Bildung in unserer Gesellschaft und will zugleich Ort der Information, Reflexion und öffentlichen Begegnung in der Auseinandersetzung mit der beruflichen Bildung sein,
  - versucht die TUM, berufliche Bildung aus ihrem Schattendasein in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen,

- will die TUM auf neue Bildungsschwerpunkte wie Kreativität, Innovationsfreude und Teamfähigkeit aufmerksam machen und weist auf die Bildungsaufgaben von Schule und Betrieb hin (Natur und Umwelt, friedliches Zusammenleben, Kultur und Tradition, Wort und Bild, Wertbewusstsein und Sinnfindung),
- will die TUM die Vorarbeit zu einer landesweiten Wanderausstellung leisten, kann durch gleichzeitige Präsenz im Internet den Grundstein zu einem virtuellen Forum schaffen und nicht zuletzt Pilotfunktion für das Forschungsprojekt „Visualisierung der Geschichte der deutschen Berufsausbildung (VISUBA)“ haben.



## Wechsel im abl-Präsidium



Max Schmidt, Landesvorsitzender des Bayerischen Philologenverbandes (links) ist in diesem Jahr abl-Präsident. Der 51-jährige Studiendirektor aus Grafing (Fachrichtung Mathematik/Physik) löst Hermann Sauerwein ab, der das Amt 2001 inne hatte.

## „Prognose zum Lehrerbedarf in Bayern 2001“

Das Kultusministerium hat seine jährlich veröffentlichte Prognose über den Lehrerbedarf und das Lehrangebot in Bayern aktualisiert. Die Ergebnisse dieser Fortschreibung zeigen auf, wie sich die künftigen Einstellungschancen von Lehramtsbewerbern unter den aus heutiger Sicht zu treffenden Annahmen bis zum Jahr 2015 entwickeln werden. Die Prognose ist im Internetangebot des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zu finden, indem auf der Startseite mit der Adresse <http://www.stmuk.bayern.de> nacheinander die Stichworte „Schule“, „Statistik“ und „Prognose zum Lehrerbedarf in Bayern 2001“ gewählt werden. Unter der Adresse <http://www.stmuk.bayern.de/9nav/start/statistik.html> ist auch ein direkter Aufruf möglich.

„Runder Tisch“ zur Arbeitsbelastung in der Schule:

## Forschungsbereich mit hoher Dringlichkeit

PETER THIEL

Feuer unterm Dach, es läuten die Alarmglocken. Nachdem das Thema „Lehrergesundheit“ lange Zeit offenbar nicht so ganz ernst genommen worden war, droht die Sache jetzt zu eskalieren. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Im Jahr 2000 beispielsweise betrug der Anteil vorzeitiger Lehrer-Pensionierungen in Folge von Dienstunfähigkeit bezogen auf die gesamten Ruhestandsversetzungen in Bayern 54%, bundesweit sogar 60%.

Bei der Bewertung dieser Fakten geht es nicht allein um die Kosten, wengleich diese natürlich beträchtlich zu Buche schlagen. Oft auch verbergen sich hinter solchen Pensionierungen menschliche Schicksale, worüber die Betroffenen freilich nicht so gerne reden. Erkennbar - sozusagen als Spitze des Eisbergs - sind nur die vorzeitig Ausscheidenden. Daneben gibt es eine Grauzone, bestehend aus bereits „angezählten“ Lehrkräften, die – so gut es halt geht – versuchen durchzuhalten, weil sie nicht als Schwächlinge dastehen wollen. Wie sich dies im Klassenzimmer - möglicher Weise vor 32 pubertierenden Schülerinnen und Schülern - auswirke, könne man bestenfalls vermuten. Letztendlich liegt da jeder Fall anders. Dennoch sollte man, wenn man über die Ergebnisse der PISA-Studie nachdenkt, diesen Aspekt nicht ganz übersehen.

### „Die Ursachen für belastungsbedingte Erkrankungen analysieren und verringern“

Die Lehrerverbände greifen das Thema jetzt auf, wobei in Bayern der mitgliederstarke BLLV offenbar eine Art Vorreiterrolle einnimmt. Bereits zum zweiten Mal führte er im Januar ein entsprechendes

Round-Table-Gespräch durch und hatte dazu auch andere Lehrverbände in seine Münchener Geschäftsstelle eingeladen.

Hinter dem eher nüchtern klingenden Motto der Veranstaltung („Arbeitsbelastung in der Schule“) verbarg sich - wie sich mehr und mehr herausstellte - ein ungeheuer komplexer Problembereich.

„Unser übergeordnetes Ziel ist es, die Ursachen für belastungsbedingte Erkrankungen zu analysieren und durch entsprechende Maßnahmen zu verringern“, sagte BLLV-Präsident Albin Dannhäuser, als er die Runde eröffnete. „Die Ergebnisse unserer Gespräche werden dann in die konkrete politische Arbeit der Lehrverbände einfließen müssen“.

### Ein hohes Maß an Betroffenheit

In fünf Arbeitsschwerpunkten versuchten die etwa drei Dutzend Teilnehmer der Gesprächsrunde - darunter hochkarätige Vertreter aus Medizin, Psychologie und Arbeitswissenschaften - Licht in ein bedrohliches Dunkel zu bringen, vor allem aber den recht diffusen Problembereich klar zu strukturieren. In Statements wurden die Schwerpunkte von Experten angerissen und dann zur Diskussion gestellt. Verständlich, dass dabei ein hohes Maß an Betroffenheit zum Ausdruck kam. Immerhin gelang es - Kompliment an die Verantwortlichen - den Spagat zwischen dem Timing und den vielen Diskussionsbeiträgen in den Griff zu bekommen. Am Schluss der Gesprächsrunde jedenfalls war Licht am Ende des Tunnels zu erkennen und es zeichneten sich halbwegs klare Strukturen ab, wie es nun weitergehen könnte mit der Bewältigung eines Problems, welches den Schulen im Lande unter den Nägeln brennt.

### Konkrete Maßnahmen für bereits erkrankte Lehrkräfte

So lautet der Themenschwerpunkt Nummer eins, zu dem Dr. Andreas Hillert, Roseneck-Klinik (Prien), referierte. Resümee dieser ersten Runde: Berufsrelevante Therapien speziell für Lehrer sind Neuland und müssen erst entwickelt werden. Generell sei das Problembewusstsein für psychosomatische Erkrankungen nicht ausreichend vorhanden. Seitens der Lehrkräfte werde vieles kaschiert. Das Anliegen müsse enttabuisiert und rationaler angegangen werden als bislang der. Die bereits Erkrankten fühlen sich zumeist schuldbewusst. Noch bestehe für entsprechende Krankheitsbilder keine klare amtsärztliche Zuständigkeit. Eine solche müsse geschaffen und den Amtsärzten vor allem den Blick für entsprechende Leiden geschärft werden. „Alles in allem, mangelt es an Prävention“, beklagte Hillert. Die Erkrankungen haben Entstehungsgeschichten, in die man eingreifen könne. Erforderlich sei letztlich auch ein bestimmtes Maß an Selbstreflexion, zu dem bereits in der Lehrerausbildung hingeführt werden müsse.

Im Hinblick auf die Kostenträger gelte es, das Thema auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen. Mit einer entsprechenden Kostenanalyse könne der Politik am ehesten mehr Aufmerksamkeit abgerungen werden.

### Veränderung exogener Faktoren

Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt, „Vater“ der inzwischen hinlänglich bekannten Potsdamer Studie zur Lehrerbelastung, hinterfragte krankmachende Faktoren im Schulalltag.

Als Konsequenzen aus der Studie nannte er einen ganzen Katalog von Maßnahmen, so z.B. die Veränderung der Rahmenbedingungen an den Schulen, den Abbau der Verantwortlichkeit, die Reduzierung eines gewissen schulischen Aktionismus‘ (Schule braucht Ruhe und Kontinuität und muss nicht jeden Tag in der Zeitung stehen), die Schaffung



„Vater“ der Potsdamer Studie zur Lehrerbeltung: Prof. Uwe Schaarschmidt.

eines entsprechenden Arbeitsklimas durch Supervision sowie die Förderung von Kommunikation zwischen unterschiedlichen Lehrertypen (z.B. die in der Potsdamer Studie beschriebenen Typen A und S), eine positive Gestaltung der Arbeitsbedingungen an den Schulen sowie Möglichkeiten eines würdigen Ausstiegs aus dem Schuldienst, wenn Lehrer erkannt haben, dass es keinen Sinn mehr hat weiter zu machen. Im übrigen sei eine objektive Bemaßung der Unterrichtsbelastung sehr schwierig, meinte der Referent, weil das Erleben des Unterrichts individuell sehr unterschiedlich sei. Was der einen Lehrkraft an den Nerven zehre, betrachte eine andere möglicher Weise als Herausforderung.

### Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes im Hinblick auf die Schule

„Die psychosomatischen Zusammenhänge bei der Erkrankung von Lehrerinnen und Lehrern“, so Prof. Dr. Michael Kentner (Karlsruhe) als Imputgeber, „werden nicht als Berufskrankheit akzeptiert“. Es bestehe generell noch immer ein sehr eng gefaßter Gesundheitsbegriff, der kaum Platz biete für den Problembereich „Stress frißt die Seele“. Das Arbeitsschutzgesetz (aus dem Jahre 1996) sollte künftig so umgesetzt werden, dass es beispielsweise Vorsorgeuntersuchungen im Hinblick auf Sozialängstlichkeit oder auf das Burn-out-Syndrom sowie ein ent-



Den Gesundheitsbegriff weiter fassen: Prof. Michael Kentner. Fotos BLLV

sprechendes Anti-Stress-Training ermögliche.

### Forschung und wissenschaftliche Aktivitäten

„Welche Forschungsergebnisse gibt es im Bereich Arbeitsbelastung in pädagogischen Einrichtungen?“ fragte Prof. Bernhard Sieland (Lüneburg) und stellte fest, dass es diesbezüglich noch viel zu tun gebe. Vor allem müsse präziser an den einzel-



Nicht nur über, sondern zusammen mit den Lehrern evaluieren: Prof. Bernhard Sieland.

nen Lehrergruppen geforscht werden, weil deren Tätigkeitsprofile sehr unterschiedlich seien. Dabei gelte es nicht nur über, sondern zusammen mit dem Lehrer zu evaluieren und zwar nicht erst dann, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Der Selbstevaluation komme eine herausragende Bedeutung zu. Das „Schulklima“ sollte unter zweierlei Gesichtspunkten analysiert werden, zum einen aus der Sicht der Schüler, zum anderen

aus der Sicht der Lehrkräfte. Beides sei nicht unbedingt identisch. Die Forschungsergebnisse, so Sieland, müssen transferiert und entsprechende Netzwerke zwischen den Forschungsstätten aufgebaut werden. In Form eines Gesamtkonzeptes wissenschaftlicher Forschung müssen die Ergebnisse u.a. auch in die Lehrerbildung einfließen.

### Aktivitäten zur Selbsthilfe

Inwieweit können die Berufsverbände hinsichtlich der Gesundheit Verantwortung für ihre Mitglieder übernehmen? fragte Klaus Wenzel (BLLV) in seinem Statement.

Unterschieden werden müsse zwischen Verhältnisprävention (Einfluss auf Rahmenbedingungen) und Verhaltensprävention (Möglichkeiten des Einzelnen).

Entscheidende Frage: Wie bekommt man diejenigen zu Präventionsmaßnahmen, die „mauern“, die die Problemlage also verdrängen? „Der einzige Ort, an dem ich etwas verändern kann, ist unter meinem Hut“, sagte Wenzel, was bedeute, dass es letztlich auf die persönliche Einstellung ankomme.

Besorgnis geäußert wurde in der Gesprächsrunde über die Besetzung schulischer Leitungsfunktionen. Insbesondere von den Schulleitern nämlich hänge das Betriebsklima ab und ob dies gut ist oder schlecht sei, berühre das Thema Lehrgesundheit und Unterrichtseffizienz ganz entscheidend.

Wie gesagt, der Runde Tisch in der Münchener BLLV-Geschäftsstelle war effektiv und griff eine längst bearbeitungsbedürftige Problemlage auf. Der Berichterstatter war bemüht, die wesentlichen in der Runde geäußerten Gesichtspunkte wieder zu geben. Möglicherweise ist das eine oder andere Detail auf der Strecke geblieben, aber das Thema wird uns ja weiter begleiten. Die vollständigen Ergebnisse des Tages will der Veranstalter nun in einem Thesenpapier zusammenfassen, welches den Teilnehmern sowie deren Organisationen zur politischen Arbeit zur Verfügung gestellt wird.



## Personalratswahlen 2002:

## Eine effektive und sachkundige Interessenvertretung ist nötig

Am 11. Juni ist es wieder so weit. Die Kolleginnen und Kollegen wählen ihre örtlichen Personalräte sowie die Stufenvertretungen Bezirkspersonalrat (ohne FOS/BOS) und Hauptpersonalrat. Damit die Personalratswahlen fehlerfrei ablaufen hat der VLB die örtlichen Wahlvorstände geschult.

Nun gilt es, engagierte Lehrerinnen und Lehrer für eine Kandidatur an der Schule zu gewinnen. Erfreulich ist es, dass viele bewährte Personalräte für die Vertretung der Kollegeninteressen wieder zur Verfügung stehen. Eine gewisse Kontinuität in der Personalratsarbeit erleichtert den Start in die nächsten Jahre. Die örtlichen Personalräte brauchen wir mehr denn je. Themen wie innere Schulentwicklung und Delegation von Aufgaben von oben nach unten, geben den Schulleitungen Gestaltungsspielraum, der von der Perso-

nalvertretung konstruktiv-kritisch begleitet werden muss. Kompetenzzentren, offenes Lehrereinstellungs- und Versetzungsverfahren, ungleichmässige Verteilung des Unterrichts über das Schuljahr hinweg, Flexibilisierung der Arbeitszeit sind nur einige der Schlagworte, die das berufliche Schulwesen grundlegend beeinflussen werden. Der VLB hat die Stärkung der Schulen vor Ort immer unterstützt, damit stärker als heute, je nach regionalen Gegebenheiten, ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot, das auch die weiterbildenden beruflichen Schulen umfasst, geschaffen werden kann. Ein wichtiges Aufgabenfeld für die örtliche Personalvertretung ist, im Zusammenspiel von Schulaufsicht, örtlicher Sachaufwandsträger und innerschulischer Konzepte eine gesunde Lösung voranzutreiben, die einerseits den Schulstandort langfri-

stig sichert und andererseits unnötigen Schüler- und Lehrertourismus vermeiden hilft. Das bayerische Personalvertretungsgesetz sieht bei Entscheidungen, die die Schulleitung trifft, im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit und der Mitwirkung und Mitbestimmung auf vielen Sachgebieten eine Beteiligung des örtlichen Personalrats vor. Wählen Sie am 11. Juni einen örtlichen Personalrat mit fachkompetenten Kolleginnen und Kollegen. Diese Fachleute hat der VLB. Unser Verband schult im Herbst 2002 die neugewählten Personalräte, um sie schnellstmöglich auf ihre Aufgabe vorzubereiten. Stärken Sie die VLB-Kandidaten durch ihre Stimme bei den Wahlen. Im Zusammenspiel von örtlichen Personalräten mit Bezirks- und Hauptpersonalrat entsteht eine effektive, sachkundige Interessensvertretung. In der Stufenvertretung sind es die VLB-Vertreterinnen und -Vertreter, die kraftvoll an einer kontinuierlichen Verbesserung der Bedingungen an den Schulen arbeiten und stets ein offenes Ohr für Probleme und Anliegen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort haben. -VLB-

## Der Hauptpersonalrat (HRP):

## Engagierter Kämpfer für bessere Rahmenbedingungen



INGRID HECKNER

Im 25-köpfigen Hauptpersonalratsgremium ist die Gruppe der Leh-

rer an beruflichen Schulen mit zwei Personen vertreten. Als Gruppensprecherin vertrete ich mit dem stellvertretenden Gruppensprecher Horst Hackel innerhalb des Gesamtgremiums die beruflichen Positionen in allen Anliegen, die die Lehrer insgesamt betreffen. Die gruppenspezifischen Anliegen werden direkt mit der beruflichen Abteilung im Kultusministerium verhandelt.

### Aufgaben des HPR

Hier soll lediglich ein Überblick über Arbeits- und Funktionsweise

dieses wichtigen Organs der Mitbestimmung und Mitwirkung gegeben werden. Mitbestimmung bei Personalmassnahmen finden überall dort statt, wo das Kultusministerium die Entscheidung trifft. Hier handelt es sich in erster Linie um Funktionsbesetzungen, Beförderungen und Einstellungen im Bereich der Fach- und Berufsoberschulen. Funktionsübertragungen im Berufsschulbereich sind mittlerweile an die Bezirksregierungen und damit in den Zuständigkeitsbereich der Bezirkspersonalräte übertragen. Finden in Mitbestimmungsangelegenheiten (auch Versetzung gegen den Willen der Beschäftigten, Aufhebung von genehmigten Teilzeitanträgen u.ä.) BPR und Bezirksregierung keine einvernehmliche Lösung, wird die Personalmaßnahme am Ministerium unter Hinzuziehen des Hauptpersonalrats entschieden. Es be-

steht Mitwirkung an allen Richtlinien und Regelungen, die das Schulleben beeinflussen. Das ist ein zentraler Bereich der Arbeit des Hauptpersonalrats. Hierzu einige Beispiele: Die Regelungen zum freien Einstellungs- und Versetzungsverfahren wurden vom HPR entscheidend mitgestaltet. So wurden z.B. die vom HPR geforderte Sozialklausel eingearbeitet, ein mögliches Stellensplitting zur Vermeidung von Teilzeitbenachteiligungen aufgenommen, die zeitnahe Aktualisierung in der Internetausschreibung durchgeführt. Aktuell verhandeln wir mit dem Kultusministerium das weitere Vorgehen bei der missglückten dienstlichen Beurteilung. Leider haben die zahlreichen Gespräche des HPR mit dem Kultusministerium über das laufende Beurteilungsverfahren zu keinem rechtzeitigen Handeln geführt. Dass nun bei allen politischen Verantwortungsträgern, einschließlich der Kultusministerin die Erkenntnis vorhanden ist, dass mit den praktizierten Schulschnitten größte Demotivation und Ungerechtigkeiten einhergehen, ist ein

später Erfolg. Nun gilt es, alle Energie darauf zu verwenden, dass die laufbahnrelevanten negativen Folgen der Beurteilung außer Kraft gesetzt werden und dem aktuellen Leistungsstand der Kolleginnen und Kollegen Rechnung getragen wird. Eine angekündigte Reform der reformierten Beurteilungsrichtlinien ist angekündigt und muss tatkräftig vom HPR begleitet werden. Zusätzliche Anrechnungsstunden für Systembetreuer sind politisch bereits positiv entschieden. Die Verteilung dieser Stunden im kommenden Schuljahr auf die einzelnen Schulen wird vom HPR aufmerksam begleitet werden. Hereinarbeiten von ausfallendem Unterricht nach Prüfungen bedarf keiner erbsenzählerischen Regelungen vor Ort. Die Anrechnung von Prüfungsbelastungen und außerordentlichem Engagement außerhalb des Unterrichts muss an den Schulen angemessen umgesetzt werden. Dazu gehört auch die Anerkennung des außerordentlich hohen Fortbildungsbedarfs an beruflichen Schulen, um den aktuellen technischen und

wirtschaftlichen Anforderungen gewachsen zu sein. Die beruflichen Schulen sind ein Innovationspool in Sachen Schulentwicklung, auch beispielgebend für andere Schularten. Diese Anerkennung müssen wir einfordern und den Kolleginnen und Kollegen die entsprechenden Rahmenbedingungen für qualitativ hochwertigen Unterricht erkämpfen. Es ist noch ein langer Weg, von der durch Rechtsvorschriften und Verordnungen gegängelten Schule zur eigenverantwortlich agierenden Kompetenzschule, die im Wettbewerb der Regionen einen hohen Stellenwert genießen wird.

Dafür stehen wir, ich, Kollege Horst Hackel und die weiteren Kandidaten auf unserer Hauptpersonalratsliste. 

**Wir bitten um Ihr Vertrauen, gehen Sie am 11. Juni zur Wahl, jede Stimme zählt. Ihr Votum entscheidet über die Verhandlungsstärke ihres Hauptpersonalrats.**

Pressemitteilung der abl, 18.02.02:

## *Lehrerverbände machen Front gegen neues Beurteilungssystem*

Heftige Kritik an dem vor zwei Jahren neu eingeführten Beurteilungssystem für Lehrkräfte übt die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) nach einem Treffen in München. Der turnusgemäß neu bestimmte abl-Präsident Max Schmidt sagte, die seit April 2000 für die Lehrer in Bayern geltenden Beurteilungsrichtlinien seien im Praxistest klar gescheitert. Die Akzeptanz in den Lehrerkollegien sei äußerst gering, bei den Beurteilten überwiege eindeutig die Ablehnung. Der abl-Präsident betonte: „Anlage und Durchführung des im Hauruckverfahren eingeführten Beurteilungssystems sind mit den Anforderungen, die heute an moderne Personalführungskonzepte

gestellt werden müssen, nicht vereinbar. Das in den Richtlinien vorgegebene Ziel, Lehrkräfte zu einer bestmöglichen Entfaltung ihrer Leistungen zu motivieren, wird nicht nur verfehlt, sondern vielfach ins Gegenteil verkehrt. Tausende, von äußerst engagierten Lehrkräften, die sich etwa auch für die innere Schulentwicklung eingesetzt haben, fühlen sich durch die neue Beurteilung abqualifiziert.“

### **Demotivierung statt Ansporn**

Im Einzelnen kritisierten die in der abl zusammengeschlossenen Lehrerverbände insbesondere folgende Bestandteile des Beurteilungssystems:

- Die Vorgabe eines verbindlichen

Richtwertes von 9,0 Punkten, der bis hinunter an die Einzelschule rigide durchgesetzt worden sei, habe unabhängig von Engagement und Leistungsbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen vor Ort diese mehrheitlich zu „Durchschnittslehrkräften“ degradiert.

Für jede gute Beurteilung mussten die Schulleiter auch eine unterdurchschnittliche Beurteilung vergeben, um den vorgegebenen Schnitt zu halten.

- Die Ausweitung der Bewertungsskala von 7 auf 16 Stufen sei weder für die Beurteiler praktikabel noch für die Beurteilten nachvollziehbar. Durch die Vorgabe eines Durchschnitts sei zudem die angestrebte Differenzierung und Entzerrung der

Beurteilungsprädikate nicht erreicht worden.

- Es fehle den Beurteilungsrichtlinien sowohl die nötige Transparenz als auch die erforderliche Individualität der persönlichen Leistungsbeschreibung. Die Vielzahl an zu vergebenden Punktwerten für Einzelkriterien erwecke den Anschein von Objektivität – das Zustandekommen der Punktwerte sei jedoch schwer nachprüfbar.
- Das im Finanzministerium entwickelte neue Beurteilungsverfahren sei hinsichtlich der Übertragbarkeit auf den Lehrerbereich nicht erprobt und geprüft worden.
- Die Schulleitungen wurden auf das neue Beurteilungsverfahren nicht hinreichend vorbereitet.

#### **Änderung des Beurteilungsverfahrens in Aussicht gestellt.**

abl-Präsident Max Schmidt begrüßte es, dass sowohl der bayerische Finanzminister als auch die Regierungsfraktion inzwischen ein-

gesehen hätten, dass das neue Beurteilungssystem den Praxistest nicht bestanden habe und verändert und überarbeitet werden müsse. Auch die Opposition unterstützte die Kritik der Lehrerverbände. Er bekräftigte, dass sich die abl nicht gegen ein Beurteilungsverfahren generell wende. Eine Regelbeurteilung in Kombination mit einer Anlassbeurteilung sei sicherlich besser, da hier-

bei stärker auf die Belange der Schule eingegangen werden könne. „Das vor zwei Jahren eingeführte System muss umgehend abgeschafft und durch ein modernes, auf Motivation, Transparenz und die stärkere Einbeziehung der Beurteilten ausgerichtetes Verfahren ersetzt werden“, sagte Schmidt.

V.i.S.d.P.: Heinz-Peter Meidinger, Pressesprecher der abl

### **CSU reformiert Beurteilungssystem für Lehrer**

(dpa) – Das von den Lehrerverbänden heftig kritisierte und vor zwei Jahren in Bayern eingeführte neue Beurteilungssystem für Lehrer soll nach dem Willen der CSU reformiert werden. Ein von der CSU-Fraktion beschlossener Antrag sieht vor, die periodischen Beurteilungen auf ein „unverzichtbares Mindestmaß“ je nach Schulart festzulegen.

Außerdem sollen die Schulleitungen den Lehrkräften nach Abschluss der regelmäßigen Beurteilungen in einem „Leistungsbericht“ über die Einschätzungen ihrer Leistungen berichten. Ziel sei es, ein eigenständiges Beurteilungssystem für Lehrkräfte zu schaffen, das zwischen „Leistungs- und Verwendungsbeurteilung“ unterscheidet.

Delegiertentag des BBB vom 31.01. bis 01.02.2002 in München:

## Zukunft sichern — öffentlichen Dienst stärken

MANFRED GREUBEL

Den 515 geladenen Delegierten aus über 50 Mitgliedsgewerkschaften war bereits bei der Anreise klar, dass Sie nicht nur unter dem oben genannten Motto die Weichen für die nächsten vier Jahre zu stellen hatten, sondern sich auch von ihrem langjährigen Vorsitzenden verabschieden müssen. Dieter Kattenbeck erklärte bereits bei seiner Ruhestandsversetzung im November 2001, dass er nach fast 50-jähriger Verbandsarbeit und zuletzt 12-jähriger Amtszeit als Vorsitzender für eine Wiederwahl nicht mehr kandidieren werde. Als Nachfolger empfahlen sich bis zu Beginn der Tagung Josef Bugiel (Finanzgewerkschaft) und Rolf Habermann (BLLV) als aussichtsreiche Kandidaten für die Wahl. Die in der abl. zusammengeschlossenen Lehrerverbände einigten sich bereits im Vorfeld darauf, Rolf Habermann zu unterstützen. Es bestand nämlich erstmals in der Geschichte des Bayerischen Beamtensyndikats die Möglichkeit, einen Bewerber aus einem Lehrerverband an die Spitze zu wählen. Dass den Dele-

gierten die Qual der Wahl erspart blieb lag daran, dass keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen wurden und bereits in der am Vortag stattgefundenen Sitzung des Hauptausschusses Herr Bugiel erklärte, dass er für eine Wahl als Vorsitzender nicht zur Verfügung stehe. Rolf Habermann wurde dann auch mit deutlicher Mehrheit gewählt, wozu wir herzlich gratulieren.

Doch nun zurück zu den weiteren Aufgaben. Die Delegierten hatten über Entschließungen und Anträge zu beraten und die weiteren Verbandsorgane zu wählen. Die Interessen des VLB vertraten Kollegin Ingrid Heckner und die Kollegen Brosig, Greubel, Hackel, Lambl, Sauerwein, Scholz, Ulbrich und Weigand.

### Eröffnung und Begrüßung

In der Begrüßungsrede wies der Vorsitzende, Senator Dieter Kattenbeck, auf die Ereignisse der letzten vier Jahre hin. Sie waren geprägt von Sparmaßnahmen die sich im Milliardenbereich bewegen. So sei nur erinnert an die Versorgungsreform

1998, das Versorgungsänderungsgesetz, die Nullrunde im Jahre 2000 etc. Diese Sparmaßnahmen sind jedoch nicht abgeschlossen, sondern werden fortgesetzt. Dies zeigt sich besonders bei den im Besoldungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen. Hervorgehoben seien der geplante Wegfall des „Verheiratenzuschlags“ und die Einführung der Bandbreiten für Anstellung und Beförderung.

Heftig wurden auch die Vorhaben der bayerischen Staatsregierung kritisiert. Es wird nicht hingenommen, dass das Beurteilungssystem mit den vorgegebenen Richtwerten zu gravierenden Benachteiligungen führt. Es findet keine Beurteilung nach dem Grundsatz der Eignung, Befähigung und Leistung statt, sondern die Zuteilung einer bestimmten Punktzahl, die für das Erreichen der Quote von 9 Punkten erforderlich ist. Dieses Verfahren ist juristisch nicht haltbar und die negativen Auswirkungen auf die Beförderungswartezeit, die Beförderung nach A 15, die Vergabe der Leistungsstufe etc. sind nicht motivierend, sondern für einen hohen Qualitätsstandard in höchstem Maße kontraproduktiv. Die in Folge der erforderlichen Sicherheitsausgaben erfolgte Erhöhung der Wiederbesetzungssperre von sechs auf neun Monate ist gänzlich aufzuheben. Scharf zu verurteilen sind auch die Absichten des Finanzministers, die Altersteilzeit auf den Prüfstand zu stellen. Abschließend stellte Kattenbeck klar heraus, dass die zukünftigen Probleme der Gesellschaft nicht ohne die Unterstützung motivierter Beamter möglich sei. Es gelte somit der Auftrag, den Beamten keine weiteren Sonderopfer abzuverlangen, sondern eine leistungsgerechte Besoldung und Versorgung zu gewähren.

Bevor dann die eigentliche Arbeit beginnen konnte, mussten die Regularien, wie Wahl der Tagungsleitung, des Schriftführers und der Mandatsprüfungskommission, Beschlussfassung über die Geschäfts- und Wahlordnung und der Feststellung der stimmberechtigten Delegierten geklärt werden.



Die Vertreter des VLB beim Delegiertentag. 1. Reihe von rechts nach links Hermann Sauerwein, Ingrid Heckner, Manfred Greubel, Horst Hackel, Armin Ulbrich, Wolfgang Lambl. 2. Reihe Klemens Brosig, Alfred Weigand.

## Entschliefungen

Im Anschluss daran wurden zwei Entschliefungen verabschiedet, die zum einen zur Bundespolitik und zum anderen zur Landespolitik Stellung nehmen. An den Bundestag und den Bundesrat wird appelliert, dem Besoldungsstrukturgesetz nicht zuzustimmen und der geplanten Erweiterungen der Vergabe von Ffhrungsämtern auf Zeit zu widersprechen. Es wird deutlich ange-mahnt die Ämter grundsätzlich auf Lebenszeit zu vergeben, da die Ämterföhrung frei von politischen Richtungen zu erfolgen hat. Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen des Versorgungsänderungsgesetzes ehest möglich unter Beachtung der Vorleistungen, der Rechtsstaatlichkeit und des grundlegenden Unterschieds beider Versorgungsleistungen korrigiert werden müssen.

Die Staatsregierung wird eindringlich ermahnt, die Regelungen der Altersteilzeit nicht weiter zu verschlechtern, die Arbeitszeitverkürzung zurückzunehmen, die Vergabe von Ämtern auf Zeit zu unterlassen, das Beurteilungssystem zu korrigieren und die Arbeitsbelastung durch adäquate Maßnahmen zu reduzieren.

## Wahlen

Nach § 17 der Satzung hatten die Delegierten die Mitglieder des Vorstandes, die Beisitzer für den Hauptvorstand und die Rechnungsprüfer zu wählen.

Für die Wahl zum Vorsitzenden wurde Rolf Habermann vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gab es nicht. Kollege Habermann wurde mit überwältigender Mehrheit gewählt.

Die fünf Stellvertreter wurden gemäß Satzung in getrennten Wahlgängen in geheimer Wahl gewählt.

Von den bisherigen Stellvertretern standen auf eigenen Wunsch Kollege Willi Wolf und aufgrund der Wahl zum Vorsitzenden Kollege Habermann nicht mehr zur Verfügung.

- Für den ersten Wahlgang wurde Frau Ilse Schedl vorgeschlagen.



Blick aufs Podium. Am Rednerpult der neue Vorsitzenden Rolf Habermann.

Weitere Vorschläge gingen nicht ein. Somit wurde Frau Schedl mit überzeugender Mehrheit gewählt.

- Für den zweiten Wahlgang wurde Herr Kollege Josef Bugiel vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gingen nicht ein. Somit wurde Bugiel mit überragender Mehrheit gewählt.
- Für den dritten Wahlgang wurde Herr Wilhelm Renner vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gingen nicht ein. Somit wurde er mit deutlicher Mehrheit gewählt
- Für den vierten Wahlgang wurden die Herr Gerhard Sixt und Bernd Jochem vorgeschlagen. Herr Sixt konnte sich mit deutlicher Mehrheit durchsetzen.
- Für den fünften Wahlgang wurde Herr Adolf Mittermeier und nochmals Herr Jochem vorgeschlagen. Herr Mittermeier konnte sich mit deutlicher Mehrheit durchsetzen.

Die 23 Beisitzer für den Hauptvorstand werden wie folgt gewählt:

- Je ein Beisitzer wird von den 19 mitgliederstärksten Landes- und Kommunalverbänden vorgeschlagen.
- Der VLB ist auf dem 14. Rang und konnte somit seinen Referenten für Dienstrecht, Kollege Manfred Greubel vorschlagen. Dieser wurde mit einer Enthaltung einstimmig gewählt.

Ferner: Ein Sitz steht dem technischen Verwaltungsdienst zu, einen Sitz erhält die BBB-Jugend Bayern

und zwei Sitze werden frei vergeben. Für die zwei freien Sitze wurden vier Kandidaten vorgeschlagen. Gewählt wurden Frau Helene Wildfeuer und Herr Hermann Vogelgsang.

## Ehrenvorsitzender und Ehrenmitglieder

Der bisherige BBB-Vorsitzende Senator a. D. Dieter Kattenbeck wurde zum Ehrenvorsitzenden und der bisherige stellvertretende BBB-Vorsitzende Senator a. D. Willi Wolf wurde zum Ehrenmitglied des BBB gewählt.

## Festveranstaltung

Die Festveranstaltung wurde mit einer Begrüßungsrede des neu gewählten Vorsitzenden eröffnet. Er stellte in aller Deutlichkeit noch einmal die bereits erwähnten Missstände heraus und versprach, sich mit aller Energie und Sachverstand dafür einzusetzen, dass das Berufsbeamtentum leistungsfähig erhalten bleibt und es in der Zukunft nicht zum Auslaufmodell verkommt. Er bekräftigte klar und unmissverständlich, dass die Beamten sich bei der Bewältigung der momentanen volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht ausschließen wollen. Jedoch dürfe dies nicht auf den Schultern der Beamten alleine lasten. Sonderopfer können nicht weiter hingenommen werden. Es seien vielmehr alle Bevölkerungsgruppen und politischen Kräfte ge-

fordert. Soll der öffentlichen Dienstes nicht funktionsunfähig werden, dann dürfe die Attraktivität nicht mit den Füßen getreten werden, wie dies durch Arbeitszeitverlängerung, Nullrunde, Wiederbesetzungssperre, Versorgungseinbußen geschah und durch das Versorgungsänderungsgesetz und den Entwurf des Besoldungsstrukturgesetzes weiter erfolgen soll. Als glatte Fehlleistung betrachte er auch das Beurteilungsverfahren. Er forderte zum Schluss seiner Rede alle auf, ihm bei der Fortentwicklung und zukunftsorientierten Gestaltung des Öffentlichen Dienstes mit allen Kräften behilflich zu sein.

### Festansprache

Der Festansprache gingen Grußworte des Oberbürgermeisters der Stadt München, Herrn Christian Ude und der im Landtag vertretenen Parteien voraus. Für die CSU sprach MdL Dr. Walter Eykmann, für die SPD MdL Dietmar Franzke und für das Bündnis 90/Die Grünen MdL Adi Sprinkart. Dem vom DBB-Bundesvorsitzenden Herrn Erhard Geyer übermittelten Grußwort konnte entnommen werden, dass eine Verfassungsklage gegen das Versorgungsänderungsgesetz vorbereitet wird.

Leider konnte die Festansprache nicht vom Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber gehalten werden, da er zu diesem Zeitpunkt bei der Auftaktveranstaltung zum Bundestagswahlkampf 2002 in Frankfurt anwesend sein musste. An seiner Stelle sprach der Bayerische Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser. Er stellte gleich zu Beginn heraus, dass er - im Vergleich zu manch anderen Ländern und der Bundesregierung - voll hinter dem Berufsbeamtentum stehe. Diese so meinte er, hätte sich bereits von diesem verabschiedet und führte dazu entsprechende Beispiele auf. Dann versuchte er die Delegierten von den vorgenommenen Sparmaßnahmen in Zeiten einer angespannten Haushaltslage zu überzeugen. Ein Vorziehen der Steuerreform hält er deshalb zum jetzigen Zeitpunkt für nicht refi-

nanzierbar. Festzustellen ist auch, dass für die Personalausgaben nicht die Beamten verantwortlich sind, sondern eine verstärkte Anspruchshaltung des Bürgers. Deshalb dürfen die Beamten auch nicht zu Prügelknaben - könnte im Zusammenhang der gleichzeitig laufenden Vorbereitungen zur Sicherheitskonferenz wörtlich gemeint sein - gemacht werden. Vielmehr müsste ein Umdenken bei den Bürgern eintreten, das von einem Mehr an Eigenverantwortung geprägt ist.

Von den weiteren Aussagen sollen nur drei für uns wesentliche herausgehoben werden. Dies wären Aussagen zur PISA-Studie, zum Beurteilungswesen und zur Altersteilzeit.

Unabhängig von der Ländervergleichsstudie, die wohl eher positiv für das bayerische Schulsystem ausfallen wird, mahnte er einen Handlungsbedarf auf vielen Ebenen an. Dabei seien besonders auch die Eltern gefragt, die den Erziehungsauftrag nicht auf die Schule verlagern dürfen. Bei den Lehrkräften könnten durch Teamarbeit eine Qualitätssteigerung und auch eine Entlastung erreicht werden.

Hinsichtlich des Beurteilungswesens war er überrascht, dass das zunächst hochgelobte neue System durch die Vorgabe von Quoten eine solch demotivierende Entwicklung genommen hat. Er räumte deshalb ein, für eine rasche Abhilfe zu sorgen. Es stellte sich jedoch dabei die Frage, wie dies zu verstehen sei, da ja in vielen Fällen die Beurteilungen bereits eröffnet wurden. Es könnte sich daraus noch ein enormer Handlungsbedarf ergeben, der nicht nur zu intensiver verbandspolitischer Arbeit herausforderte, sondern auch die Verwaltungsgerichte zu Entscheidungen zwingt.

Die für manche wohl schmerzlichste Aussage ist die zur weiteren Ausgestaltung der Altersteilzeit. Der Finanzminister führte als Grund für eine Änderung der Modalitäten die Probleme, die sich mit dem Blockmodell ergeben, an. Besonders schwer falle ihm die lange Freistellungsphase im Zusammenhang mit den haushaltsrechtlichen Wieder-

besetzungsregelungen. Es dürfe die Stelle nämlich nur mit einem Dienstanfänger besetzt werden. Dies bringe vor allem für die kommissarischen Funktionstelleninhaber Probleme. Haushaltsmittel seien nicht vorhanden, um eine einfache Lösung zu ermöglichen. Es liege somit klar auf der Hand, dass hier noch intensiv mit dem Finanzminister zu verhandeln sei. Die Position des VLB liegt jedoch eindeutig fest. Wir wollen von den aktuell gültigen Regelungen mit guten Gründen nicht einseitig abweichen.

### Anträge

Insgesamt hatten die Delegierten über 253 Anträge zu entscheiden, die von den Mitgliedsgewerkschaften und dem Vorstand eingebracht wurden. Viele der Anträge konnten jedoch einem weitergehenden Antrag subsumiert werden.

Zur Disposition standen folgende Entscheidungsmöglichkeiten:

Annahme, Annahme im Grundsatz, Material oder Ablehnung.

Annahme im Grundsatz bedeutet dabei, dass der Antrag modifiziert werden kann. Der Kernbereich ist dabei jedoch nicht zu verändern.

Vom VLB wurden folgende Anträge - hier nur die jeweiligen Antrags-texte ohne die erfolgte ausführliche Begründung - eingebracht:

- Der BBB soll sich bei der Bayerischen Staatsregierung dafür einsetzen, dass eine Verordnung zur Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen unmittelbar nach der durch das 6. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften geschaffenen Ermächtigung erlassen wird.
- Der BBB soll sich dafür einsetzen, dass die Bayerische Staatsregierung beim Bundesrat einen Antrag zur Erhöhung des Anwärtergrundbetrages - mindestens in Höhe der in den letzten Jahren vorgenommenen Kürzungen - einbringt.
- Der BBB soll sich dafür einsetzen, dass die Begrenzungen bei der Vergabe von Leistungsstufe, Leistungsprämie und Leistungszulage in folgender Weise geändert

werden:

- Abschaffung der Halbzeitregelung bei der Vergabe der Leistungsstufe;
  - Erhöhung der jeweiligen Höchstquote;
  - Anhebung der Zahlungen für Leistungszulage und Leistungsprämie.
- Der BBB setzt sich bei Vorliegen der Teildienstfähigkeit dafür ein, dass die in § 72 a BBesG vorgesehene Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung zur Zahlung eines Zuschlags unverzüglich von der Bundesregierung wahrgenommen wird und die Bayerische Staatsregierung dieser im Bundesrat zustimmen wird.
  - Der BBB soll sich dafür einsetzen, dass die Kostenübernahme für Aufwendungen im Zusammenhang mit Aus- und Fortbildungen wieder zu 100 % erfolgt.
  - Der BBB möge sich dafür einsetzen, dass eine Kombination von Altersteilzeit und Antragsruhestand wieder möglich wird.
  - Der BBB möge sich dafür einsetzen, dass die Altersermäßigung für Lehrkräfte neu geregelt wird. Es sollen ab dem 50. Lebensjahr zwei Stunden und ab dem 55. Lebensjahr drei Stunden gewährt werden.
  - Der BBB möge sich dafür einsetzen, dass für Lehrkräfte eine besondere Altersgrenze – wie bei Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug – eingeführt wird.
  - Der BBB möge sich dafür einsetzen, dass die im Besoldungsstrukturgesetz geplanten Maßnahmen wie Einführung von Bandbreiten (Einstellung und Beförderung) und Streichung des sog. Verheiratetenzuschlags nicht in Kraft treten werden.
  - Der BBB möge sich dafür einsetzen, dass die im Versorgungsreformgesetz vorgesehenen Änderungen nicht ohne Gegenrechnung der bereits erfolgten Reformen und Sparmaßnahmen umgesetzt werden.
- Alle Anträge wurden angenommen.

### Schlussbemerkung

Am Ende dreier arbeitsreicher Tage - am Mittwoch fand bereits eine Hauptvorstandssitzung und eine Hauptausschusssitzung statt – verstärkte sich das Gefühl, dass die Verbände in naher Zukunft enorm viel Arbeit zu bewältigen haben, damit die Welle der einseitigen Einforde-

rung von Pflichten und Auferlegung von Sparmaßnahmen eingedämmt werden kann und die Beamten nicht zur beliebig auspressbaren Zitrone werden.

Bis dahin getreu dem weiterhin gültigen Motto: "Es gibt viel zu tun - packen wir es richtig an" 

### Kultusministerin Monika Hohlmeier:

## Klares Bekenntnis zum Beamtentum

Der Erfolg Bayerns im Bereich der Globalisierung und Technisierung sei mit ein Verdienst einer leistungsstarken Verwaltung, betonte Kultusministerin Monika Hohlmeier auf der Tagung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in Bad Kissingen. „Dass Bayern so gut dasteht, ist also ein indirektes Lob an seine Beamtenschaft. Deshalb steht Bayern ohne Wenn und Aber zum Berufsbeamtentum“, sagte Hohlmeier.

Die Zahlen sprechen für sich: Die Bayerische Staatsregierung investiert allein über fünf Milliarden Mark in ihre „Offensive Zukunft Bayern“, um fit für den Weltmarkt zu sein. 2,7 Milliarden fließen in Bildung und Forschung, 696 Millionen Mark werden für die Umwelt und neue Energien aufgewendet. „Unserer Verwaltung kommt dabei eine bedeutende Aufgabe zu, sie steuert den sinnvollen und effektiven Einsatz der Mittel“, so Hohlmeier.

Eine Gesellschaft, die immer stärkere Flexibilität und größere Leistung verlange, bringe auch neue Herausforderungen an das Beamten- und Besoldungsrecht mit sich. Leistungsstufen, Leistungsprämien und Zulagen seien wichtige Schritte gewesen, um Anreize zu schaffen. Bayern habe diese im Gegensatz zu anderen Ländern konsequent umgesetzt. Das Beamten- und Besoldungsrecht müsse allerdings flexibler

gestaltet werden, forderte Hohlmeier.

Das bisherige Beamten- und Besoldungsrecht lasse den Ländern eindeutig zu geringen Handlungsspielraum. Einerseits könnten Spitzenleistungen nicht adäquat belohnt, andererseits fehlende Arbeits- und Leistungsbereitschaft Einzelner nicht hinreichend geahndet werden. So würden einige wenige den Ruf der Beamten zu Unrecht in Misskredit ziehen.

Im Gegensatz zu dem allgemein in der Öffentlichkeit herrschenden „Pisa-Schock“ sieht Bayern die Studie als große Chance, unvoreingenommen Probleme zu analysieren und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung von Bildung zu erreichen. „Bayern ist nicht für unseriöse Schnellschüsse bekannt. Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen sind erste Handlungsfelder offensichtlich. Für andere Themen benötigen wir eine fundierte und längerfristige Analyse, um nachhaltige Konsequenzen ziehen zu können“, erklärte Hohlmeier.

So werde Bayern nicht oder schlecht deutsch sprechende Kinder gezielter in Sprachlernklassen fördern. Eine Arbeitsgruppe erarbeitete derzeit Möglichkeiten für eine engere Verzahnung von Kindergarten und Grundschule.

Gespräch des VLB mit dem Präsidenten der TU München:

## Visionen zur Lehrerbildung

HEIKO POHLMANN

„Wir haben an der Technischen Universität München den Beschluss gefasst, ein Zentralinstitut für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung zu gründen.“ Mit dieser sehr wichtigen Neuerung überraschte der Präsident der TU, Prof. Dr. Dr. Wolfgang Herrmann, in Anwesenheit seiner Vizepräsidentin, Dr. Hannemor Keidel M.A., seine Gesprächspartner. Dazu gehörten Dr. Walter Demmel und sein designierter Nachfolger im Hochschulreferat für Lehrerbildung der TU, Dr. Karl Glögger. Zu diesem Gespräch hatte Prof. Herrmann den Landesvorsitzenden des VLB, Hermann Sauerwein, und den Referenten für Lehrerbildung, Heiko Pohlmann, eingeladen.

In dem äußerst fruchtbaren Gedankenaustausch zeigten sich die Vertreter der Universität sehr offen für alle innovativen Ideen, die von Seiten des VLB vorgetragen wurden. Überlegungen, einen zweiten Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik in München an der TU zu etablieren, wurden ebenso offen diskutiert wie die Einführung eines neuen Zweifaches Englisch mit überwiegend technischen Inhalten.

### Beschlüsse der Vertreterversammlung des letzten Berufsbildungskongresses

Besondere Beachtung fanden die Beschlüsse der Vertreterversammlung des Berufsbildungskongresses in Bad Windsheim zur Lehrerbildung. So wurde der Vorschlag besonders begrüßt, in dem neuen Zentralinstitut eine Kommission einzurichten, welche die Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung besser koordiniert. Neben Fachwissenschaftlern der Universität können die Studienseminare, Schulleiter beruflicher Schulen und Vertreter der Lehrerfortbildung in diesem Gremium mitarbeiten, um einen

Regelkreis zu bilden, der die Schwachstellen erkennt und Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Ferner wurde die Idee positiv bewertet, Ansprechpartner für die Studenten in jeder Fachrichtung zu schaffen, die als „Ausbildungsleiter“ fungieren sollen.

„Die Stellen für ein solches Zentralinstitut sind vorhanden“, so Prof. Herrmann weiter, „sie sind nur an andere Stellen abgegeben und müssen nun zurückgeführt werden.“ Damit werde es dann auch möglich sein, mehr Lehrgänge zur Lehrerfortbildung anzubieten mit dem Ziel, die Lehrkräfte mit den neuesten Forschungsergebnissen „an der TU wieder aufzutanken.“ Hiermit schließt sich auch der Kreis, indem an der TU ausgebildete Lehrer ihre Praxiserfahrungen mit den Innovationen der Universität verbinden können.

### Attraktivität der Studiengänge

Einen zentralen Punkt nahm in dem mit viel Engagement geführten Gespräch das Problem ein, wie und mit welchen Möglichkeiten man Studierende für das Lehramt an beruflichen Schulen besonders in den Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik gewinnen kann. Zur Zeit studieren 750 Studenten dieses Lehramt, 450 könnten zusätzlich aufgenommen werden, da die Kapazitäten dazu vorhanden sind. Die Studierenden, die im Rahmen von Sondermaßnahmen aus den Fachhochschulen kommen, werden den großen Bedarf nicht decken können.

Alle an dem Gespräch Beteiligten waren sich einig, dass man auch dann wohl mehr junge Leute gewinnen könnte, das Lehramt an beruflichen Schulen zu studieren, wenn die Studiengänge und die Abschlüsse attraktiver wären. Dieser Beitrag soll dazu anregen, diese Diskussion im VLB auf breiter Basis zu eröffnen, um dann die gefundene Lösung in den dafür zuständigen Gremien ver-

treten zu können. Die folgenden nicht vollständigen Ausführungen sollen dabei als Argumentationshilfe dienen.

### Master-Studiengänge

Mit der Erklärung von Bologna haben sich 1999 die Bildungsminister von 29 europäischen Ländern verpflichtet, einen „Europäischen Raum der Hochschulbildung“ zu schaffen, um die Kompatibilität und Vergleichbarkeit der Hochschulsysteme bis zum Ende dieses Jahrzehnts zu verwirklichen. Hierzu muss verdeutlicht werden, dass aufgrund der gegenwärtigen Entwicklung in Europa Beschlüsse dieser Art für die Mitgliedsländer bindend sind. Daher hat der Wissenschaftsrat in seinen „Empfehlungen zur künftigen Struktur der Lehrerbildung“ vom November 2001 diesen Gedanken aufgegriffen. Er schlägt vor, konsekutive Studiengänge zu schaffen, indem Lehrer der Sekundarstufe I nach 6 Semestern mit einem Bachelor abschließen und Lehrer der Sekundarstufe II nach 9 Semestern Regelstudienzeit mit dem Master-Grad. Hierbei ist zu prüfen, ob der Studiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen mit dem Abschluss „Master“ besser integrativ durchgeführt wird, da fachwissenschaftliche und erziehungswissenschaftliche Inhalte über die gesamte Studienzeit gelehrt werden sollten. Auch ist das in den angelsächsischen Ländern übliche Modell wohl abzulehnen, nach dem ein Lehrer mit dem Bachelor abschließt und nur Führungsstellen an Master-Abschlüssen vergeben werden.

### Diplom-Studiengänge

Während sich der Wissenschaftsrat mit der Ausbildung der Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen beschäftigt hat, war es Aufgabe einer Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz (KMK), die Ausbildung der Lehrer an beruflichen Schulen zu überarbeiten. In dem Abschlussbericht zur „Neustrukturierung der Ausbildung zum Lehramt an berufsbildenden Schulen“ vom September 2001 schlägt dieses Gremium vor, polyvalente Diplom-

Studiengänge einzuführen. Die Studiengänge sollen so gestaltet werden, dass derjenige, der nach einer Regelstudienzeit von 9 Semestern mit einem Diplom abschließt, sowohl in den Schuldienst als auch in die Wirtschaft gehen kann. Das Studium der Wirtschaftspädagogik mit dem Abschluss „Diplom-Handelslehrer“ - eine in Bayern seit vielen Jahren mögliche Form - dient sicher als Vorbild für diese Ergebnisse der Arbeitsgruppe. Das Studium könnte dann als „Diplom-Berufspädagoge“ abgeschlossen werden.

Dabei muss deutlich werden, dass es sich um einen von der Universität installierten Studiengang handelt, der mit einer Hochschulprüfung abschließt. Der Einfluss der Staaten wird dabei sehr gering sein.

### Lehramtsstudiengänge

Das Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen ist im gewerblich-technischen Bereich seit vielen Jahrzehnten etabliert und in der Lehrerprüfungsordnung I (LPO I), die für alle Lehrämter gilt, manifestiert. Der Bezug zur Praxis wird dadurch hergestellt, dass bei allen mündlichen Prüfungen ein Lehrer aus dem Schuldienst als Zweitprüfer fungiert.

Entscheidend scheint hier aber eine Tatsache zu sein - sie muss zumindest in die Überlegungen mit einbezogen werden - dass bei den anderen Lehrämtern gegenwärtig keine Überlegungen angestellt werden, die Lehramtsstudiengänge in Diplom-Studiengänge umzuwandeln.

### Zusammenfassung

Es sei an dieser Stelle noch einmal wiederholt: Die Entscheidung,

für welchen Studiengang der Vorstand des VLB eintreten soll, muss auf eine breite Basis gestellt werden. Sie ist doch für den gewerblich-technischen Bereich eine gravierende Neuerung.

Die breite Basis kann aber nur geschaffen werden, wenn dieses Problem in den beruflichen Schulen, bei den Mitgliederversammlungen in den Kreis- und Bezirksverbänden des VLB und dann im Hauptvorstand hinreichend diskutiert wird.

### Lehramtsstudenten an der TU München im Wintersemester 2001/2002:

#### LB-Studenten im Erstfach

Fach / Semester	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	>11	Summe
Agrarwirtschaft	4		3	1	4	2	5		7			1	27
Bautechnik	45		26	2	38	5	34	4	32	1	24	10	221
Elektrotechnik	13		7		12	1	18	2	11		20	9	93
Ernährungs- und Hausw.	26		32		34	2	26	1	27	1	15	9	173
Gesundheit / Pflege	48	2	34		28								112
Metalltechnik	21		12		26	2	25		12	2	28	17	145
<b>Summe</b>	<b>157</b>	<b>2</b>	<b>114</b>	<b>3</b>	<b>142</b>	<b>12</b>	<b>108</b>	<b>7</b>	<b>89</b>	<b>4</b>	<b>87</b>	<b>46</b>	<b>771</b>

#### LB-Studenten im Zweitfach

Fach / Semester	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	>11	Summe
Biologie	17		2		1		3		1	1			25
Chemie	6	1	9	1	13		5		6	1	8	1	51
Informatik	7		7		8	2	6		6		2	1	39
Mathematik	16		8	1	16		8		8		5	5	67
Physik	7		1	1	8	1	6		7		9	1	41
Sozialkunde	37		52		38	2	36	2	30		45	16	258
Sport	7		4	1	4		7		4		5	3	35
<b>Summe</b>	<b>97</b>	<b>1</b>	<b>83</b>	<b>4</b>	<b>88</b>	<b>5</b>	<b>71</b>	<b>2</b>	<b>62</b>	<b>2</b>	<b>74</b>	<b>27</b>	<b>516</b>

## Sondermaßnahmen beschlossen

HEIKO POHLMANN

Das Kultusministerium hat beschlossen, neben der schon bestehenden Sondermaßnahme eine weitere durchzuführen.

### Bestehende Sondermaßnahme

Vor seinen Sommerferien im Jahre 2001 hat der Bayerische Landtag noch die Änderung des Lehrerbildungsgesetzes verabschiedet. Damit ist der Zugang von Absolventen der Fachhochschulen in technischen Fächern in den Studiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen wieder geöffnet. Leider ha-

ben sich aber bisher wenige Studenten entschlossen, diesen Weg zu gehen und das Ergänzungsstudium an der Technischen Universität München aufgenommen. Es umfasst 4 Semester und beinhaltet das Studium der Erziehungswissenschaft und das Studium eines Zweifaches. (KWMB I 2002 S. 2)

### Neue Sondermaßnahme

Um den Lehrbedarf in den nächsten Jahren decken zu können, erfolgt im Amtsblatt im Februar 2002 Ausschreibungen für Sondermaßnahmen in den Bereichen Elektro- und Metalltechnik und Wirt-

schaftswissenschaften. Die Interessenten müssen den Vorbereitungsdienst absolvieren, der am 17. September 2002 beginnt. Sie werden wie Referendare betreut und ausgebildet, die das grundständige Lehramtsstudium erfolgreich abgeschlossen haben.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung ist ein Abschluss an einer Universität mit einem Diplom als Diplomingenieur für Elektrotechnik und Maschinenbau bzw. Diplomkaufmann, Diplomvolkswirt und Diplomökonom. Bewerbungsschluss ist der 10. Mai 2002. Ein KMS dazu folgt in Kürze. Weitere Einzelheiten können dem Ausschreibungstext entnommen werden.

Auch dem VLB ist bekannt, dass solche Sondermaßnahmen immer

wieder zu Unruhen und Ärger führen. Zu bedenken ist dabei aber einerseits, dass

- die durch Ruhestandsversetzungen frei werdenden und zusätzlichen Planstellen besetzt werden müssen. Sie werden sonst für den Bereich der beruflichen Schulen gestrichen und können auch niemals wieder zurückgeholt werden;
- die Berufsschule eine Pflichtschule ist. Ebenso wie der Schüler nach dem BayEUG verpflichtet ist, den Unterricht zu besuchen, so muss der Staat sicher stellen, dass genügend Lehrer diesen Unterricht erteilen können.

Andererseits ist zu bedenken, dass die grundständig Studierenden verunsichert sind, weil die Möglichkeit besteht, dass durch die Sondermaßnahme ihre späteren Anstellungschancen verschlechtert werden.

### Grundständiges Studium

Es gibt nur einen Ausweg aus dieser misslichen Lage: Möglichst viele Studenten müssen insbesondere in den Bereichen Elektro- und Metalltechnik und in den Wirtschaftswissenschaften möglichst schnell mit ihrem Studium des Lehramtes an beruflichen Schulen oder der Wirtschaftspädagogik beginnen. Das ist an folgenden Universitäten möglich:

- TU München: alle gewerblich-technischen Fächer;
- LMU München: Wirtschaftspädagogik;

- Uni Nürnberg: Wirtschaftspädagogik;
- Uni Erlangen: Elektro- und Metalltechnik;

- Uni Bamberg: Wirtschaftspädagogik;
- Uni Bayreuth: Metalltechnik.

Pressemitteilung des Kultusministeriums, 4. Februar 2002

## Bayern öffnet Berufsschullehramt für Diplomhaber

„Bayern braucht Berufsschullehrer. Wir öffnen den Vorbereitungsdienst für Diplomhaber und sichern für unsere beruflichen Schulen auch in Zukunft engagierte und qualifizierte Fachleute“, so Kultusministerin Monika Hohlmeier. Im Rahmen einer Sondermaßnahme können Diplomingenieure Elektrotechnik (Univ.), Diplomingenieure Maschinenbau (Univ.), sowie Diplomkaufleute, Diplomvolkswirte und Diplomökonomen (Univ.) zu dem im September 2002 beginnenden Vorbereitungsdienst zugelassen werden. Die Auswahl erfolgt nach den in der Diplomprüfung erzielten Noten und dem Ergebnis eines Bewerbungsgesprächs beim Studienseminar. Interessenten können sich bis zum 10. Mai 2002 direkt beim Kultusministerium bewerben.

„Fest steht: Berufsschullehrer haben in Bayern beste Zukunftsaussichten“, so die Kultusministerin. In den nächsten 10 Jahren scheidet rund die Hälfte der Lehrkräfte an beruflichen Schulen altersbedingt aus dem Berufsleben aus. Das Bayerische Kultusministerium hat deshalb ein umfangreiches Werbeprogramm zur Lehrerergänzung an beruflichen Schulen gestartet. Seit dem Schuljahr 2000/01 finden Veranstaltungen zur Nachwuchsförderung an den Berufsoberschulen und Gymnasien statt. „Die Maßnahmen zeigen erste Erfolge: Die Zahl der Studienanfänger in den vom Mangel am stärksten betroffenen Fachrichtungen Elektrotechnik und Metalltechnik ist in diesem Wintersemester bereits gestiegen“, erläuterte die Ministerin.



## Besuchen Sie unser Informationszentrum in Nürnberg

Machen Sie doch einmal einen Ausflug in unser Informationszentrum in Nürnberg. Im Medienhaus direkt am Königshof, gegenüber dem Hauptbahnhof,

können Sie sich in aller Ruhe über unsere Neuerscheinungen und alle Bücher, Software-Produkte und Unterrichtsmaterialien informieren – oder nett informieren lassen!

**Informationszentrum Nürnberg:**  
Königstr.87, Eingang Königsturm  
90402 Nürnberg  
Tel.: (0 911) 23 77 66  
Mo.–Fr. 12.00–17.00 Uhr

Natürlich werden Sie auch in unseren anderen Informationszentren weiterhin bestens beraten!

Cornelsen Verlag  
14328 Berlin  
www.cornelsen.de

## Anfragen – Anträge – Beschlüsse:

- **Antrag** der Abgeordneten Thätter, Knauer, Schneider Siegfried, Donhauser, Guttenberger, Nöth, Rudrof, Sackmann, Schmid Peter, Sibling, Dr. Spaenle, Stahl Georg (alle CSU):  
**Berufsschulen für Behinderte (13.11.01).**

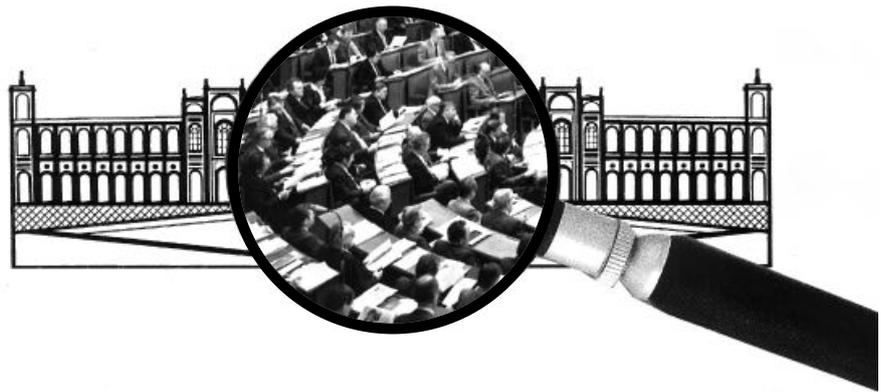
Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zuständigkeit für die Berufsschulen für Behinderte in die Berufsschulabteilung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel zu übertragen, um eine stärkere Verzahnung der schulischen Angebote an Förderberufsschulen mit denen an allgemeinen Berufsschulen zu gewährleisten und die beispielsweise im „Berufsvorbereitungsjahr“ gewonnenen Erkenntnisse stärker einfließen zu lassen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit im Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung eine entsprechende Umschichtung vorgenommen werden sollte bzw. könnte.

- **Beschluss** zum Antrag der Abgeordneten Dr. Eykmann, Ach, Heckel (CSU):  
**Übertragung der Rentenreform auf die Beamtenversorgung (12.12.01).**

Der Landtag stellt fest, dass die großen deutschen Alterssicherungssysteme insbesondere auf Grund der demographischen Entwicklung und der längeren Laufzeiten der Renten und Pensionen vor wachsenden Finanzierungsproblemen stehen. Der in den nächsten Jahren zu erwartende Kostenanstieg wird bei der gesetzlichen Rentenversicherung durch das insgesamt anhaltend hohe Arbeitslosenniveau und bei der Beamtenversorgung durch die starke Ausweitung des öffentlichen Dienstes in den 70er Jahren noch verstärkt.

Für die gesetzliche Rentenversicherung hat die Rentenreform 2001 als Kernpunkte eine Absenkung des Rentenniveaus sowie die Förderung einer zusätzlichen kapitalgedeckten Alters-



vorsorge zum Inhalt. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf die Beamtenversorgung bleiben. Bei einer Änderung der Beamtenversorgung müssen nach Auffassung des Landtags aber folgende Grundsätze beachtet werden:

- Das eigenständige System der Beamtenversorgung darf nicht in Richtung einer Grundsicherung verändert werden.
- Die vorgesehenen Maßnahmen dürfen nicht zu Sonderopfern der Beamten und Versorgungsempfänger führen.
- Die vom öffentlichen Dienst in den letzten Jahren erbrachten erheblichen Vorleistungen müssen in vollem Umfang angerechnet werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens eines Versorgungsänderungsgesetzes 2001 alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um sicherzustellen, dass

- bei der Übertragung der Rentenreform auf die Beamtenversorgung die unterschiedlichen Konzeptionen und Sicherungsziele dieser Alterssicherungssysteme berücksichtigt werden;
- eine Absenkung des Versorgungsniveaus grundsätzlich auf den Teil der Versorgung beschränkt bleibt, die als Basisicherung der gesetzlichen Rente entspricht;
- bei der Ausgestaltung der versorgungsrechtlichen Einsparmaßnahmen die in den letzten Jahren bereits vorgenommenen massiven Einschnitte im Dienst- und Versorgungsrecht nicht außer Acht bleiben, damit die gebotene soziale Symmetrie gewahrt und eine einseitige Benachteiligung der Beamten vermieden wird.

- **Beschluss** zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Knauer u.a. und Fraktion (CSU):  
**Entschließung zur PISA-Studie (11.12.01).**

Der Landtag begrüßt die Vorlage der PISA-Studie und die Tatsache, dass im Sommer des kommenden Jahres die ergänzende Ländervergleichsstudie vorgelegt werden soll.

Die bisherige, auf Deutschland als Ganzes bezogene Datenbasis der PISA-Studie lässt noch Fragen offen und gibt Anlass, auf die im Sommer 2002 vorliegenden Detailzahlen, die auf erheblich breiterer Datenbasis erhoben wurden, zu warten. Gleichwohl bestätigen die vorliegenden Daten, dass der in Bayern eingeschlagene schulpolitische Weg richtig ist und die beschlossenen und in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen im Sinne der Grundaussagen der PISA-Studie zielführend sind. Hierzu zählen:

- Die „innere Schulentwicklung“ mit dem besonderen Augenmerk auf den Unterricht, insbesondere die methodisch-didaktische Gestaltung,
- eine konsequente Durchforstung der Lehrpläne, um Freiräume zum Üben, Wiederholen und vor allem Verknüpfen der Inhalte zu schaffen,
- ein besonderes Augenmerk auf komplexe, problemorientierte Themenstellungen in den Lehrplänen und
- die Einrichtung von Ganztagesangeboten zur besonderen Förderung.

Da die bisherige Auswertung der Studie ergeben hat, dass die Lese- und Sprachfähigkeit der Schlüssel für gute schulische Leistungen ist, muss diese vor und zu Beginn der Schullaufbahn besonders gefördert werden. Defizite in diesen entscheidenden Jahren sind später nur noch sehr schwer aufzuholen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach Vorlage der Länderstudie dem Landtag zu berichten, ob und ggf. welche Konsequenzen sie ziehen will.

Bis dahin wird sie gebeten zu prüfen,

- ob Grundschullehrkräfte (vergleichbar den mobilen Hilfen im Bereich der schulvorbereitenden Einrichtungen) in Sprachförderangebote an vorschulischen Einrichtungen einbezogen werden sollen,
- ob die in Umsetzung befindliche Reform der ersten Phase der Lehrerbildung ausreicht, den erkennbaren Defiziten zu begegnen,
- welche Maßnahmen bei der inhaltlichen Gestaltung der zweiten Phase der Lehrerbildung notwendig sind, um insbesondere bei der Gestaltung des Unterrichts erkennbaren Defiziten abzuhefen.

Der Landtag stellt fest, dass die Wertschätzung von Lehrern, Lernen und Leistung ein ausschlaggebender Faktor für das schulische Gelingen ist. Es ist deshalb gemeinsame Aufgabe insbesondere aller am Schulleben Beteiligten, sich für einen hohen Stellenwert derselben einzusetzen.

- **Beschlüsse** zu den Anträgen der Abgeordneten Odenbach, Irlinger, Franzke u.a. (SPD)

### 1. „Gesundheit und Dienstfähigkeit unserer Lehrerinnen und Lehrer erhalten I“ (12.12.01)

Die Staatsregierung wird aufgefordert, am 4. Dezember 2001 in den zuständigen Ausschüssen des Landtags in einer gemeinsamen Sitzung zu berichten, welche Konsequenzen sie zieht aufgrund der Entwicklung, dass ein wachsender Anteil von Lehrkräften wegen amtsärztlich festgestellter Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden muss.

### 2. „Gesundheit und Dienstfähigkeit unserer Lehrerinnen und Lehrer erhalten II“ (12.12.01)

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Erhaltung der Gesundheit und Dienstfähigkeit der staatlichen Lehrkräfte gezielt Präventions- und Rehabilitationsprogramme zu entwickeln und durchzuführen und darüber in den zuständigen Ausschüssen zu berichten.

- **Beschluss** zum Antrag der Abgeordneten Goertz, Irlinger u.a. (SPD):  
„Initiative für ein besseres Schulkli-

### ma; Vorschläge der Schüler umsetzen“ (12.12.01)

Der Landtag begrüßt die Eigeninitiative vieler Schülerinnen und Schüler, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Vorschläge zur Verbesserung der Lernsituation an den Schulen zu entwickeln. Er beurteilt diese als wertvolle Beiträge zur Gestaltung einer Schule der Zukunft.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, zu den folgenden Forderungen Stellung zu nehmen und dem Landtag zu berichten, wobei Veränderungen in den einzelnen Bereichen nur im Rahmen vorhandener Mittel und Stellen und unter Berücksichtigung der Gesetzeslage möglich sind:

#### Änderung des Schulklimas durch

- Verbesserung der Kommunikation zwischen Schülern einerseits und Lehrern andererseits durch Reform der Lehrpläne;
- Integration von und Ausländern durch Einbeziehung von deren Lebenswelt und Angebot von Deutschkursen;
- Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in die Regelschulen durch Einsetzung einer Lehrkraft mit sonderpädagogischer Ausbildung;
- Durchführung von Maßnahmen zur Vermeidung von Gewalt an der Schule.

#### Änderung des Verhältnisses zwischen Direktorat und Schülermitverwaltung durch

- Einschränkung der Vollmachten der Direktoren im Sinne einer Demokratisierung der Schule;
- Erweiterung der Mitbestimmung der Schülermitverwaltung.

#### Anpassung des Schulhauses an die Bedürfnisse der Schüler durch

- Einführung von Spinden für alle;
- Ausstattung der Schule mit ergonomischem Mobiliar.

#### Aktualisierung des Lehrplans durch

- Einbindung neuer technischer Möglichkeiten,
- Freiraum für aktuelle Diskussionen,
- Einführung von Berufspraktika,
- Reform des Sprachunterrichts sowie Anpassung des Lehrmaterials.

#### Wandlung des Lehrberufs:

- Anpassung des Lehrberufs an aktuelle Anforderungen;
- Interne Schülerbewertung des Lehr-

personals und Diskussion darüber;

- Aufhebung des Beamtenstatus zur Verbesserung der Leistungsorientierung.

#### Verbesserung der finanziellen Situation sowie der Computerausstattung

- Steigerung der Aufwendungen für die Ausstattung der Schulen oder der Nutzung von Schul sponsoring;
- Schaffung von Zugangsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler durch offene Computerräume;
- Angebot von Einstiegshilfen im Umgang mit dem Computer.

- **Anfrage** des Abgeordneten Siegfried Schneider (CSU):

#### Abschluss als „Bachelor“ bzw. „Master“ im Rahmen des Lehramtsstudiums (28.11.01)

Werden an bayerischen Universitäten Lehramtsstudiengänge angeboten, die neben dem Staatsexamen die Möglichkeit zur Erlangung des Bachelor- bzw. Master-Grades ermöglichen?

Wenn ja, an welchen Universitäten bzw. Studiengängen und wie wird von der Staatsregierung die Entwicklung in den nächsten Jahren erwartet?

#### Antwort des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (15.01.2002)

An bayerischen Universitäten werden keine Lehramtsstudiengänge angeboten, die neben dem Staatsexamen die Erlangung des Bachelor- und Mastergrades ermöglichen.

Bei den Bachelor- und Mastergraden handelt es sich um akademische Grade, die von den Hochschulen aufgrund von Prüfungen verliehen werden, mit denen entweder ein erster berufsqualifizierender Abschluss (Bachelor) oder ein weiterer berufsqualifizierender Abschluss (Master) erworben wird (Art. 86a Abs. 1 und 3 BayHSchG).

Art. 86 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG, der § 18 Abs. 2 HRG in Landesrecht umsetzt, sieht lediglich vor, dass die Hochschule einen Diplomgrad auch aufgrund einer staatlichen Prüfung verleihen kann, mit der ein Hochschulstudium abgeschlossen wird. Solche Satzungen gibt es bisher an der Technischen Universität München sowie an der Universität Bamberg für das Lehramt an beruflichen Schulen.

Schreiben des VLB an  
Kultusministerin Hohlmeier,  
20. Februar 2002

## Dienstliche Beurteilung

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hohlmeier,

wir bedanken uns sehr herzlich für den kurzfristig möglich gewordenen Gesprächstermin, bei dem wir u. a. unsere Probleme bezüglich der dienstlichen Beurteilung mit Ihnen besprechen konnten.

Wir möchten noch einmal darauf hinweisen, dass aufgrund der mit großem Nachdruck seitens der Schulaufsicht geforderten Schnitte von 9,0 Punkten an vielen Schulen die Arithmetik vor der leistungsgerechten Punktevergabe stand. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass ein Zurückziehen bzw. Überarbeiten der Beurteilungen leider u. a. zu übermäßigen Verzögerungen von anstehenden Beförderungen und Funktionseinweisungen führen würde.

Dennoch bitten wir Sie noch einmal nachdrücklich, dass die Verwaltung Ihres Hauses schnellstmöglich Ihre bisherige Vorgabe, die für eine Funktionseinweisung mindestens 10 Punkte notwendig macht, schriftlich aufhebt. Es ist nicht ausreichend, wiederum nur auf besonders gelagerte Einzelfälle abzuheben. Uns sind unzählige Fälle bekannt, in denen Kolleginnen und Kollegen mehrmals mit „übertrifft erheblich die Anforderungen“ beurteilt waren und nun 9 Punkte erhielten, um höhere Punktebewertungen auszugleichen, die für aktuelle Personalplanungen notwendig waren. Das starre Festhalten an Schulschnitten von 9,0 ist nicht nur gesetzeswidrig, sondern auch in höchstem Maße demotivierend.

Im Rahmen der von Ihnen veranlassten Übertragung von Verantwortung nach unten darf es nicht geschehen, dass in einem so wichtigen Punkte wie der dienstlichen Beurteilung die Bezirksregierung bzw. die Ministerialbeauftragten die „Bremsfunktion“ übernehmen. Man muss einem Schulleiter zugestehen, eigenverantwortlich Lehrkräfte für höherwertige Aufgaben (Funktionen) auszuwählen und diese damit zu beauftragen. Die derzeit gültige harte Schnittvorgabe macht dies leider unmöglich, eine Nachbesserung ist dringend erforderlich.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, es kann nicht sein, dass die Lehrkräfte der beruflichen Schulen, die den wesentlichen Teil der Innovationen im Schulwesen in den letzten Jahren zu tragen hatten und auch weiterhin tragen werden, bei der dienstlichen Beurteilung das Nachsehen haben. Nach unserem Kenntnisstand wird bei Realschulen und Gymnasien mittlerweile die von Ihnen ausgegebene Leitlinie von durchschnittlich 9,49 Punkten auf bayerischer Ebene bei der Überprüfung der Beurteilungen berücksichtigt. Bei den beruflichen Schulen haben Schulleitungen nur in ganz wenigen Einzelfällen von den Bezirksregierungen/Ministerialbeauftragten dafür die „Erlaubnis“ erhalten. Wir bitten Sie daher zu veranlassen, dass Einwendungen zur dienstlichen Beurteilung, bei denen offensichtlich der Schulschnitt zur Punktevergabe geführt hat, berücksichtigt werden. Hierzu ist es erforderlich, dass die Bezirksregierungen/Ministerialbeauftragten umgehend informiert werden über Ihre Aussage zum bayernweiten Beurteilungsschnitt: nämlich 9,49 und nicht 9,0 Punkte.

Für weitere Gespräche, insbesondere zur Änderung der bisherigen Beurteilungsrichtlinien und der Beurteilungspraxis, stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

H. Sauerwein  
Landesvorsitzender

I. Heckner  
stellv. Landesvorsitzende  
Hauptpersonalrätin

**Antwortschreiben des  
Bayerischen Finanzministeriums  
an den VLB, 4. Dezember 01**

**Freier Eintritt für VLB-  
Mitglieder in staatliche  
Schlösser, Gärten und  
Museen**

*Sehr geehrter Herr Sauerwein,*

*für Ihr Schreiben, in dem Sie die Beschwerden von Verbandsmitgliedern hinsichtlich der Gewährung von freiem Eintritt in die staatlichen Schlösser, Gärten und Museen ansprechen, danke ich Ihnen. Aufgrund Ihrer Anfrage erfolgte eine Überprüfung des von Ihnen angesprochenen Schreibens des Finanzministeriums aus dem Jahr 1983 sowie der aktuellen Tarifbestimmungen der Bayer. Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen sowie der staatlichen Museen in Bayern, die dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst nachgeordnet sind.*

*Dabei wurde festgestellt, dass das Schreiben aus dem Jahr 1983 noch immer Gültigkeit besitzt. Sowohl die Objekte der Bayer. Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen sowie der staatlichen Museen in Bayern gewähren aufgrund ihrer Tarifbestimmungen freien Eintritt für „Lehrkräfte, ...“, bei Museumsbesuchen mit den von ihnen betreuten Schüler- bzw. Jugendgruppen und soweit sie nachweislich ein Museum zur Vorbereitung eines solchen Besuchs aufsuchen“.*

*Der Besuch von Lehrkräften mit den von ihnen betreuten Schülergruppen wird regelmäßig nicht zu Problemen führen, da die Begleitung durch eine Schülergruppe als Voraussetzung für den freien Eintritt offensichtlich ist.*

*Probleme können sich jedoch ergeben, wenn Lehrkräfte, die zur Vorbereitung von Klassenbesuchen die staatlichen Einrichtungen besichtigen, den dienstlichen Anlass ihres Besuches nicht nachweisen können. Um Ihren Verbandsmitgliedern Unannehmlichkeiten bei derartigen Besuchen zu ersparen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Mitglieder auch ausdrücklich auf die damit zusammenhängenden Voraussetzungen hinweisen würden.*

*Die dargestellten Regelungen gelten jedoch nicht für das Deutsche Museum München sowie das Germanische Nationalmuseum Nürnberg, da es sich bei diesen beiden Einrichtungen um Anstalten des öffentlichen Rechts handelt. Diese sind nicht an die Tarifbestimmungen für die staatlichen Museen gebunden, sondern treffen entsprechende Regelungen selbständig.*

*Daher möchte ich Sie bitten, Ihre Anfrage direkt an das Deutsche Museum München (Museumsinsel 1, 80538 München, Tel.: 089/21791, Fax: 089/2179324) bzw. an das Germanische Nationalmuseum Nürnberg (Kartäusergasse 1, 90402 Nürnberg, Tel.: 0911/13310, Fax: 0911/1331200) zu richten.*

*Mit freundlichen Grüßen  
Bodensteiner  
Ministerialrat*

## Bildungsrecht und Lehrpläne online

Der Dokumentations- und Bildungsinformationsdienst der Kultusministerkonferenz hat seine Datenbanken zum Bildungsrecht und den Lehrplänen der 16 Länder im Internet veröffentlicht.

Damit besteht die Möglichkeit einer länderübergreifenden Recherche und eines Ländervergleichs in diesen Themenfeldern.

In der **Rechtsnormen-Datenbank** werden Rechtsvorschriften des Bundes

und der Länder zum Bildungsrecht nachgewiesen. Die Datenbank ermöglicht die Recherche nach folgenden Kriterien: Schlagwort, Normgeber, Titel und Jahr. Zum Feld Normgeber und zu den Schlagworten können Auswahllisten aufgerufen werden. Der Datenbank ist eine automatische Synonymverwaltung hinterlegt, die als Suchhilfe dient.

Die **Lehrplan-Datenbank** verzeichnet alle 4500 Lehrpläne für die verschiedenen

allgemein bildenden Schularten der Länder.

Gefördert wurde die Internet-Präsentation der beiden Datenbanken durch Projektmittel des Deutschen Bildungsservers. Die Datenbanken sind über die Internetseiten der Kultusministerkonferenz (<http://db.kmk.org/rechtsnormen> und <http://db.kmk.org/lehrplan>) sowie über den Deutschen Bildungsserver ([www.bildungsserver.de](http://www.bildungsserver.de)) zugänglich.

Kontakt: [dokumentation@kmk.org](mailto:dokumentation@kmk.org)

Innere Schulentwicklung- Innovationspreis 2001:

## Erster Sieger — das BBZ Münnerstadt

GEORG GISSLER/HARRY KOCH/  
ELMAR WIESSNER

Die Idee, engagierte und um Qualitätsverbesserung bemühte Schulen einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen, nennt sich in Bayern I.S.I.. Die Abkürzung steht für „Innere Schulentwicklung- Innovationspreis“ und wurde am 18. Januar 2002 erstmals verliehen. Am Wettbewerb, der von der Stiftung „Bildungspakt Bayern“ und dem Kultusministerium ausgeschrieben wurde, konnten alle Schulen des Freistaates teilnehmen. Damit objektive Vergleiche möglich waren, wurden Schulen in 5 Kategorien (Grund- und Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Förderschulen und Berufliche Schulen) eingeteilt.

Die Kriterien einer guten Schule waren für alle Schulzweige gleichermaßen gültig. Eckpunkte dieses Kataloges waren u. a.:

- Schulentwicklung sollte nachweisbar und dokumentierbar sein.
- Das Bemühen der Kolleginnen und Kollegen soll bei den Schülerinnen ankommen und Früchte tragen.
- Die Kollegien sollen durch regelmäßige Fortbildungen auf den Schulentwicklungsprozess vorbereitet bzw. begleitet werden.
- Die Veränderungen und die Ergebnisse des Entwicklungsprozesses sollten durch regelmäßige Evaluation analysiert und gegebenenfalls überprüft werden.

Diese Kriterien sollen Garanten dafür sein, dass bei diesem Preis die Schulen herausgefunden werden, die sich schon länger entwickeln und dabei keine „Hubschrauberpädagogik“ betreiben.

(Hubschrauberpädagogik = Bestimmte Aktionen wirbeln anfänglich viel Wind und Staub auf und belassen nach dem ersten Startversuch alles beim Alten).

*Die glücklichen Sieger mit Kultusministerin Monika Hohlmeier und Rosi Mittermeier. Von links Georg Gißler, Elmar Wiessner, Tanja Lohrbacher, Stephanie Schröder und Schulleiterin Astrid Kron.*



Die Preisträger des I.S.I. 2001, Kategorie „Berufliche Schulen“ sind:

1. Preis: BBZ Münnerstadt

Begründung: Die Schule beeindruckte durch hohe Unterrichtsqualität und durch ein stimmiges Gesamtkonzept.

2. Preis: Berufsschule 3, Nürnberg

Begründung: Die Schule hat ein gemeinsames Wertekonzept erarbeitet. Motto: "Ein Berufsschulkonzern setzt auf Qualität".

3. Preis: Adolph-Kolping-Berufsschule, Königsbrunn

Begründung: Die Berufsschule hat ein vorbildliches Schulmanagement und setzt moderne Unterrichtsformen ein.

Die beiden anderen Schulen in der Entausscheidung waren das Städt. Kaufm. BBZ, Würzburg und das BBZ Scheinfeld.

### Anfänge der Schulentwicklung in Münnerstadt

Vor ca. 13 Jahren gründete sich eine pädagogische Arbeitsgruppe mit dem Ziel, regelmäßig Unterrichtserfahrungen auszutauschen. Kolleginnen und Kollegen aus allen Schularten des BBZ (Berufsfachschulen für Hauswirtschaft, Sozialpflege und Kinderpflege, Fachschule für Altenpflege und Fachakademie für Sozialpädagogik) brachten unterschiedlichste pädagogische Ansätze ein.

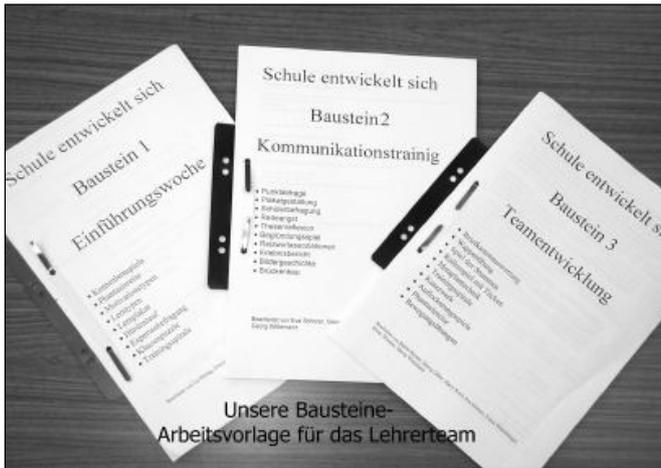
Nach ca. zwei Jahren kristallisierte sich folgende Fragestellung heraus, die immer wieder Stoff für kontroverse Diskussionen gab:

Wie können wir den gesamten Verlauf der Ausbildung und den Unterricht so gestalten, damit Schüler aktiver werden, bereit sind mehr Eigenverantwortung zu übernehmen und damit ihre Perspektiven für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben verbessern?

Nach einem intensiven Arbeits- und Klärungsprozess und jährlich stattfindenden schulinternen Lehrfortbildungen formten sich bestimmte Elemente heraus, die das Schulleben deutlich verändern sollten.

### Einführungswochen als Methodentraining

Die Schüler aller 10. Klassen der Berufsfachschulen werden durch eine Einführungswoche auf die veränderten Anforderungen in einer Berufsausbildung vorbereitet. Neben diesem ersten Sockeltraining finden im weiteren Ausbildungsverlauf ein sogenanntes Kommunikations- und Teamentwicklungsstraining statt. Hierbei sind zwei bis drei Lehrkräfte in der Klasse eingesetzt und arbeiten gemeinsam. Die in diesen Trainingseinheiten eingeführten Arbeitsformen werden regelmäßig in Form sogenannter



Bausteine, die mit den Schülern trainiert werden

„Teamtage“ eingeübt und weiterentwickelt.

**Teamtage - was ist das?**

Die Schwerpunktthemen der jeweiligen Ausbildungsberufe werden in Lehrerteams gemeinsam vorbereitet. Dabei werden theoretische und fachpraktische Lerninhalte miteinander verknüpft. Es entstehen Unterrichtstage, an denen Lehrkräfte im Team unterrichten und dabei gezielt Methoden einsetzen, die ein hohes Maß an Selbsttätigkeit, Kreativität und Teamfähigkeit beim Schüler einfordern. Dies können beispielsweise Lernzirkel kombiniert mit unterschiedlichen Workshops zu einem bestimmten Thema sein.

Diese Form konsequenter Methodenpflege hat bei den Schülerinnen ein hohes Maß an Akzeptanz. Die Teamtage werden zwar als sehr anstrengend erlebt, doch die Intensität des Lernprozesses wird von Schülerinnen und Lehrern in besonderem Maß geschätzt (siehe auch nächster Absatz).

**Ziele des Veränderungsprozesses erreicht?**

Als die ersten Klassen, die alle Veränderungen miterlebten, die Schule verließen, drängten sich die Fragen von selbst auf:

Sind die Schülerinnen wirklich besser vorbereitet auf das Berufsleben?

Wie haben sie die Ausbildung erlebt?

Seit 1998 liegen uns Evaluationsergebnisse vor, die ermutigen, aber auch nachdenklich stimmen. Die Auszubildenden bestätigen, dass die hohe Eigenaktivität und die veränderten Unterrichtsmethoden nicht nur die Lernergebnisse verbessern, sondern sich auch positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung auswirken. Speziell die Teamtage erhalten viel Lob und Zustimmung durch die Schülerinnen. Festzustellen ist aber auch, dass Veränderungsbedarf (z.B. bei der Schulhausgestaltung) angemeldet wird. Die Evaluationsergebnisse sind in Münnerstadt zwischenzeitlich ein aussagekräftiger Seismograph des Veränderungsprozesses.

**Schulentwicklung in Münnerstadt - geht es weiter?**

I.S.I. 2001 ist für das Kollegium eine Bestätigung und Anerkennung der geleisteten Arbeit. In ihrer Laudatio bezeichnete Rosi Mittermaier das BBZ Münnerstadt als eine „wahrhaft lernende Schule“. In diesem Sinne kann Schulentwicklung nie als abgeschlossener Prozess betrachtet werden. Notwendige Veränderungen ergeben sich schon zwangsläufig aus den immer wiederkehrenden Evaluationsergebnissen. Ergänzend hierzu legte das Kollegium bei einer SCHILF im Jahr 2001 einen neuen Zielkatalog fest, der für die nächsten Jahre ein weiterer Maßstab der pädagogischen Arbeit sein wird. 

**Innovationspreis i.s.i. für bayerische Schulen**

„i.s.i. ist alles andere als easy“: Zum ersten Mal zeichnete Kultusministerin Monika Hohlmeier in der Münchner Georg-Elser-Halle besonders innovative bayerische Schulen aus. Die Veranstaltung mit Prominenten war eine Premiere, die ihresgleichen sucht. Die Stiftung Bildungspakt Bayern hat im vergangenen Jahr den „Innere Schulentwicklung Innovationspreis“ (i.s.i.) ausgeschrieben. Knapp 200 Schulen haben sich an dem freiwilligen Wettbewerb beteiligt, 28 kamen in die engere Wahl, 18 haben die Hürde genommen und werden ausgezeichnet.

„Der i.s.i. zeigt, dass wir Innere Schulentwicklung und Innovationsfreude nicht vom Kultusministerium per ordre du multi anordnen, sondern dass sich die Schulen von sich aus aktiv verändern wollen“, sagte Kultusministerin Monika Hohlmeier. Das Kultusministerium habe vor drei Jahren mit einem breiten inneren Schulentwicklungsprogramm den Anstoß gegeben.

Doch was sind eigentlich innovative Schulen, die die Kriterien für den ersten Innovationspreis erfüllen müssen? „Eine große Rolle spielen innovative und nachhaltig wirksame Unterrichtsformen, die die Schüler stärker in die Verantwortung nehmen. Wichtig ist, ob die Schule ein von Lehrern, Eltern und Schülern gemeinsam entwickeltes Schulprogramm hat. Fortbildungsfreudige Lehrer sind ebenso von Bedeutung wie die Mitwirkung von Eltern und Schülern bei wichtigen Entscheidungen. Eine innovative Schule zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie externe Partner mit ins Boot nimmt oder ein System zur Qualitätssicherung, also eine Form der Evaluation, vornimmt“, betonte Kultusministerin Hohlmeier. Die Vielzahl von Kriterien zeige, welche hohe Ansprüche der i.s.i. an die Schulen stelle.

„Um eines jedoch klarzustellen: Beim i.s.i. geht es nicht um wilde Projekthuberei, sondern um Vorhaben, die das Schulleben nachhaltig verändern“, erklärte Hohlmeier. Wie wichtig dieser Prozess sei, zeige auch die Pisa-Studie. Die Verbesserung der Unterrichtsqualität ist ein zentraler Punkt. „Diese Schulen, die mit dabei sind, haben bereits bewiesen, dass sie sich vorbildlich auf den Weg zu mehr Eigenständigkeit gemacht haben und selbstverständlich mit neuen Unterrichtsformen arbeiten“, sagte Hohlmeier.

„Europa läßt die Jugend kalt“. Unter diesem Titel hatten wir in Heft 1/2002 die eher ernüchternden Erkenntnisse aus der aktuellen Shell-Jugendstudie erörtert und den internationalen Schüleraustausch als eine der Möglichkeiten beruflicher Schulen empfohlen, dieser nicht so erfreulichen Entwicklung entgegen zu wirken. An die beruflichen Schulen im Lande erging der Appell, sich am Schüleraustausch zu beteiligen. Gleichzeitig baten wir darum, uns bereits bestehende Aktivitäten anzu-

zeigen. Auf Grund der bei der Redaktion eingegangenen Rückmeldungen konnten wir insgesamt 23 Austauschverhältnisse, teilweise mit mehreren Ländern, registrieren. Das dürfte freilich nicht alles sein, was sich in Sachen Schüleraustausch im Lande tut.

Unter den 23 angezeigten Partnerschaftsbeziehungen fallen sechs auf Frankreich, fünf auf Polen, zwei auf Tschechien und jeweils eine auf Italien, Schottland, die Türkei, Dänemark, Ungarn, Finnland, Irland,

Schweden, die Slowakei sowie eine auf Südafrika.

In Folge wollen wir künftig über solche Partnerschaftsinitiativen berichten und damit zu weiteren Unternehmungen dieser Art anregen. Den Anfang einer hoffentlich regelmäßigen Serie macht der agrarwirtschaftliche Bereich der Berufsschule I in Fürth mit der Darstellung seiner Beziehung zu einer entsprechenden beruflichen Schule im französischen Limoges. Aber lesen Sie selbst:

12 Jahre Schüleraustausch mit dem Lycée Agricole „Les Vaseix“ in Limoges:

## Den Jugendlichen viele Kontakte ermöglichen

HORTS LOCHER

Etwas verwegen war es damals – im Frühjahr des Jahres 1990 – schon, ausgerechnet in Frankreich eine Partnerschule zu suchen. Schließlich haben wir nie mehr als ein oder zwei Schüler/innen bei unseren Austauschmaßnahmen, die etwas französisch sprechen. Um ganz ehrlich zu sein, auch für mich war damals die Sprache ein Buch mit sieben Siegeln. Inzwischen ist ein kleiner Grundstock vorhanden, für normale Unterhaltung reicht es aber noch nicht.

### Vergleichbare Landwirtschaftsstruktur

Warum ausgerechnet Frankreich – und dann noch so weit in Frankreich drin? Etwa 1200 km einfache Strecke sind für eine Schülergruppe im Bus eine ganz schöne Geduldsprobe.

Natürlich gibt es für die damalige Entscheidung recht gute Gründe. Seit etwa zwanzig Jahren besteht zwischen dem Bezirk Mittelfranken und der Region Limousin eine Regionalpartnerschaft. Seit etwa zehn Jahren gibt es außerdem die Städtepartnerschaft zwischen Fürth und Limoges. Wir wollten mit unserer Schule – damals noch die selbständige landwirtschaftliche Berufs-

schule V – diese Idee gezielt unterstützen. Wir wollten und wollen unseren Schülern außerdem eine Region nahebringen, in die sie – schon wegen der Sprachschwierigkeiten – wohl eher nicht als private Touristen kommen. Ein wesentlicher Punkt war aber auch, dass die Landwirtschaft in dieser Region gute Vergleiche mit Mittelfranken zulässt – in beiden Fällen der bäuerliche Familienbetrieb, teils auch mit Einkommenskombinationen – und Frankreich für uns in der EU der wichtigste Partner und Verbündete bei den Verhandlungen ist.

### Eine Bereicherung für alle

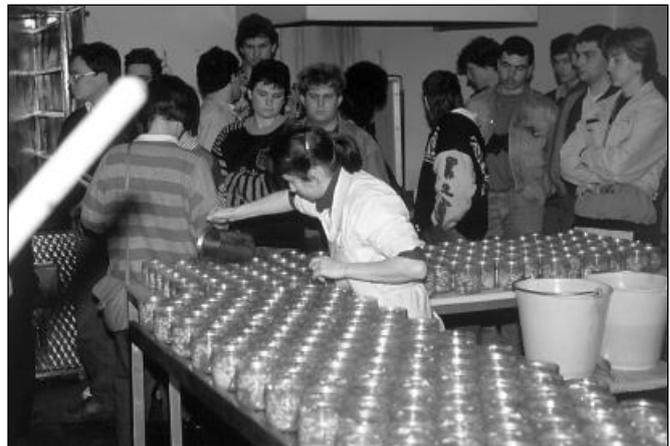
Um es an dieser Stelle gleich zu sagen: Die Entscheidung für den

Schüleraustausch und für Frankreich haben wir nie bereut – über die damit verbundene Arbeit haben wir aber oft gestöhnt. Ohne die Mithilfe meiner Kollegen/innen an unserer Schule hätte ich es sicher nicht die zwölf Jahre machen können. Eine Bereicherung ist dieser Austausch für uns alle, nicht nur für die Schüler.

### Kommunikation in Englisch

Das Sprachproblem haben wir recht schnell in den Griff bekommen. Wir haben bei jeder Austauschmaßnahme einen Dolmetscher dabei. Dessen Aufgabe ist es besonders bei Führungen und Betriebserkundungen dafür zu sorgen, dass der fachliche Inhalt sicher ver-

Viele der bäuerlichen Familienbetriebe vermarkten ihre Produkte selbst. Hier wird eine lokale Spezialität – Entenfleisch mit Esskastanien – hergestellt.



mittelt wird. Diese Dolmetscher – häufig sind es eigentlich Dolmetscherinnen – werden durch das Deutsch-Französische-Jugendwerk vermittelt und sind, was sehr wichtig ist, fachlich vorgebildet. Für unsere Schüler/innen veranstalten wir einige Wochen vor der Fahrt jeweils einen Crash-Kurs in Französisch mit etwa zwölf Stunden. Dies nimmt die Angst, erlaubt einfache Handlungen, ermöglicht aber keine Unterhaltung. Nachdem sowohl Deutsch als auch Französisch für die Kommunikation zwischen den Jugendlichen ausfallen, bleibt nur die englische Sprache, und dies klappt nach anfänglichen Dialektproblemen ganz zufriedenstellend. Es werden sogar nach dem Austausch noch Briefe geschrieben. Für Notfälle gibt es ja auch noch die non-verbale Kommunikation.

### Unterbringung im Schulinternat

Die Organisation für den Aufenthalt in Limoges – mittlerweile eingespielt – läuft so ab, dass wir am Sonntag sehr früh abfahren und dann abends an der Schule ankommen. Wir übernachten während der Aufenthaltswoche im Schulinternat zusammen mit unseren Partnerschülern. Unsere Schüler haben sich dabei, solange die gesamte Atmosphäre stimmt, auch von großen Schlafsälen und Altbauten nicht stören lassen.

### Das Programm enthält fachliche und kulturelle Schwerpunkte

Während der Woche sind wir an der Schule. Natürlich findet der Unterricht in dieser Woche nicht im Klassenzimmer statt und das Erlernen der französischen Sprache ist für Berufsschulen sicher nicht das eigentliche Ziel einer Austauschmaßnahme. Vielmehr stellen uns die Partnerschüler das Schulsystem, ihre Betriebe und die gesamte Region vor. Das Programm ist eine Mischung aus fachlichen und kulturellen Schwerpunkten, wobei Wert auf viel Kontakt zwischen den Jugendlichen gelegt wird. Einen Tag gehen unsere Schüler ein-



*Gerade in Frankreich spielt auch der offizielle, repräsentative Teil des Besuchs eine große Rolle. Hier ist eine unserer Gruppen im Rathaus von Limoges bei einem Empfang durch den Bürgermeister.*

zeln mit einem Partnerschüler in dessen Betrieb und arbeiten dort gemeinsam mit ihm und dessen Familie. Das Mittagessen an diesen Tagen ist dabei meist das große Erlebnis. Abends werden Sport- oder Freizeitaktivitäten organisiert.

### Stipvisite in Paris

Am Samstag fahren wir dann früh in Limoges ab nach Paris. Wir kommen etwa mittags dort an und nach einer kurzen Stadtrundfahrt können unsere Schüler, ausgerüstet mit einem Stadtplan, in Kleingruppen die Stadt erkunden. Spät in der Nacht fahren wir dann in Paris ab und nach Fürth zurück, wo wir am Sonntag vormittag ankommen.

### Ein ähnliches Programm in Fürth

Der Aufenthalt unserer Partnergruppe in Fürth verläuft etwa ähnlich. Für die Unterbringung haben wir ein kleines Internat zur Verfügung und müssen aber in der Regel noch ein Klassenzimmer mit Hilfe des Roten Kreuzes in einen Schlafsaal umwandeln. Diese zentrale Unterbringung lässt mehr Zeit für das Programm. Eine Unterbringung bei den Schülern ist nicht möglich, da diese in der Landwirtschaft ja meist auf den Lehrbetrieben wohnen.

### Die Betriebe ziehen voll mit

Da unsere Schüler ja Lehrlinge sind, müssen sie für den Austausch einige Urlaubstage opfern. Dies hat

aber bisher nie Schwierigkeiten bereitet. Bisher haben wir immer eine Gruppe von etwa 30 bis 45 Schüler für diesen Austausch gewonnen. Natürlich nehmen wir beim Zeitpunkt der Fahrt auf die Interessen der Betriebe so weit als möglich Rücksicht. Ich kann sagen, dass auch unsere Ausbildungsbetriebe voll hinter der Austauschmaßnahme stehen und ihre Lehrlinge sogar dazu ermuntern.

### Der finanzielle Aspekt

Finanziell ist der Austausch recht günstig, da wir jeweils einen Zuschuss vom Deutsch-Französischen-Jugendwerk (natürlich nur nach relativ viel Papierkrieg) und vom Bezirk Mittelfranken (sehr zuverlässig und unbürokratisch) bekommen. Durch diese Zuwendungen bleiben für jeden Schüler noch etwa 100,- bis 150,- Euro an Kosten selbst zu tragen. Ein großer finanzieller Brocken dabei ist natürlich der Bus mit durchgängig zwei Fahrern, aber hier wollen wir auch nicht sparen, um beim Programm flexibel zu sein.

Ich kann einen Austausch zwischen Berufsschulen nur begrüßen. Es ist für unsere Auszubildende ungemein wichtig, Lebens- und Arbeitsbedingungen in anderen Ländern kennenzulernen. Ein Austausch bietet hier die Möglichkeit dies wirklich zu erfahren, nicht nur zu hören und somit Vorurteile und Klischeevorstellungen abzubauen. 

## Landesverband

## Erweiterung unseres Versicherungsangebotes, speziell für unsere Mitglieder

Nach langen Verhandlungen mit der DBV / Winterthur, unserem langjährigen Vertragspartner in der Dienst-, Amts- und Privathaftpflichtversicherung, konnte das Versicherungsangebot für unsere Mitglieder deutlich erweitert werden.

Für die Bereiche Private Unfallversicherung, Hausratversicherung, Haushaltglasversicherung, Wohngebäudeversicherung und weitere private Versicherungen im Haftpflichtbereich wurde ein spezieller VLB-Tarif vereinbart. Diese speziellen Versicherungspreise und Versicherungsbedingungen erhalten nur unsere Mitglieder, deren Ehegatten oder die in häuslicher Gemeinschaft lebenden Partner sowie deren Kinder.

Unsere Dienst-, Amts- und **Privathaftpflichtversicherung** gilt z.B. nicht für die Haftung aus einer Hundehaltung oder Pferdehaltung heraus. Deshalb wurde zur Deckung dieses manchmal erheblichen Risikos eine eigene **Tierhalterhaftpflicht (Hund und /oder Pferd)** in das Angebot mit aufgenommen. Sie gilt auch nicht für die Vermietung von Wohnungen. Deshalb bieten wir demnächst auch die Haus- und Grundbesitzer-Haftpflichtversicherung an.

Das Versicherungsangebot im Haftpflichtbereich kann durch eine **Gewässerschadenhaftpflichtversicherung** ergänzt werden. Ein kleiner Riss im Heizöltank kann folgenschwere Umweltschäden z.B. beim Grundwasser verursachen. Dabei haftet der Besitzer des Öltanks. Die dafür angebotene Versicherung beinhaltet eine Deckungssumme von 5 Mio. Euro.

Bei Abschluss einer Hausratversicherung erhalten sie hier grundsätzlich alle Sachen Ihres Haushaltes zum Wiederbeschaffungspreis ersetzt, darüber hinaus sind beispielsweise alle Schäden durch Überspannung versichert. Gerade Überspannungsschäden sind eine Leistungsart, die nicht jeder Versicherer anbietet bzw. zahlreiche Versicherer hierfür im Schadenfall Selbstbehalte berücksichtigen oder beim Vertragsabschluss einen zusätzlichen Beitrag abfordern. Nicht so in unserem pauschalen Angebot.

In der **Haushaltglasversicherung** konnte darüber hinaus ein deutlich erweiterter Versicherungsschutz für die Eigentumswohnung oder das Einfamilienhaus vereinbart werden. Sämtliche Innen- und Außenverglasungen, speziell Isolierverglasungen, einschl. der Verglasungen, z. B. von Wintergärten, Veranden, sind mitversichert, ebenso Glaskeramikkochflächen.

Das Angebot enthält des Weiteren eine Versicherung gegen die nachteiligen finanziellen Folgen bei Schäden am eigenen Wohnhaus durch eine **Wohngebäudeversicherung**.

Für persönliche Eigenschäden wurde eine **Unfallversicherung** ebenfalls in das Angebot mit aufgenommen.

Ausführliche Informationen und fachmännischen Rat bietet die Versicherung durch einen speziellen Service. Über eine so genannte Service-Hotline können sie die Experten der DBV / Winterthur kostenlos in Anspruch nehmen. Die Service-Hotline hilft Ihnen unter der gebührenfreien

Telefonnummer 0800-101 25 53 in allen Fragen rund um unser neues „Privates Versicherungsangebot“ weiter. Dort können Sie sich von den attraktiven Preis- und Leistungsverhältnissen überzeugen lassen. Die Versicherungsspezialisten der Versicherung unterbreiten Ihnen dann gerne ein schriftliches Angebot.

Als Einlage in dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift finden Sie ein Exemplar des neuen Prospektantrages für unser neues „Privatschutz-Programm“.

Wir hoffen, unseren Mitgliedern damit ein weiteres leistungsfähiges Angebot für Versicherungslösungen zur Verfügung gestellt zu haben, bei dem die Mitglieder des VLB Vorteile gegenüber marktüblichen Einzelverträgen haben sollten.

**Übrigens: Kündigung Ihrer privaten Schlüsselverlustversicherung nicht vergessen!**

Seit Januar 2002 haben wir obligatorisch für alle Mitglieder die Schlüsselverlustversicherung abgeschlossen (Information erfolgte bereits im Januarheft). Manche unserer Mitglieder haben schon vor Jahren eigene Schlüsselverlustversicherungen abgeschlossen. Diese sollten Sie jetzt kündigen, da eine Doppelversicherung keine Vorteile bringt. Falls Sie auch von obigem Angebot Gebrauch machen, so vergessen Sie bitte nicht die Kündigung Ihres Altvertrags.

*Für weitere Auskünfte steht Ihnen unser Versicherungsexperte Helmut Lang, Tel.: (09 31) 66 17 29 gerne zur Verfügung.*

Die „Südallianz“ tagte in Würzburg:

## Die gute Tradition fortgesetzt

PETER THIEL

Wenn man dem Kind einen Namen geben müsste, könnte man es beispielsweise Südallianz nennen. Klingt doch gut, nicht? Der Titel - kein offizieller - ist vom Berichtstatter in die Welt gesetzt, weil er den Nagel dessen, um was es geht, einfach auf den Kopf trifft.

### Ein neuer Anlauf

Zur Sache: Nach längerer Abstinenz trafen sich die Verbandsvertretungen aus den beiden „Südstaaten“ der Republik - aus Bayern und Baden-Württemberg - wieder einmal zur gemeinsamen Lagebesprechung. Solche Treffen gab es früher des öfteren. Doch die leidige Terminfülle! Es kam sozusagen zu einer Zwangspause. Im Januar gab es nun einen neuen Anlauf und zwar in Würzburg.

Aufgewertet wurde die Runde durch die Präsenz von Günter Besenfelder, den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) und eines seiner Stellvertreter, nämlich Wolfgang Lambl.

### Bayern hat's vorgemacht

„Es ist sehr sinnvoll unsere Verbandspolitik regelmäßig miteinander abzustimmen, zumal sich unsere beiden Kultusministerinnen auch in schöner Regelmäßigkeit treffen“, sagte VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein. Gleichzeitig verwies er auf die grundsätzliche Sinnfälligkeit des Zusammengehens von Lehrerverbänden: Bayern habe es vorge-macht, habe bereits vor zehn Jahren ein Zeichen gesetzt für alle, die ihre Kräfte wirklich bündeln wollen. „In hoffnungsvoller Weise bewegen sich nunmehr auch die beiden Spitzenverbände auf Bundesebene - BLBS und VWL - aufeinander zu“, berichtete Besenfelder. In Baden-Württemberg hingegen sei man diesbezüglich noch nicht so weit,

bedauerte Landesvorsitzender Rolf Dörflinger.

Themenschwerpunkte der Gesprächsrunde waren der bundesweite Lehrermangel, Möglichkeiten der Nachwuchssicherung, die Umgestaltung beruflicher Schulen zu Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung, die Altersteilzeit, die PISA-Studie und ihre Bedeutung für die beruflichen Schulen sowie die Mitgliederbewegung in den beiden Landesverbänden.

### „Wir steuern auf eine Katastrophe zu“

Bei der Lehrerversorgung seien die beruflichen Schulen in Bayern im letzten Herbst noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen, meinte Sauerwein. 250 Planstellen für den beruflichen Bereich und ein Gesamtzuwachs von 4100 neuen Lehrerstellen für die nächsten drei Jahre, das ist ein Wort.

Beängstigend aber gleichzeitig die geringe Nachfrage nach dem Lehramtsstudium. Diese könne durch Sondermaßnahmen nicht kompensiert werden, weil bis zum Jahre 2010 die Hälfte der heutigen Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen. „Angesichts steigender Schülerzahlen steuern wir auf eine Katastrophe zu“, meinte Sauerwein. Mit der grundständigen Lehrerbildung jedenfalls komme man in Bayern nicht aus, zumal der Weglauffaktor zwischen Studium bzw. Vorbereitungsdienst und Anstellung bis zu 25% betrage. „Wohlwissend, dass unsere beruflichen Schulen durch Lehrkräfte anderer Schularten bis fast zur Hälfte fremdbestimmt sind, werden wir weitere Sondermaßnahmen dennoch akzeptieren müssen“, sagte der Landesvorsitzende.

### Im „Ländle“ ein ähnliches Bild

Im Baden-Württemberg stelle sich das Bild ähnlich dar, auch hier stark rückläufige Studentenzahlen,

auch hier ein außergewöhnlich hoher Weglauffaktor, der mit Spitzenwerten bis zu 50% bei den Diplomhandelslehrern die bayerische Dimension noch übersteigt. Das durchschnittliche Unterrichtsdefizit an beruflichen Schulen bezifferte Dörflinger mit etwa 7%. Zwei Drittel der neueingestellten Lehrkräfte im gewerblichen Bereich kommen als Angestellte nach BAT 3. Nach drei Jahren können sie ins Beamtenverhältnis übernommen werden. Es sei beabsichtigt, sie künftig in einer dreijährigen berufsbegleitenden Maßnahme für den Höheren Dienst zu qualifizieren.

Im Gegensatz zum Freistaat stelle man in Baden-Württemberg das ganze Jahr über ein. Kandidaten aus anderen Bundesländern haben die Möglichkeit, Stellen bereits ab Februar zu besetzen.

### Welches Bild geben die beruflichen Schulen ab?

Bei der Diskussion um den Lehrernachwuchs ging es auch um das Image der beruflichen Schulen: Welches Bild geben sie ab, wenn sie - wie im Falle Baden-Württembergs - ständig stellenlose Gymnasiallehrer aus Nordrhein-Westfalen aufnehmen? Insbesondere der Dualpartner werde eine solche Entwicklung auf Dauer nicht akzeptieren.

### Der Modellversuch AQUA

Die Ausbildung der Referendare müsse attraktiver gestaltet werden. In diesem Zusammenhang wurde u.a. auf den vom Münchener ISB begleiteten Modellversuch AQUA verwiesen, „ein Schritt in die richtige Richtung“, wie Sauerwein sagte. Die Vorgehensweise ermögliche individuellen Bedarf zufrieden zu stellen und zwar sowohl bei den Referendaren als auch bei den Schulen. Die Referendare werden von Anfang an in die Personalentwicklung ihrer Schule einbezogen und dort über die zwei Ausbildungsjahre hinweg durch einen Mentor betreut.

### „Ein richtiger Kuhhandel“

Bei der Umwandlung beruflicher Schulen zu Kompetenzzentren für die Aus- und Weiterbildung sei in



Links die Baden-Württemberger, rechts die Bayern und unter dem Konterfei von Balthasar Neumann die beiden Landesvorsitzenden.

Bayern eine klare Linie nicht zu erkennen, meinte Sauerwein. Momentan jedenfalls gebe es viel Zwist bei der Zuordnung der Berufsfelder. „Im Vordergrund steht eher der Kuhhandel und weniger die so dringend erforderliche Schulentwicklung“, beklagte der Landesvorsitzende. Nach wie vor spreche sich der VLB in Sachen Kompetenzzentren für die sog. vertikale Lösung aus. Das Kultusministerium trage diese Konzeption auch mit, ohne sich jedoch offen zu bekennen.

Immerhin habe die Veränderung der bayerischen Berufsschullandschaft dazu geführt, die bislang bestehenden 2500 Minderklassen - Klassen also unter 16 Schülerinnen und Schüler - auf 1200 zu reduzieren.

### „Auf der Arbeitgeberseite kaum Freunde“

Ganz so forciert laufe die organisatorische Veränderung der Schullandschaft im Musterländle nicht, erklärte Dörflinger. Im Vordergrund stünden starke Veränderungen bei den Kammern und Innungen, die nicht ohne Auswirkung auf die Schullandschaft blieben. Immerhin hängen die Existenzen einjähriger Berufsfachschulen auch von der Zustimmung der betreffenden Innungen ab.

Von der Gestaltung vertikal gegliederter Kompetenzzentren sei man in Baden-Württemberg zwar ebenso überzeugt, aber eben doch noch ein gutes Stück entfernt. „Auf der Arbeitgeberseite haben wir da

kaum Freunde“, meinte Dörflinger. „Die fürchten schlicht und einfach um ihre überbetrieblichen Ausbildungsstätten“.

### „Eine wahre Lehrerflucht“

Bundesweit nehmen ca. 36% der berechtigten Lehrer an beruflichen Schulen inzwischen die Altersteilzeit in Anspruch und dies bei zunehmender Tendenz, stellten die Gesprächspartner fest. „Eine wahre Lehrerflucht, die die Politiker in dieser Größenordnung nicht erwartet hatten“, meinte Sauerwein. Ohne Zweifel hänge dies mit der starken Belastung der Kolleginnen und Kollegen zusammen. Bedingt durch den auf uns zurollenden Schülerberg werden Eingriffe in den bestehenden 83%-Modus der Altersteilzeit nicht zu vermeiden sein, um damit die „Lehrerflucht“ wenigstens halbwegs zu stoppen.

### Die Mitglieder erwarten großzügige Service-Leistungen

Leicht ansteigende Mitgliederzahlen bei beiden Landesverbänden. Darauf verwiesen sowohl Dörflinger als auch Sauerwein. Allerdings erwarte man an der Basis großzügige Service-Leistungen in vielen Bereichen. Sie gingen - so die beiden Landesvorsitzenden - mitunter schon an die Grenze dessen, was für eine berufliche Solidargemeinschaft noch üblich und vor allem noch finanzierbar sei. Aber warum soll es bei Lehrerverbänden anders sein? Gesellschaftliches Engagement befindet sich generell auf

dem Rückzug. Einen direkten Anlass zu Resignation haben die beiden Landesverbände nicht. Freilich, die Möglichkeiten für Erfolgsmeldungen sind gering, die Trauben hängen heutzutage hoch für jeden, der etwas bewegen will. In Sachen Mitgliederwerbung jedenfalls gelte es, noch intensiver zur Sache zu gehen als bisher und zwar zu allererst bei den Studenten und Referendaren.

### „Veränderungen müssen kostenneutral sein“

Aus der letzten Tagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen (Motto „Bildung als Standortvorteil“) gab BLBS-Vorsitzender Günter Besenfelder wenig Erfreuliches zum Besten. Geplant bis 2010 sei seitens des Bundes eine Absenkung der Ruhestandsbezüge, wobei der DBB erwäge zu klagen. „Das Finanzvolumen für das Personal im öffentlichen Dienst wird nicht vergrößert, alle Veränderungen müssen kostenneutral laufen“, sagte der Bundesvorsitzende.

Bezüglich der PISA-Studie sei der Bundesverband aufgefordert aus der Sicht der beruflichen Schulen Stellung zu nehmen.

### Arge-alp-Tagung in Tettngang

Im Zyklus der arge-alp-Tagungen sei dieses Jahr Baden-Württemberg an der Reihe, sagte Landesvorsitzender Dörflinger. Unter dem Motto „Duale Berufsausbildung - Modell der Zukunft“ werden sich die Berufsschullehrer-Vertretungen aus Bayern, Baden-Württemberg, der Schweiz, Südtirols und Österreichs in der Zeit vom 26. bis 28. April in Tettngang treffen.

Die Tage in Würzburg zeigten, dass es innerhalb der „Südallianz“ viele gemeinsame Anliegen, aber ebenso viel Konsens gibt und damit genügend Gesprächsstoff. Man will also weiterhin zusammenkommen. Selbst bei der abendlichen Weinprobe in der Main-Idylle Randersacker riß der fachliche Gesprächsfaden nicht. „So sind sie halt, die Lehrer“, sagte die charmante Küferin und brachte ihre lustigen Wein-Episoden dennoch an den Mann.

Dienst- und Versorgungsrecht in der Europäischen Akademie Bernried:

## Nachhilfeunterricht in Sachen Altersversorgung

LOTHAR FISCHER

Eine strahlende Vorfrühlingssonne und die Kulisse des Bayerischen Waldes wären am 15./16. 02. in Bernried nahe Deggendorf beste Garanten für ein erholsames Wochenende gewesen. Stattdessen mussten sich Mitglieder des HV und der Seniorenvertretung auf eine eher trockene Materie konzentrieren: die Grundlagen der Beamtenversorgung sowie Änderungsvorhaben des Gesetzgebers bei der Versorgungsreform. Veranlasst hatte diesen „Nachhilfeunterricht“ Manfred Greubel, der Referent für Beamtenrecht im VLB. In enger Zusammenarbeit mit dem Beamtenbund und der Europäischen Akademie hatte er Mittel und Wege bereitet.

Es war ein geballtes, weithin schwer verdauliches Menü, das die Referentin Gerlinde Woppmann, bei der Bezirksfinanzdirektion München tätig als Sachbearbeiterin für Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung, reichte. Zum einen war die Materie ungewohnt, zum anderen das Gebotene wenig beglückend: zumindest soweit es die derzeitige Entwicklung und die Perspektiven anging: Die seit Jahren durch Nullrunden oder Kürzungen erfolgte Verschlechterung bei der Beamtenbesoldung setzte sich nun im Versorgungsänderungsgesetz 2001 konsequent fort: U.a. wird der Versorgungshöchstsatz in Schritten von 75 auf 71,75%, das Witwengeld von bisher 60 auf 55% abgesenkt; am Aufbau einer Versorgungsrücklage werden alle – auch die Versorgungsempfänger – durch „Abflachung“ der Erhöhungen beteiligt, so dass letztere ab 2003 faktisch von den folgenden acht Anpassungen ausgeschlossen werden. Obendrein sind Beamte durch die „systemgerechte“ Übertragung der Rentenre-

form auf die Beamtenversorgung benachteiligt, weil nur gilt, was Geld spart, Nachteile wie die gegenüber den Renten ungleich höhere Besteuerung der Versorgungsbezüge aber unberücksichtigt bleiben.

Die Referentin hatte zuvor die Grundlagen der Beamtenbesoldung vorgestellt mit der daraus resultierenden Berechnung des Ruhegehalts (Bezüge aus dem Amt, das die letzten 3 Jahre wahrgenommen wurde (bis Dez. 98 genügte noch 2 Jahre) Familienzuschlag, gekürzte Zurechnungszeiten, eventuelle Zulagen, von denen manche (Technikerzulage) wieder weggefallen sind. Besonderheiten entstünden aus dem Beamtenstatus (Beamter in Laufbahn mit festgelegten Kriterien, zur „fachlichen“ kommt „charakterliche“ Eignung, die Gesundheitsprüfung sei als Feststellung der „Dienstfähigkeit“ Bedingung für lebenslange Versorgung). Statistiken zeigten, wie seit den 60er Jahren die Zahl der aktiven Beamten um ca. 130% anstieg und welche Konsequenzen dies für den Staatssäckel habe: Die Versorgungsleistungen würden von 2000 bis 2015 um 108%, bis 2025 um 213% und bis 2040 um 313% anwachsen - der eigentliche Anlass für die neuerliche Novellierung des Beamtenversorgungsgesetzes. Solche Reformen seien immer wieder erfolgt, etwa im Turnus von 16 Jahren. Auffällig sei dabei, dass sich gleichzeitig häufig die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern verlagert hätten; immer aber seien einschneidende Verschlechterungen die Folge gewesen. Das Fatale diesmal: Weil es wesentlich mehr Länder- als Bundesbeamte gibt, kommen die Länder bei Einsparungen besser weg. Dies erklärt, warum trotz parteilicher Gegensätze vom Bund beschlossene Gesetze den Bundesrat passieren. Zur Alter-

steilzeit verwies Frau Woppmann Betroffene auf die Einbußen von etwa 10% an ruhegehaltstfähiger Dienstzeit. Die deutlichen Lücken bei der Unterrichtsversorgung ließen hier vermutlich bald Änderungen erwarten.

Die zahlreichen Zwischenfragen und eingestreuten Diskussionen, bewiesen die Brisanz des Vortrags und das starke Interesse.

Danach berichtete Landesvorsitzender Hermann Sauerwein von den massiven Vorstößen des Verbandes wegen der knallharten Schnittvorgaben bei der dienstlichen Beurteilung. Der Protest habe bei der Ministerin Wirkung gezeigt; die Reaktion beweise, wie wichtig und richtig das Vorgehen war und unterstreiche einmal mehr Notwendigkeit wie Wirksamkeit einer rührenden Standesvertretung.

Am Samstag wies Manfred Greubel in einem 3stündigem, sehr gründlich recherchierten und durch informative Handreichungen unterstützten Referat hin auf die zunehmende Arbeitsbelastung und ihre Folgen, mit besonderem Blick auf die Lehrberufe. Er beleuchtete in einer Typologie von Lehrkräften deren unterschiedliches Vermögen, mit Stresssituationen umzugehen, zeigte anhand eines abgedruckten Interviews zum Thema Burnout am laufenden Band, wie ein Manager der Wirtschaft mit dieser Problematik umgeht und stellte die Schaarschmidt-Studie vor, die mit dem Verfahren AVEM (Arbeitsbezogenes Verhaltens- und Erlebensmuster) die gesundheitsrelevanten Auseinandersetzungen mit den Arbeitsanforderungen hinsichtlich der Bereiche Arbeitsengagement, Widerstandsfähigkeit gegenüber Belastungen und Emotionen untersucht. Anhaltender Beifall lohnte den beachtlichen Vortrag.

Am Rande des Seminars nutzte der im HV für Seniorenarbeit zuständige Kollege Berthold Schuller die Gelegenheit zu einer Aussprache mit den Seniorenbeauftragten aus den Bezirken. Man einigte sich auf Termine und gemeinsame Vorhaben beim Berufsbildungskongress in Passau im November. 

## Bezirks- und Kreisverbände

### BV Unterfranken

#### VLB und ULLV im Gespräch

##### So kann es nicht weitergehen ....

... war die einhellige Ergebnis der Gesprächsrunde des Bezirksvorstandes mit dem ULLV (Unterfränkischen Lehrer- und Lehrerinnen-Verbandes), die sich am Mitte Januar in Würzburg zu einem Meinungsaustausch über die krankmachenden Lehrerbelastung traf.

An dem vom Bezirksvorsitzenden Wolfgang Lambl initiierten Treffen nahmen von VLB-Seite noch die Gereon Rempe, Karl-Heinz Dotzler, Siegfried Nees und Wolfgang Grünfelder teil.

Die Bezirksvorstandschafft des VLB war sich mit den Kollegen des ULLV einig, dass gerade dieses Thema z. Zt. in allen Lehrerzimmern aller Schulgattungen heftig diskutiert wird. Deshalb liegt es nahe, dass sich alle Lehrerverbände dieses Themas besonders annehmen und zusammen versuchen entsprechende Lösungsstrategien zu entwickeln.

So ist es erschreckend, aber nicht verwunderlich, dass 63 % aller Fälle von Dienstunfähigkeit Betroffenen im öffentlichen Dienst Lehrer sind. Das Durchschnittsalter ist dabei auf 53 Jahre gesunken. So sind beispielsweise in der psychosomati-

schen Klinik Roseneck in Prien/Chiemsee mehr als 20 % der Patienten Lehrer. Statistiken belegen zudem, dass Lehrer die einzige Berufsgruppe sind, die signifikant stark vom Burn-Out-Syndrom betroffen ist. Sehr häufig anzutreffen sind Kollegen, die unter Tinnitus leiden, Panikattacken (Angststörungen) haben und/oder psychosomatische Herz- Kreislaufbeschwerden bzw. Herzbeschwerden haben. Vereinzelt leiden die Kollegen unter Erschöpfungszuständen und psychisch bedingten Rücken- und Gliederschmerzen. Viele Kollegen/Innen leiden unter Depressionen und Schwächeanfällen. Außerdem finden viele nicht mehr die Kraft sich zu entspannen, psychisch bedingte innere Spannungszustände abzubauen, Aufgaben gelassener anzugehen und souverän über der Sache zu stehen. So sind bei den Volkshochschulkursen zum Autogenem Training oder zur Progressiven Muskelentspannung überdurchschnittlich viele Lehrer anzutreffen.

Bei den Grund- und Hauptschulen liegt es vor allem daran, dass Tugenden wie Bescheidenheit, Arbeitsdisziplin, Pflichtbewusstsein, Respekt vor anderen etc. verkümmert sind. Die sog. Kuscherziehung, gepaart mit übermäßiger Förderung des Selbstbewusstseins der Kinder kann diese zu Tyrannen werden lassen.

Bei den Berufsschulen kommen

### Terminankündigung

Tag der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Unterfranken

**Samstag, 08. Juni 2002**

#### Motto:

**„Gesunde Lehrer – gesunde Schulen“**

zu den oben genannten krankmachenden Gründen noch hinzu:

- inhomogene Klassen (35-Jähriger sitzt neben 16-Jährigen, Abiturient sitzt neben Hauptschüler etc.) und zu große Klassenstärken;
- Berufsschullehrer stehen als „Mittler“ zwischen Schule und Wirtschaft in einem zusätzlichen Spannungsfeld (multimedialer Einsatz, handlungsorientierter Unterricht);
- Sie begegnen dem technischen und gesellschaftlichen Wandel an vorderster Front (sich oft jährlich verändernde Lehrinhalte);
- Unterschiedliche jährliche Arbeitsbelastung durch Blockunterricht oder Prüfklassen (z. B. Klassen, die bis Ende November beschult werden);
- Zusätzliche Arbeitsbelastung durch Prüfertätigkeit, innere Schulreform etc.;
- In vielen Fällen viel zu große Klassen.

Aus diesen Gründen formulierte Bezirksvorsitzender Wolfgang Lambl, die von allen Beteiligten getragene Forderung:

- Schulen brauchen mehr Lehrer und bessere Beschäftigungsbedingungen
- Eine Senkung der Arbeitszeit und Arbeitsbelastung ist absolut erforderlich

Neben der Arbeitsbelastung der Lehrer sprach der stellvertretende Bezirksvorsitzender Geron Rempe noch das Thema Systembetreuer an.

Bezirksvorsitzender Lambl erläuterte den Kollegen vom ULLV die Entwicklung der Beruflichen Schulen hin zu Kompetenzzentren.



*Führten einen regen Meinungsaustausch. Von links: Stephan Debes (ULLV), Wolfgang Wittmann (ULLV), Siegfried Nees (VLB), die beiden Vorsitzenden Wolfgang Lambl (VLB) und Gerhard Bless (ULLV) sowie Harald Friedrich (ULLV).*

VLB und ULLV kamen zum Schluss überein, bis zum nächsten Treffen nicht wieder 6 Jahre verstreichen zu lassen. Gastgeber des nächsten Treffens wird der VLB sein.

Alle Beteiligten erkannten die Wichtigkeit des in freundschaftlicher Atmosphäre stattgefundenen Meinungsaustausches. So steht einer intensiveren Zusammenarbeit nichts im Wege.

*Wolfgang Grünsfelder*

## BV Schwaben

### Neuer Bezirksvorsitzender in Schwaben

Zur Wahl des neuen VLB-Bezirksvorsitzenden und der Schriftführerin des Bezirks Schwaben trafen sich am 23.02.2002 die 41 Delegierten aus den drei Kreisverbänden im Gasthof Schuster in Neusäß.

Der scheidende Bezirksvorsit-



*Alfred Weigand (rechts) gratuliert seinem Nachfolger Jürgen Wunderlich zur Wahl.*

zende Alfred Weigand resümierte seine Amtszeit, wurde von den Delegierten einstimmig entlastet und stellte sein Amt wegen des Übergangs in den Ruhestand zur Verfügung. Darüber hinaus trat auch die langjährige Schriftführerin Hilde Lang aus arbeitsbedingten Gründen zurück.

Die Wahl des neuen Bezirksvorsitzenden wurde von Bernd Wesse (KV Allgäu) und Johannes Münch (KV Nordschwaben) in bewährter Manier durchgeführt.

Neuer Bezirksvorsitzender ist bei einer Stimmenthaltung Jürgen

Wunderlich, ehemals Kreisvorsitzender im KV Nordschwaben, Schriftführerin wurde Barbara Dilberowic, beide aus den Beruflichen Schulen Neusäß. Der übrige Bezirksvorstand bleibt weiter im Amt.

Wir danken an dieser Stelle Alfred Weigand für seinen jahrzehntelangen Einsatz und sein Engagement für den VLB und wünschen Jürgen Wunderlich alles Gute in seinem neuen Amt.

Nicht nur als prominente Besucherin erschien die stellvertretende Landesvorsitzende Ingrid Heckner. Sie gab den anwesenden Delegierten in ihrem Referat aktuelle Informationen und Hinweise zum Themenkreis Dienstbeurteilung.

*Johannes Münch*

## KV Nordschwaben

### Fortbildung Hauswirtschaft

#### Wenn das nicht für sich spricht!

Die Fachgruppe Hauswirtschaft hatte für Samstag, den 12.01.02, zur Fortbildung nach Höchststadt/Donau geladen und der DV-Saal war voll besetzt.

Überwiegend Kolleginnen aus den fachpraktischen Bereichen ließen sich den Einsatz des Programms Excel in hauswirtschaftlichen Klassen einweisen und genossen die humorvolle, kompetente Art der Referentin Waltraud Hensold vom BBZ Ansbach.

Die von Waltraud Hensold erstellten Vorlagen und Hilfen werden

bestimmt dazu beitragen, dass die im Rahmen der Veranstaltung erprobten Beispiele künftig auch in den praktischen Unterricht einfließen können.

Zudem verwöhnt durch vielfältige Gaumengenüsse, welche die Kolleginnen aus Höchststadt vorbereitet hatten, ist dieser Fortbildungstag den Teilnehmerinnen sicherlich in bester Erinnerung geblieben.

*Barbara Dilberowic*

## KV Oberpfalz-Nord

### Michael Bäumler neuer Kreisvorsitzender

Im Rahmen des traditionellen Neujahrsempfanges des Kreisverbandes Oberpfalz-Nord stand vorab die Neuwahl des Kreisvorsitzenden auf der Tagesordnung. Hierzu war man in diesem Jahr an der Privaten Berufsschule zur individuellen Lernförderung (St.-Michaels-Werk) in Grafenwöhr zusammengekommen und wurde von Schulleiter Gerhard Egerer begrüßt, welcher der Veranstaltung einen angenehmen Verlauf wünschte und gleichzeitig den Beitritt zum VLB bekannt gab.

Jutta Wickelmann, die zu Beginn des Schuljahres aus gesundheitlichen Gründen aus dem aktiven Schuldienst ausgeschieden war, freute sich über das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder und blickte auf die vergangenen Jahre und die durchgeführten Veranstaltungen zurück. Sie selbst war seit 1992 Vorsitzende im Kreisverband Ober-



*Die Aufmerksamkeit war ihr sicher – Waltraud Hensold begrüßt die interessierten Teilnehmerinnen und den KV-Vorsitzenden Jürgen Wunderlich.*

Der neue Kreisvorsitzende Michael Bäumler bedankt sich bei seiner Vorgängerin Jutta Winckelmann für ihre Arbeit.



pfalz-Nord und seit 1971 im Schuldienst, dabei seit 1982 an der Berufsschule Weiden als Lehrkraft tätig. Jutta Winckelmann schlug den Anwesenden Michael Bäumler, eingesetzt an der Staatlichen Wirtschafts- und Berufsschule Weiden, als neuen Kreisvorsitzenden vor. Die Wahl ergab dann auch ein einstimmiges Ergebnis. Der neue Vorsitzende dankte für das ausgesprochene Vertrauen und versprach sich in den Dienst der Aufgabe zu stellen. Gleichzeitig bat er seine Vorstandskollegen und die Mitglieder um ihre

Unterstützung.

Seiner Vorgängerin dankte er für die hervorragende Arbeit und überreichte ihr einen Präsentkorb mit verschiedenen Flaschen Rotwein sowie einen Blumenstrauß. Der ebenfalls anwesende Bezirksvorsitzende Michael Birner gratulierte dem neuen Kreisvorsitzenden Michael Bäumler zur Wahl und richtete ein kurzes Grußwort an die Mitglieder, bevor man zum gesellschaftlichen Teil mit einem ausgezeichnet vorbereiteten Menü und persönlichen Gesprächen unterein-

im Gesundheitswesen, die nur in Bayern und in einigen neuen Ländern in das berufliche Schulwesen integriert sind, einen festen Platz in diesem schulischen Bereich zu sichern. Obwohl rund 20.000 Schülerinnen und Schüler an diesen Schulen in Bayern ausgebildet werden, werden diese immer noch als „Exoten“ angesehen. Ein Grund dafür ist auch, dass es für diesen Bereich bisher keine eigene Lehrerausbildung gab. Seit dem Wintersemester 2000/01 wird an der TU München der Studiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen Pflege/Gesundheit angeboten. Diesem Studiengang muss eine staatlich geregelte Ausbildung im Fachlehrerbereich folgen. Diese Aufgabe möchte er zu einem weiteren Schwerpunkt in der Fachgruppenarbeit machen. Damit kann auch sicher gestellt werden, dass die Ausbildung an diesen Schulen in Zukunft professionell durchgeführt wird und die Lehrkräfte auf die Herausforderung der Zukunft vorbereitet sind.

Die meisten Lehrkräfte in den Schulen des Gesundheitswesens haben auch keine „Verbands-Heimat“. Es gibt zwar Berufsverbände, die aber nur zu einem geringen Teil die Schulen vertreten. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten beschränken sich in der Regel auf die Bediensteten in den Krankenhäusern. Da die meisten Schulen auch einem Krankenhaus angegliedert sind, haben die Lehrerinnen und Lehrer keine eigene Personalvertretung. Lehrkräfte sind kaum vertreten. Auswirkungen zeigen sich z.B. auch in den Rahmenbedingungen des BAT, in dem die Lehrkräfte im Gesundheitswesen unterschiedliche Rahmenbedingungen finden.

Es gibt also viel zu tun. Dazu ist auch ein Engagement der Lehrer im Gesundheitswesen erforderlich. In der Verbandsarbeit wird es deshalb vordringliches Ziel sein, neue Mitglieder für den VLB aus diesem Bereich zu werben. Denn nur eine gemeinsame, starke Vertretung wird auch zu den angestrebten Zielen führen. Der VLB bietet an, „Heimat“ der Lehrkräfte im Gesundheitsbereich zu sein. VLB

## Referate und Fachgruppen

### FG Gesundheit

#### Wolfgang Lamprecht neuer Vorsitzender

Neu belebt soll die Arbeit in der Fachgruppe Gesundheit werden. Zu Jahresbeginn wählte die Fachgruppe Wolfgang Lamprecht zu ihren neuen Vorsitzenden. Der 45-jährige ist Leiter des Medizinischen Schulzentrums Ingolstadt. In diesem Schulzentrum sind acht Berufsfachschulen des Gesundheitswesens integriert. Mit 575 Schulplätzen ist das Zentrum das größte seiner Art in Bayern. Rund 50 Lehrkräfte im gehobenen und höheren Dienst bilden Schülerinnen und Schüler in den Fachbereichen Krankenpflege, Krankenpflegehilfe, Hebammen, Techn. Assistenten in der Medizin (Fachrichtung Labor



und Fachrichtung Radiologie) Physiotherapie, Logopädie und Ergotherapie.

Als wichtigstes Ziel sieht Lamprecht in seiner Arbeit, den Schulen

## Fachtagung zur Lehrerbildung in den Gesundheitsfachberufen

**Zeit:** 26. April 2002  
10:00 bis 16:00 Uhr  
**Ort:** Klinikum Ingolstadt, Veranstaltungsraum

Ganz im Zeichen der Lehrerbildung steht die diesjährigen Fachtagung der Fachgruppe Gesundheitsberufe im Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern. Die Schulen im Gesundheitswesen sind, im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern, in Bayern in das berufliche Schulwesen integriert. Dieser Entscheidung Bayerns, die bereits vor Jahrzehnten erfolgte, muss nun auch als weiterer Schritt die Überführung der Lehrkräfte des Gesundheitswesens in den Status von Lehrern folgen. Immer noch müssen die Schulen hauptsächlich mit nebenberuflichen Lehrkräften arbeiten, die zwar fachlich hoch qualifiziert sind, allerdings nur, wenn überhaupt, marginal in das Geschehen an den Schulen integriert sind. Für die hauptberuflichen Lehrkräfte, die in der Regel Berufsangehörige des Pflege-, MTA- oder Therapiebereiches sind, gibt es kaum Aus- oder Weiterbildungsangebote. So ist es unabdingbar, dass staatliche Angebote der Lehrerausbildung sowohl für den höheren Dienst, wie auch für den Fachlehrerbereich geschaffen werden müssen. An der Technischen Universität München wurde bereits ein Studiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen des Gesundheitswesens eingerichtet. Diesem ersten Schritt muss nun auch ein Angebot für die Fachlehrerausbildung für die Schulen des Gesundheitswesens folgen. Derzeit besteht ein Konzept zur Reform der Fachlehrerausbildung, das voraussichtlich zum Jahr 2003 umgesetzt werden soll. Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) möchte mit dieser Fachtagung Gelegenheit zu einer breiten Meinungsbildung bieten.

### Programm

- 10.00 Begrüßung  
Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern
- 10.10 Grußwort der Stadt Ingolstadt  
Bürgermeister Hans Amler
- 10.20 Einführung in die Thematik  
Vorstellung des med. Schulzentrums, Wolfgang Lamprecht, Leiter des med. Schulzentrums Ingolstadt, Fachgruppenleiter im VLB
- 10.45 Die Entwicklung der Berufsfachschulen des Gesundheitswesens  
Ingrid Heckner, Stellv. Landesvorsitzende des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern
- 11.15 Das Konzept zur Reform der Ausbildung der Fachlehrer in Bayern  
Adolf Tengg, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- 12.00 Die Fachlehrerausbildung in Sachsen  
Sabine Meesech, Stellv. Bundesvorsitzende des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen
- 13.00 Mittagspause mit Imbissmöglichkeit
- 14.00 Die Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen im Fachbereich Gesundheit an der Technischen Universität München  
Elisabeth Raab, Hochschulreferat VI Lehrerbildung, Technische Universität München
- 14.30 Die derzeitige Ausbildung der Fachlehrer an beruflichen Schulen  
Alfred Strobel, Staatsinstitut für die Ausbildung der Fachlehrer an beruflichen Schulen Ansbach
- 15.00 Diskussion über die Referate
- 16.00 Ende der Tagung

## Bayerische VLB-Meisterschaft Volleyball

Am 15. Juni 2002 in Hof

**Qualifizieren können sich die 1. Sieger der Bezirksmeisterschaften**

**Meldeschluss: 03. Mai 2002 bei**

Rainer Preisenhammer  
Tel. 09281/833090 oder  
Thomas Oschmann  
Tel. 0971/720618

Weitere Auskünfte bei FG-Leiter  
Thomas Oschmann

## Referendare

### Gunzenhausen - ein neuer Seminarort

Seit dem Schuljahr 2001/02 ist das Berufliche Schulzentrum Gunzenhausen an der Lehrerausbildung für das Höhere Lehramt an beruflichen Schulen mit einem Seminar für Bautechnik beteiligt.

Sechs junge Kollegen aus ganz Bayern mussten sich nach ihrem erfolgreich abgeschlossenen Studium an der TU-München kurzfristig mit dem neuen Seminarstandort Gunzenhausen auf der Landkarte vertraut machen, da eine Erweiterung der bisherigen vier Seminarstandorte für Bautechnik in Augsburg, Landshut, Regensburg und Würzburg aufgrund der hohen Referendanzahlen notwendig wurde. Gun-



zenhausen, mitten im Fränkischen Seenland, liegt in der Mitte dieses geographischen Vierecks.

Zum Seminarlehrer wurde Fritz Gottwald berufen, der mit Unterstützung von Schulleiter Heinrich Schönbuchner und dem Kollegium die Referendare auf den Schulalltag vorbereitet.

**Abteilung Bau- und Holztechnik hat Tradition**

An der Berufsschule Gunzenhausen werden traditionsgemäß u.a. Schreiner, Holzmechaniker, Maurer und Zimmerer in der beruflichen Erstausbildung unterrichtet. Seit 1992 kam die Fachschule für Schreiner (Meisterschule) dazu. Dieses Kompetenzzentrum für Bau- und Holztechnik wurde durch den Ausbildungsberuf der Technischen Zeichner-Holztechnik, die seit 1994 in Gunzenhausen in einem landesweiten Fachsprengel unterrichtet werden, weiter ausgebaut. Durch das Seminar Bautechnik für das er-

ste Jahr der Referendarsausbildung erfährt dieses Kompetenzzentrum eine weitere Bestätigung.

Weiter Einzelheiten zur Ausbildung der Referendare kann auf der Homepage des Beruflichen Schulzentrums unter Adresse <http://www.bsz-gun.de/> nachgelesen werden. Diese Seiten wurden von den Referendaren gestaltet.

**Fachtagung  
Förderschule**

**Termin:**

11.06.2002, 10.00 – 16.00 Uhr

**Ort:**

Adolf-Kolping-Berufsschule München, Hufelandstraße 28, 80939 München

**Thema:**

Alltagskonflikte in der Schule gewaltfrei lösen

**Referent:**

Prof. Dr. Kurt Singer

**Senioren**

**Panikmache**

„Beamtenversorgung frisst den Staat“ so oder ähnlich waren Meldungen über den „1. Versorgungsbericht“ des Bundeskabinetts überschrieben. Nun, nach dem 2. Versorgungsbericht des Bundeskabinetts – beschlossen am 19. September 2001 – wiederholt sich die gleiche Volksverdummung.

Zugegeben, die nackten absoluten Zahlen erschrecken:

**Versorgungsausgaben**

1970: 8,73 Mrd. DM

1999: 41,39 Mrd. DM

2015 (vorausberechnet): 89,00 Mrd. DM

2025 (vorausberechnet): 134,20 Mrd. DM

2040 (vorausberechnet): 177,40 Mrd. DM



**Schuldrecht reform 2002**

Nach über 100 Jahren wird das Deutsche Schuldrecht erstmals grundlegend reformiert. Seit dem 01. Januar 2002 sind wichtige Änderungen in Kraft getreten, u.a.:

- Umsetzung der EU Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie mit erheblichen Änderungen des Kaufrechts nicht nur bei Verträgen mit Verbrauchern, sondern auch bei Verträgen zwischen Unternehmen
- Gravierende Änderungen im allgemeinen Leistungsstörungenrecht
- Neugestaltung des Verjährungsrechts
- Änderungen im Werkvertragsrecht
- Integration mehrerer Sondergesetze wie des AGBG als neue Titel in das BGB

Unser Service für Sie:

- ✔ zahlreiche aktualisierte Titel in denen das neue Schuldrecht bereits berücksichtigt ist.
  - ✔ [www.schuldrecht-online.de](http://www.schuldrecht-online.de) - aktuelle Informationen im Internet: Unter „Neue Produkte“ finden Sie alle Neuerscheinungen und Neuauflagen, in die das neue Schuldrecht bereits eingearbeitet ist.
  - ✔ Buchplus - Immer aktuell! Hier finden Sie alle Titel, zu denen Sie die Ergänzungen zum neuen Schuldrecht als Datei herunterladen können.
  - ✔ Links, Links, Links! Außerdem haben wir exklusiv für Sie die interessantesten Internet-Adressen zum Thema zusammengestellt.
  - ✔ HOT Sonderheft (ISSN 3-427-60060-2)
- Eine Sonderausgabe unseres bekannten Unterrichtsmagazins HOT bietet alle wesentlichen Änderungen der Gesetzeslage in bewährter Aufbereitung:
- alle für den Unterricht relevanten Themen
  - direkt einsetzbare Vorlagen für Ihren Unterricht
  - praxisbezogen aufbereitet

Hotline: 0180 - 30 31 32 1 (0,09 €/Min)

Fax: 0 22 41 - 39 76 -191

[www.Bildungsverlag.de](http://www.Bildungsverlag.de)

E-Mail: [info@bv-1.de](mailto:info@bv-1.de)

**Bildungsverlag**

**EINS**

Gehlen Kieser Stam

Es bei den nackten absoluten Zahlen zu belassen, ist aber wenig aussagekräftig, irreführend und in Verbindung mit den wertenden Überschriften und Kommentaren höchst unseriös. Erst sinnvolle Reklamationen „geben etwas her“. Setzt man z. B. die Versorgungsausgaben in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt, kommt man zu folgendem Ergebnis (siehe Tabelle 1).

Einige weitere interessante Zahlen aus dem 2. Versorgungsbericht (siehe Tabelle 2 und 3).

**Gründe für die Pensionierungen – 33.4000 „Fälle“ – 1999:**

- Regelaltersgrenze (65 Jahre) 9 %.
- Dienstunfähigkeit 46,2 % (30 % wegen psychischer bzw. psychosomatischer Erkrankungen – bei Lehrern 45 %).
- Erreichen einer besonderen Altersgrenze 16,3 %.
- Auf Antrag nach Erreichen des 63. Lebensjahres 17,8 %.
- Auf Antrag nach Erreichen des 60. Lebensjahres 7 %.

Zu prüfende Maßnahmen zur Eindämmung der Zahl der Frühpensionierungen:

- verstärkte Anwendung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Versorgung“ (anderweitige Verwendung, Reduzierung des Arbeitsvolumens – Teildienstfähigkeit auch für Beamte unter 50 Jahren);
- verschärfte ärztliche Begutachtung der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit;
- verstärkte Reaktivierung von vorzeitig pensionierten Beamten – und zwar nicht nur bei Wiedererlangung der vollen Dienstfähigkeit, sondern auch bei Teildienstfähigkeit.<sup>1)</sup>

**Anmerkung:**

In Bayern scheint die Einschränkung der vergleichsweise früh eingeführten und stark angenommenen Altersteilzeit Ansatzpunkt für die Eindämmung der Frühpensionierungen zu werden.

Nach einer Presseerklärung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen vom 14.01.2002 strebt der Finanzminister zunächst eine Einschränkung auf bundesrechtlicher Regelung an.

Der Minister begründet seine Forderung mit der unerwartet hohen Inanspruchnahme der Altersteilzeit. Man habe mit einer Inan-

spruchnahme von 10 – 15 % der Anspruchsberechtigten gerechnet, in Wirklichkeit seien es z. Zt. rund 33 % – bei den Lehrern gar 38 %. Minister Falthäuser: „Dieser Entwicklung müssen wir jetzt Einhalt gebieten! Ansonsten geht zu viel Erfahrung und Engagement verloren!“

Der Bayerische Beamtenbund hat sich sofort gegen diese Bestrebungen gewandt. Die Altersteilzeit sei als Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingeführt – und als solches sehr erfolgreich.

Im Lehrerbereich wäre zudem zu befürchten, dass mit der Einschränkung der Altersteilzeit ein Anstieg der Frühpensionierung wegen Dienstunfähigkeit die Folge sein könnte.<sup>2)</sup> *Berthold Schulter*

**Quellen:**

<sup>1)</sup> Der „2. Versorgungsbericht“ der Bundesregierung  
Schröder, Christian: Zweiter Versorgungsbericht der Bundesregierung in Wirtschaft und Erziehung 1/2002 S. 24 f.  
<sup>2)</sup> BBB-Nachrichten, 1-2/2002 S. 7 f.

**Personalien**

**Zum Tode von Klaus Cislak  
Ein Nachruf von Bernhard Zeller**



Unfassbar und unbegreiflich sind für uns die Geschehnisse in Eching und in der Wirtschaftsschule Freising vom 19. Februar 2002.

Ein junger, von Hass verblendeter Mensch suchte sich Opfer, die er für seine persönliche Unfähigkeit und sein schulisches und berufliches

**Tabelle 1**

Jahr	Anteil der Versicherungsausgaben am BSP
1970	1,23 %
1975	1,60 %
1999	1,07 %
2025	1,47 %*
2040	1,25 %*

\* Unterstellt eine durchschnittliche, jährliche Besoldungsanpassung von 2-2,5 %

**Tabelle 2**

Jahr	Zahl der Versorgungs-Empfänger (Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene)		
1970	780 000	2030	1 270 000 (prognostiziert)
2000	846 000	2040	1 040 000 (prognostiziert)

**Tabelle 3**

Jahr	Zahl der Beamten	davon		
1960	670 000	Bund	Länder	Gemeinden
1999	1 500 000	12,2 %	76,4 %	11,4 %

Scheitern verantwortlich machte.

Unser langjähriges Mitglied, Klaus Cislak, der Leiter der Freisinger Wirtschaftsschule, war einer der drei Toten.

Schulleiter, Lehrkräfte und Schüler trauern, sind bestürzt und ratlos ob dieser grausamen, brutalen Tat. Viele von uns kannten Klaus Cislak näher. Viele von uns haben neben einem Kollegen auch einen Freund verloren. In diesen Stunden des Schmerzes sind unsere Gedanken häufig bei seiner Frau und seinen beiden Kindern. Uns wird seine liebenswerte und heitere Art fehlen.

Ebenso wie sein Sachverstand und seine Ideen, die er in unzählige Gespräche, z.B. bei Diskussionen im Verband, bei Sitzungen der ARGE Bayerische Wirtschaftsschule, bei Veranstaltungen der Direktorenvereinigung und nicht zuletzt in Verhandlungen mit dem Kultusministerium einbrachte.

Neben seiner Familie war die Wirtschaftsschule Freising, die er seit 1994 leitete, sein Lebensmittelpunkt. Klaus Cislak engagierte sich stark für seine Schüler, seine Lehrkräfte, seine Schule und für die Wirtschaftsschulen im Allgemeinen. Wie Staatsministerin Hohlmeier in ihrer Ansprache am 25.02. betonte und wie alle, die ihn kannten, bestätigen werden, war er ein ausgezeichnete Lehrer und ein Vorbild als Schulleiter. Letztlich ist es ihm zu verdanken, dass die Wirtschaftsschule Freising heute einen so guten Ruf vorweisen kann. Als Vertreter der staatlichen Wirtschaftsschulen war er seit 1999 Vorstandsmitglied der Direktorenvereinigung Bayerischer Wirtschaftsschulen.

Sein wichtigstes Anliegen war, die Selbständigkeit der Wirtschaftsschulen zu sichern, da er vor allem darin die Chance zur Profilbildung und Wettbewerbsfähigkeit sah. Eine große Gefahr sah er in dem Führen von Schulen in „Personalunion“ und in der Verpflichtung, Lehrkräfte an Berufsschulen abordnen zu müssen.

Wir trauern mit seinen Angehörigen und werden ihn nicht vergessen.

## In Memoriam Alois Settele



Nach längerer Krankheit verstarb im Januar in Augsburg der ehemalige Bezirksvorsitzende Schwabens Alois Settele. Seit 1952 gehörte der Verstorbene zunächst dem Verband Bayerischer Landwirtschaftslehrer (VBL) an, nach dessen Vereinigung mit dem Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) führte er die Mitgliedschaft dort bis zu seinem Tode aktiv weiter. Er gehört zu der Generation, die für das landwirtschaftliche Berufsschulwesen Pionierarbeit geleistet. Der nord-schwäbische Kreisverbandsvorsitzende Jürgen Wunderlich würdigte die Verdienste Setteles, insbesondere dessen Verbandsarbeit in der Zeit von 1963 - 1967 als Bezirksvorsitzender des Berufsverbandes in Schwaben war. *Konrad Wilhelm*

## Wir gratulieren im April ...

### ... zum 95. Geburtstag

**Netzsch, Hildegard**, 13.04.  
83022 Rosenheim, KV Rosenheim-Miesbach

### ... zum 90. Geburtstag

**Pfau, Wilhelm**, 07.04.  
81475 München, BV München

### ... 85 Geburtstag

**Größelein, Maria**, 20.04.  
86875 Waal, KV Ofr.-Nordwest

### ... 75. Geburtstag

**Pfister, Paul**, 04.04.  
91301 Forchheim, KV Bamberg-Forchheim

**Windmeißer, Max**, 05.04.  
93449 Waldmünchen, KV Cham

**Härtl, Werner**, 08.04.  
84036 Landshut, KV Ofr.-Nordost

**Fraunhofer, Josef**, 09.04.  
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL

**Becher, Theobald**, 11.04.  
90411 Nürnberg, KV Nürnberg

**Nothhaft, Fritz**, 18.04.  
95239 Zell

**Meier, Elfriede**, 26.04.  
92278 Illschwang, KV Amberg-Sulzbach

**Rückschloss, Johann**, 26.04.  
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald

### ... zum 70. Geburtstag

**Dolling, Horst**, 15.04.  
95032 Hof, KV Ofr.-Nordost

**Weihrich, Georg**, 29.04.  
90556 Seukendorf, KV Mfr.-Nord

### ... zum 65. Geburtstag

**Botzlar, Renate**, 03.04.  
94032 Passau, KV Ndb.-Ost

**Welkener, Dieter**, 04.04.  
83026 Rosenheim, KV Rosenheim-Miesbach

**Schlel-Weh, Helga**, 05.04.  
83512 Wasserburg, KV Rosenheim-Miesb.

**Fischer, Ernst**, 06.04.  
82377 Penzberg, KV Obb.-Südwest

**Nürnbergger, Heinz**, 07.04.  
97074 Würzburg, KV Würzburg

**Schwaiger, Hans**, 10.04.  
90765 Fürth, KV Mfr.-Nord

**Tank, Dietmar**, 18.04.  
85051 Ingolstadt, KV Mfr.-Süd

**Weisenberger, Hermann**, 23.04.  
97225 Zellingen, KV Würzburg

**Kotz, Werner**, 27.04.  
87674 Ruderatshofen, KV Allgäu

**Müßler, Albrecht**, 28.04.  
87600 Kaufbeuren-Neugabl, KV Allgäu

**Meißner, Herrmann**, 30.04.  
92421 Schwandorf, KV Schwandorf

### ... zum 60. Geburtstag

**Richter, Benno**, 03.04.  
80993 München, BV München

**Petzold, Heinrich**, 04.04.  
91126 Schwabach, KV Mfr.-Süd

**Zegarski, Rotraud**, 04.04.  
81927 München, BV München

**Gampe, Hans**, 07.04.  
82229 Seefeld, KV Obb.-Südwest

**Lernet, Franz**, 07.04.  
86157 Augsburg, KV Augsburg

**Schmatz, Elmar**, 10.04.  
93059 Regensburg, KV Regensburg

**Bischoff, Adolf**, 11.04.  
83080 Oberaudorf, KV Rosenheim-Miesbach

**Krumm, Gerhard**, 15.04.  
86161 Augsburg, KV Nordschwaben

**Fischer, Albert**, 17.04.  
92318 Neumarkt-Lähr, KV Neumarkt

**Tzschentke, Jürgen**, 23.04.  
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd

**Hieber, Werner**, 24.04.  
86529 Schrobenhausen, KV Obb.-Nordwest

**Wendland-Grunwald, Mechthild**, 24.04.  
87730 Grönenbach, KV Allgäu

**Führlein, Werner**, 25.04.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt

## Wir gratulieren im Mai ...

### ... zum 80. Geburtstag

**Lämmermann, Heinz**, 09.05.  
90482 Nürnberg, KV Nürnberg

**Riebel, Erna L.**, 18.05.  
90409 Nürnberg, KV Nürnberg

**Schrödinger, Max**, 19.04.  
94315 Straubing, KV Donau-Wald

**Mochan, Günther**, 22.05.  
87640 Biessenhofen, KV Allgäu

**Fritsche, Alfred**, 24.05.  
86152 Augsburg, KV Augsburg

### ... zum 75. Geburtstag

**Höllerer, Erich**, 02.05.  
92685 Floss, KV Opf.-Nord

**Neff, Otto**, 05.05.  
86391 Stadtbergen, KV Augsburg

**Diersch, Hans**, 12.05.  
91320 Ebermannstadt,  
KV Bamberg-Forchheim

**Riess, Helmut**, 30.05.  
91575 Windsbach, KV Mfr.-Süd

### ... zum 70. Geburtstag

**Egger, Rudolf**, 02.05.  
85276 Pfaffenhofen, KV Obb.-Nordwest

**Röder, Rudolf**, 05.05.  
96050 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

**Schmid, Walter**, 14.05.  
63741 Aschaffenburg, KV Untermain

### ... zum 65. Geburtstag

**Gebhard, Helmut**, 02.05.  
88131 Lindau, KV Allgäu

**Röder, Herta**, 08.05.  
84503 Altötting, KV Altötting-Mühlendorf

**Schober, Hermann**, 13.05.  
86165 Augsburg, KV Augsburg

**Krause, Hartmut**, 15.05.  
91052 Erlangen, KV Bamberg-Forchheim

**Reischl, Erwin**, 26.05.  
85551 Kirchheim, KV Obb.-Nordwest

**Spiegel, Wilhelm**, 27.05.  
97475 Zeil, KV Main-Rhön

**Grützner, Norberg**, 29.05.  
97456 Hambach, KV Main-Rhön

### ... zum 60. Geburtstag

**Schmid, Günther**, 02.05.  
87700 Memmingen, KV Allgäu

**Betzler, Adalbert**, 04.05.  
87700 Memmingen, KV Allgäu

**Fröhlich-Kiauka, Sabine**, 06.05.  
A-5122 Ach-Österreich, KV Altötting-Mühl.

**Großmann, Rainer**, 07.05.  
85356 Freising, KV Altötting, Mühlendorf

**Medrisch, Peter R.**, 07.05.  
80796 München, BV München

**Vollmer, Martin Karl**, 10.05.  
86956 Schongau, KV Obb.-Südwest

**Zinke, Gerhard**, 12.05.  
97616 Bad Neustadt, KV Main-Rhön

**Stobinski, Hans-Jürgen**, 14.05.  
94036 Passau, KV Ndb.-Ost

**Lindner, Sonnhild**, 17.05.  
87439 Kempten, KV Allgäu

**Flemisch, Günther**, 18.05.  
87700 Memmingen, KV Allgäu

**Weiß, Dieter**, 20.05.  
95032 Hof, KV Ofr.-Nordost

**Morhardt, Ernst**, 22.05.  
87740 Busheim, KV Allgäu

**Hofmann, Günter**, 29.05.  
91126 Schwabach, KV Mfr.-Süd

## In den Ruhestand sind gegangen:

**Drexel, Heidi** (KV Mfr.-Süd)

**Friedlhuber, Werner** (BV München)

**Haack, Klaus** (BV München)

**Hagen, Robert** (KV Bayreuth-Pegnitz)

**Dr. Heidenreich, Klaus** (BV München)

**Höllein, Rüdiger** (KV Ofr.-Nordwest)

**Hummel, Peter** (KV Obb.-Nordwest)

**Kiener, Gerhard** (KV Mfr.-Nord)

**Kranz, Werner** (KV Würzburg)

**Dr. Krause, Hartmut**  
(KV Bamberg-Forchh.)

**Lenkl, Günter** (KV Landshut)

**Martini, Karl** (KV Obb.-Nordwest)

**Meissner, Johannes** (KV Landshut)

**Nöth-Bergemann, Renate** (KV Untermain)

**Rann, Richard** (KV Würzburg)

**Schacherbauer, Margarete**  
(KV Niederbayern-Ost)

**Schröder, Burkhard** (KV Landshut)

**Sös, Gudrun** (KV Mfr.-Nord)

**Spanner, Siegfried** (KV Donau-Wald)

**Winckelmann, Jutta** (KV Opf.-Nord)

**Worbs, Dagmar** (KV Donau-Wald)

## Wir trauern um:

**Focke, Winfried** (41) KV Donau-Wald

**Kessler, Irmgard** (84) KV Rosenheim

**Leistner, Rainhard** (55) KV Opf.-Nord

**Loehnert, Harald** (82) KV Obb.-Südwest

**Settele, Alols** (74) KV Nordschwaben

**Vogel, Karl** (77) KV Nürnberg

**Willmy, Herbert** (79) KV Main-Rhön

## Kommunale Schulen

Würzburger Berufsschüler stellen aus:

## Prag als Ansichtssache

Prag - die goldene Stadt. So heißt es der Reiseführer. Wer das im Bild festhalten will, braucht Licht, gutes Licht. Dem Fotografen bietet sie freilich mehr, die Weltstadt an der Moldau. Und schließlich erweist sich als Könnern nur derjenige, der auch bei „Flaute“ einen achtbaren Ertrag mit nach Hause bringt.

Die Fotoarbeiten, die seit Ende Februar in der Würzburger Franz-Oberthür-Schule ausgestellt sind, belegen dies. Sie stammen von der Fotografen-Abschlussklasse des Hauses - einer unterfränkischen Sprengelklasse - und wurden erstellt während eines einwöchigen Prag-Aufenthaltes im Rahmen der Blockbeschulung.

„Ansichtssachen“ lautete die Themenvorgabe, unter der die Auszubildenden möglichst viele Facetten Prags erfassen und interpretieren sollten. Es entstand ein Bild-Kaleidoskop, das keinerlei Vergleich scheuen braucht: Gekonnt eingesetztes Schwarzweiß, Verfremdungen, Menschliches und Allzumenschliches, Details und attraktive Nachtmotive. Dies alles bringt schließlich das Reizvolle, ja das Mystisch-Geheimnisvolle zum Ausdruck, das der Kafka-Stadt nun mal anhaftet. Daneben dann vielstöckige Plattenbauten aus dem real existierenden Sozialismus: sie erinnern nicht nur an die Tristesse jener Zeit, sie eignen sich auch zur Darstellung origineller Strukturen.

„Unsere Fotografenklassen machen seit Jahren solche Work-Shops, und wir sind immer sehr gespannt darauf, was sie an Bildern mit Hause bringen“, erklärte Oberstudienleiter Hermann Sauerwein, als er - (der Hausherr) die zahlreich erschienen Gäste - Eltern, Ausbilder und Vertreter der Schulaufsicht - bei der Vernissage in der Franz-Oberthür-Schule begrüßte.

Ina Brosch, Obermeisterin der Fotografeninnung von Unterfranken, zeigte sich stolz auf den unterfränkischen Berufsnachwuchs. „Ihr habt die Stadt als Symbiose von Geschichte und Kunst sowie als Schmelztiegel unterschiedlichster Kulturen hervorragend kommentiert“ lobte sie. Gleichzeitig wies sie auf die pädagogische Bedeutung solcher schulischer Ausbildungsmaßnahmen hin: „Sie bringen den jungen Leuten Weitblick und Weltoffenheit“.

Wilfried Oeser, Betreuer des Fachbereichs Drucktechnik und Fotografie an der Franz-Oberthür-Schule, betonte bei seinen Prag-Reminiszenzen auch den allgemeinbildenden Auftrag der Berufsschule. „Bei solchen Unternehmungen geht es beileibe nicht nur um uns Fachliche“, sagte er, „da bleibt einiges an Bildung hängen“. Klassenlehrer Thomas Seydl, der die Gruppe zusammen mit seinem Kollegen Wolfgang Denninger in Prag betreut hatte, ließ das vielfältige kulturelle Angebot Revue passieren, dem die jungen Leute in der Kafka-Stadt begegnet waren. Ein von den Auszubildenden erstelltes Video mit stark kafkaesken Szenen fand großen Beifall. Für die Klasse kommentierte Antje Hitzel den Reiseverlauf. Sie betonte u.a. den sozialen und zwischenmenschlichen Aspekt solcher Unternehmungen. Nach der Vernissage war die Ausstellung drei Wochen lang der Öffentlichkeit zugänglich. Im Rahmen des an der Franz-Oberthür-Schule durchgeführten Tages der offenen Tür erfreut sie sich starker Nachfrage und warb somit für die Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen und der dualen Ausbildung.

*Peter Thiel*

## Für Sie persönlich

### VLB - Infodienst - Versicherungen

HELMUT LANG

#### Neues Kündigungsrecht in der gesetzlichen Krankenversicherung

Zum 1. Juli 2001 trat ein neues Krankenkassenwahlrecht in Kraft. Es regelt alle Kündigungen ab 1. Januar 2002. Mit der neuen Regelung wurden einheitliche Kündigungsfristen für versicherungspflichtige und freiwillige Mitglieder geschaffen.

Die **Kündigung** einer Mitgliedschaft ist jetzt **zum Ablauf des übernächsten Kalendermonats**, gerechnet von dem Monat, in dem das Mitglied die Kündigung erklärt, möglich. An die neue Krankenkasse ist der Versicherte dann 18 Monate lang gebunden.

Die bisherige Krankenkasse prüft, ob alle Voraussetzungen für eine Kündigung erfüllt sind und stellt dann unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 2 Wochen nach Eingang der Kündigung, eine Kündigungsbestätigung aus. Die neu gewählte Krankenkasse kann nur dann eine Mitgliedsbescheinigung ausstellen, wenn der Versicherte diese Kündigungsbestätigung vorlegt. Eine Kündigungsbestätigung muss dann nicht vorgelegt werden, wenn eine Unterbrechung der eigenen Mitgliedschaft von mehr als 18 Monaten gegeben ist. (Beispiele: Ein Schüler nimmt erstmals eine Beschäftigung auf oder ein Elternteil wird nach einigen Jahren Kindererziehungszeit wieder berufstätig.)

Der Arbeitgeberwechsel ist kein eigenständiger Kündigungstatbestand mehr.

Ein **Sonderkündigungsrecht** steht dem Krankenkassenmitglied **bei Beitragserhöhungen** (unabhängig von der Höhe) zu. Innerhalb des Monats, in der die Beitragserhöhung wirksam wird, muss die Kündigung erfolgen, die mit Ablauf des übernächsten Monats wirksam

wird. Die 18-monatige Bindungsfrist findet bei Beitragserhöhung keine Anwendung.

#### Weitere Änderungen in der Sozialversicherung zum 1. Januar 2002

Schon seit dem 1. Jan. 2001 gelten im gesamten Bundesgebiet einheitliche Rechengrößen in der Kranken- und damit auch in der Pflegeversicherung.

In der Renten- und Arbeitslosenversicherung wird hingegen auch weiterhin an der Trennung der Rechengrößen für die alten und neuen Bundesländer festgehalten.

#### Gesetzliche Rentenversicherung

Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt bei 19,1 %. Die Beitragsbemessungsgrenze steigt in den alten Bundesländern von 8.700 DM auf 8.800 DM = 4.500 €. In den neuen Bundesländern steigt sie von 7.300 DM auf 7.334 DM = 3750 €.

#### Gesetzliche Krankenversicherung

Die Versicherungspflichtgrenze in der GKV erhöht sich in den alten und neuen Bundesländern von 6.525 DM auf 6.600 DM = 3.375 €.

#### Befreiung von der Versicherungspflicht

In den alten und neuen Bundesländern können privat krankenvollversicherte Arbeitnehmer, die aufgrund der Anhebung der Versicherungspflichtgrenze in der GKV versicherungspflichtig werden, sich von dieser Versicherungspflicht bis zum 31. März 2002 befreien lassen. Die Befreiung kann bei jeder GKV-Kasse beantragt werden, die der Versicherungsnehmer wählen könnte. Ein PKV-Schutz muss dazu nicht nachgewiesen werden. Diese Befreiung gilt für den Status Arbeitnehmer unwiderruflich und sollte deshalb überlegt vorgenommen werden. Sie erstreckt sich aber nicht auf eine GKV-Pflicht aus einem anderen Grund, z.B. wegen Arbeitslosigkeit.

Versicherte Personen, die aufgrund der Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze wieder versicherungspflichtig werden und sich nicht von der GKV-Pflicht befreien lassen, sondern bei der GKV Versicherungsschutz aufnehmen wollen, haben für ihre private Krankenversicherung ein außerordentliches Kündigungsrecht zum 31. Dez. 2001, wenn die Kündigung dem PKV-Unternehmen bis zum 28. Febr. 2002 zugeht.

Nach dem 1. März 2002 kann der Versicherungsnehmer (VN) wegen Eintritt der Versicherungspflicht zum 1. Jan. 2002 seine private Krankenversicherung nur noch zum Ende des Monats kündigen, in dem der VN die Versicherungspflicht nachweist. Diese verspätete Kündigung bedeutet bis zum Wirksamwerden der Kündigung doppelte Beitragszahlung für GKV und PKV.

#### Arbeitgeberzuschuss

Mit der Beitragsbemessungsgrenze erhöht sich zum 1. Jan. 2002 auch der maximale Arbeitgeberzuschuss für privat krankenvollversicherte Arbeitnehmer:

#### Private Krankenversicherung

alte Länder	neue Länder
251,44 €	251,44 €

#### Private Pflegepflichtversicherung

alte Länder	neue Länder
28,69 €	28,69 €

(Sachsen: 11,81 €)

Unverändert gilt, dass der Arbeitgeberzuschuss auf die Hälfte der tatsächlich zu zahlenden Prämie begrenzt ist.

#### Private Pflegepflichtversicherung

Zum 1. Jan. 2002 ändern sich aufgrund der neuen Beitragsbemessungsgrenze die Höchstbeiträge in der sozialen Pflegeversicherung. Davon sind auch die Privatversicherten betroffen, deren Beitrag auf den Höchstbeitrag der Sozialen Pflegepflichtversicherung bzw. auf den Ehegattenhöchstbeitrag begrenzt ist.

In der Pflegepflichtversicherung bleibt der Beitragssatz bei 1,7 % der Beitragsbemessungsgrenze in der

gesetzlichen Krankenversicherung.

Als **Höchstbeitrag für Beihilferechtigte** gilt damit ab 1. Jan. 2002 in der Pflegepflichtversicherung:

Gesetzlicher Höchstbetrag	
Beamte	Sonstige
22,95 €	57,38 €

Beihilferechtigte zahlen 40 %

Ehegattenhöchstbetrag	
Beamte	Sonstige
34,43 €	86,07 €

bzw. 60% des Höchstbeitrags

Die Beitragsbegrenzung für Ehegatten auf 150 % (bei einem Versicherungsbeginn zum 1. Jan. 1995) hängt entscheidend davon ab, dass ein Ehegatte kein Gesamteinkommen (auch Rente) oberhalb der Einkommensgrenze für Familienversicherte. Sie beträgt im Jahr 2002 in den alten und neuen Ländern monatlich 335,00 €.

Informieren Sie auf jeden Fall Ihr Versicherungsunternehmen, wenn das Einkommen des Ehegatten die Grenze übersteigt. Für Kinder endet die Beitragsbefreiung ebenfalls, wenn die Einkommensgrenze für Familienversicherte überschritten wird oder das Kind eine hauptberufliche Beschäftigung aufnimmt.

### Studentische Krankenversicherung

Studenten können die Familienversicherung nur nutzen, wenn sie nicht mehr als 335,00 € im Monat verdienen und nicht älter als 25 Jahre sind. Diese Altersgrenze verlängert sich um die Zeit des geleisteten Wehr- oder Ersatzdienstes.

Die Beiträge für die eigenständige gesetzliche **studentische Krankenversicherung** werden einheitlich für alle gesetzlichen Krankenkassen vom Bundesministerium für Gesundheit festgelegt. Der Beitrag für die studentische Krankenversicherung beträgt bundesweit monatlich z. Zt. 44,20 € und 7,91 € für die Pflegeversicherung. Die studentische Krankenversicherung besteht i. d. R. bis zum 14. Fachsemester, längstens bis Ende des Semesters, in dem das 30. Lebensjahr vollendet wird.

Die Beiträge für privat kranken- und pflegepflichtversicherte Studenten richten sich nach dem vereinbarten Versicherungsumfang.

### Geringfügige entlohnte Beschäftigungsverhältnisse

Geringfügige Beschäftigungen können sowohl aufgrund der Wochenarbeitszeit (regelmäßig weniger als 15 Stunden) und des regelmäßigen monatlichen Arbeitsentgelts (nicht mehr als 325 €) als auch aufgrund ihrer geringen Dauer (innerhalb eines Jahres seit ihrem Beginn längstens 2 Monate oder 50 Arbeitstage befristet) sozialversicherungsfrei sein.

Da Versicherungsfreiheit nicht gleich Versicherungsfreiheit ist muss unterschieden werden, ob es sich um eine geringfügig entlohnte oder um eine kurzfristige Beschäftigung handelt. Dies deshalb, weil der Arbeitgeber für Arbeitnehmer, die versicherungsfrei geringfügig entlohnt beschäftigt sind, pauschale Krankenversicherungsbeiträge (falls sie gesetzlich krankenversichert sind) in Höhe von 10 % sowie pauschale Rentenversicherungsbeiträge in Höhe von 12 % zu zahlen hat. Bei kurzfristig Beschäftigten fallen die Pauschalbeiträge hingegen nicht an.

### Kurzfristige Beschäftigungen

Entscheidend ist die Frage, ob eine Beschäftigung regelmäßig ausgeübt wird. Ist dies der Fall, ist die Versicherungsfreiheit aufgrund geringer Beschäftigungsdauer (kurzfristige Beschäftigung) ausgeschlossen. Regelmäßig ist eine Beschäftigung, wenn sie auf ständige Wiederholung gerichtet ist und über einen längeren Zeitraum ausgeübt werden soll. Dies ist immer dann der Fall, wenn ein über ein Jahr hinausgehender Rahmenarbeitsvertrag geschlossen wird, und zwar auch dann, wenn dieser Vertrag maximal nur Arbeitseinsätze von 50 Arbeitstagen innerhalb eines Jahres vorsieht. Nur bei einem auf ein Jahr (oder weniger) begrenzten Rahmenarbeitsvertrag mit Arbeitseinsätzen von maximal 50 Arbeitstagen bleibt der Arbeitnehmer

grundsätzlich als kurzfristig Beschäftigter in allen Versicherungszweigen versicherungsfrei.

### 325 €-Grenze und Verzicht auf Einmalzahlungen

Einmalzahlungen, wie Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, sind bei der Beurteilung, ob die 325 €-Grenze überschritten wird, dann zu berücksichtigen, wenn deren Gewährung vertraglich (z. B. in einem Tarifvertrag) vereinbart ist.

Manche Arbeitnehmer vereinbaren mit ihrem Arbeitgeber, vor allem wenn das monatliche Entgelt knapp unterhalb der 325 €-Grenze liegt, einen Verzicht auf die Auszahlung der tarifvertraglich zustehenden Sonderzahlung.

Das Bundessozialgericht hat dazu bereits 1994 festgestellt, dass sich solche Verzicht sozialversicherungsrechtlich nicht auswirken. Maßgeblich für die Beurteilung der Versicherungspflicht bleiben alle tarifvertraglich vereinbarten Beträge.

### Beitragspflicht von Einmalzahlungen ist verfassungswidrig

Das Bundesverfassungsgericht hat die Beitragspflicht von Einmalzahlungen für verfassungswidrig erklärt, soweit diese Beträge bei den kurzfristigen Lohnersatzleistungen (insbesondere Kranken- und Arbeitslosengeld) unberücksichtigt bleiben. Dieses Urteil wird weitere Beitragserhöhungen zur Folge haben.

### Bezugsgröße

Die Bezugsgröße ist ein Rechenwert in der Sozialversicherung. Sie beträgt im Jahr 2002 für die alten Bundesländer jährlich 28.140 € oder monatlich 2.345 €. In den neuen Ländern gelten diese Werte für die Kranken- und Pflegeversicherung ebenfalls. In der Renten- und Arbeitslosenversicherung gelten in den neuen Ländern jährlich 23.520 € oder monatlich 1.960 € als Bezugsgröße.

1/7 der monatlichen Bezugsgröße ergibt die Einkommensgrenze (335 € – alle Länder), bis zu der Anspruch auf Familienversicherung in der GKV besteht.

Sozialversicherungsdaten 2002

			Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	
<b>Gesetzliche Rentenversicherung</b>	Beitragsbemessungsgrenze	jährl.	54.000,00 €	45.000,00 €	
		mtl.	4.500,00 €	3.750,00 €	
	Beitragsatz		19,1 %	19,1 %	
	Höchstbeitrag		mtl.	859,50 €	716,25 €
	Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte		mtl.	120,33 DM	120,33 DM
Regelbeitrag für versicherungspflichtige Selbständige		mtl.	447,90 €	374,36 €	
<b>Gesetzliche Krankenversicherung</b>	Beitragsbemessungsgrenze und Versicherungspflichtgrenze	jährl.	40.500,00 €	40.500,00 €	
		mtl.	3.375,00 €	3.375,00 €	
	geschätzter Beitragsatz		13,5 %	13,5 %	
	Höchstbeitrag		mtl.	502,88 €	502,88 €
<b>Gesetzliche Pflegeversicherung</b>	Beitragsbemessungsgrenze	jährl.	40.500,00 €	40.500,00 €	
		mtl.	3.375,00 €	3.375,00 €	
	Beitragsatz		1,7 %	1,7 %	
Höchstbeitrag		mtl.	57,38 €	57,38 €	
<b>Gesetzliche Arbeitslosenversicherung</b>	Beitragsbemessungsgrenze	jährl.	54.000,00 €	45.000,00 €	
		mtl.	4.500,00 €	3.750,00 €	
	Beitragsatz		6,5 %	6,5 %	
Höchstbeitrag		mtl.	292,50 €	243,75 €	
<b>Höchstmöglicher Arbeitgeberzuschuss</b>	PKV	mtl.	227,81 €	227,81 €	
	PPV (Ausnahme Sachsen)	mtl.	28,69 €	28,69 € (11,81 DM)	
<b>Mindestbeiträge in der GKV</b>	Selbständige	mtl.	262,05 €	262,05 €	
	Sonst. Freiwillige	mtl.	116,47 €	116,47 €	
<b>Bezugsgröße</b>		mtl.	2.345,00 €	2.345,00 € KV u. PflV 1.960,00 € RV u. AIV	
<b>Einkommensgrenze für</b>	- geringfügig Beschäftigte	mtl.	325,00 €	325,00 €	
	- Familienversicherung in der GKV	mtl.	335,00 €	335,00 €	

Das für die Beitragsberechnung maßgebliche monatliche Mindesteinkommen freiwilliger GKV-Mitglieder beträgt 1/3 der monatlichen Bezugsgröße (781,67 € - alle Länder). Bei Selbständigen sind es dagegen 75 % der monatlichen Bezugsgröße (1758,75 € - alle Länder).

Beachten Sie bitte auch nebenstehende Übersicht. Für das Gebiet Ost-Berlin sind die Grenzwerte der alten Bundesländer maßgeblich.

**Bücher/Medien**

**Titel:** Eckpunkte des neuen Schuldrechts  
**Autor:** Wolfgang Boiger  
**Verlag:** Eigen-Verlag, Im Brunnenhof 14, 94469 Degendorf, Tel.: (09 91) 73 53  
**Preis:** Lehrkräfte: 7,00 Euro / Schüler: 4 Euro  
**Rezensent:** Volker Engelbrecht

Das im Stile einer Powerpoint-Präsentation aufgemachte unterrichtsbegleitende Skriptum zu den Eckpunkten des neuen Schuldrechts mit seinen Übersichten, Beispielfällen und Lösungen, was zum jetzigen Zeitpunkt als besonders gut hervorzuheben ist, ist sowohl für die Hand des Lehrers als auch der Schüler zu empfehlen.

Inhaltlich sind alle Punkte des neuen Schuldrechts hinreichend erfasst. Die Beispiele sind so gewählt, dass sie berufsübergreifend von allen Schülern verstanden werden können. Das Skriptum ist somit eine wesentliche Hilfestellung bei der Erarbeitung des neuen Schuldrechtes.

Der Übergangphase wird das Skriptum durch Gegenüberstellung bei den Lösungen von altem und neuem Recht gerecht.

Bei nur 4 für das Schüler heft ist es auf jeden Fall eine lohnende Anschaffung für die Auszubildenden, für Lehrkräfte (7 Euro) allemal.

**Titel:** Wörterbuch der Verlagsprache  
**Autor:** Wilhelm Ruprecht Frieling  
**Verlag:** Verlag Frieling&Partner, Berlin  
**ISBN-Nr./Preis:** 3-89009-300-0 / 10,00 Euro  
**Rezensent:** Martin Ruf

Das bereits in vierter Auflage vorliegende Wörterbuch der Verlagsprache ist eine aus jahrzehntelanger Praxis geschöpfte Auskunft über die Bedeutung zahlreicher klassischer wie brandaktueller Begriffe der Verlagsprache unter der Berücksichtigung der elektronischen Medien.

Wer sich mit dem Thema Medien sowohl im engeren Sinn - Medienbranche - als auch im weiteren Sinne - Medien im Deutschunterricht - beschäftigt, findet in dem Wörterbuch eine wertvolle Hilfe fachchinesische Begriffe kurz und prägnant erklärt zu bekommen.

Weitere interessante Bücher aus dem Verlag: 'Über die Kunst des Schreibens' und 'Goldene Worte für jeden, der schreibt'

## Berlin – die neue Hauptstadt Studienfahrt vom 8. bis 12. September 2002

Der VLB bietet auf vielseitigen Wunsch für Kolleginnen und Kollegen eine 5tägige Studienfahrt nach Berlin an. Umfangreiche Stadtbesichtigung, ein Studientag im deutschen Bundestag mit Einblick in die Parlamentsarbeit und kulturelle Begegnungen sind Bestandteile des Programms.

Es ist eine Kooperationsveranstaltung des VLB mit der Europäischen Akademie Bayern e.V.

### Programm

- Stadtrundfahrt und Besichtigungen historischer Stätten, Museumsbesuch (neu eröffnete Alte Nationalgalerie, Museumsinsel)
- Studientag „Der deutsche Bundestag“ (Aufgaben, Arbeitsweise, das neue Bundestagsgebäude, Einblick in die Parlamentsarbeit, Gespräche mit Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen)
- Besuch und Besichtigung bedeutender Berliner Bauwerke und Institutionen (z.T. ehemaliges Ost-Berlin), Schiffahrt auf der Spree (Berlin vom Wasser aus erleben)

**Preis:** 340,00 Euro pro Person im DZ.

**Leistungen:** Fahrt im Luxusreisebus, Bustransfer zu den einzelnen Terminen, 4 Übernachtungen im \*\*\*Hotel mit Frühstücksbuffet, Teilnahme an allen Veranstaltungen incl. Eintrittsgelder, Seminarleitung durch die Europäische Akademie Bayern

**Anmeldung:** Interessenten melden sich bitte bei der Geschäftsstelle des VLB, Dachauer Strasse 4, 80335 München, Tel. 59 52 70 oder Fax: 550 44 43 bis Freitag, 17. Mai 2002, an. Teilnehmerzahl ist auf 32 Personen begrenzt.

*Dietmar Leischner*

**6. VLB-  
Berufsbildungs-**

**21.-23. November 2002**

**Kongress  
in Passau**



Die kreisfreie **Stadt Amberg** sucht zum Schuljahr 2002/2003 für die Städtische Wirtschaftsschule Friedrich Arnold

## eine Diplom-Handelslehrerin / einen Diplom-Handelslehrer

**mit vertieften Informatik-Kenntnissen oder weiterem Zweifach**

Die Beschäftigung erfolgt bei Erfüllung der laufbahnrechtlichen und persönlichen Voraussetzungen im Beamtenverhältnis.

Die Stadt Amberg, Oberzentrum mit ca. 43.000 Einwohnern, liegt im Herzen der Oberpfalz in einer landschaftlich reizvollen Umgebung mit guter Verkehrsanbindung zu den Ballungsräumen Nürnberg und Regensburg. Das Stadtbild ist geprägt von einem historischen Stadtkern. Neben einer Fachhochschule mit neuartigen innovativen Studiengängen und einem modernen Kongresszentrum mit besonderen wirtschaftspolitischen und kulturellen Veranstaltungen befinden sich zahlreiche weiterführende Schulen sowie weitere kulturelle und sportliche Einrichtungen am Ort.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit vollständigen Bewerbungsunterlagen (Lichtbild, tabellarischer Lebenslauf, Schul-, Studien- und Arbeitszeugnisse) richten Sie bitte bis spätestens **26.04.2002** an das

**Personalamt der Stadt Amberg,  
Marktplatz 11, 92224 Amberg**

### Autorenverzeichnis:

Fischer Lothar	Zum Burgstall 13, 92637 Weiden, Tel.: (09 61) 4 63 88
Gißler, G./Koch, H./ Wiessner, E.	BBZ, Schützenstr. 32, 97702 Münnertadt, Tel.: (0 97 33) 8 11 90
Greubel Manfred	VLB-Dienstrechtsreferent Händelstr. 25, 90571 Schwaig, Tel.: (09 11) 50 00 41
Heckner, Ingrid	stellvertr. VLB-Landesvorsitzende, Hauptpersonalrätin Bergstr. 9, 84556 Kastl, Tel.: (0 89) 55 25 00 22 (HPR)
Prof. Dr. Hermann, Joachim	Lothstr. 17, 80335 München, Tel.: 80 89) 28 92 - 0
Lang, Helmut	VLB-Versicherungsbeauftragter KBBZ, Stettiner Str. 1, 9702 Würzburg, Tel.: (09 31) 66 17 29
Lochner Horst	VLB-Bezirksvorsitzender Mittelfranken Bussardstr. 8, 90556 Seukendorf, Tel.: (09 11) 75 26 09
Pohlmann, Heiko	VLB-Referent Lehrerbildung Kapellenstr. 82, 82239 Alling, Tel.: (0 81 41) 81 85 24
Sauerwein Hermann	VLB-Landesvorsitzender Walter-v.-d.-Vogelweide-Str. 22, 97074 Würzburg, Tel.: (09 31) 7 84 77 25

# Mitarbeit beim Schulleitergespräch: ein Beitrag zum Rangordnungsverhalten

von Gerhard Riedl

Die Bezeichnung „Mitarbeitergespräch“ in den amtlichen Verlautbarungen zeigt die notorische Blickrichtung von Alpha nach Omega: Geregelt wird das Besprechen des Mitarbeiters.

## Gesprächspartner

Sollten Sie Referendar, Lehramtsanwärter, befristet oder nur unter einem Viertel beschäftigt sein (sog. „Mietarbeiter“), so erübrigt sich jede Diskussion. Reden Sie bei dem Mitarbeitergespräch also nur, wenn Sie gefragt sind.

## Gesprächsanhaltung

Diese geht nach der KMBek Nr. 11/2-L9542/1 1/33914 IV „regelmäßig von dem Schulleiter aus“ – oder, aus der frugalen Verwaltungsprosa in die hergebrachte Hierarchieliteratur übertragen: „Gehe nie zu deinem Fürst, wenn du nicht gerufen wirst“. Widrigenfalls kann auch der Mitarbeiter den Chef ansprechen, wirkt dann jedoch in dessen Augen weniger ansprechend als anspruchsvoll, da er nicht das große Ganze überblickt, dass nämlich große Leute ganz wenig Zeit haben.

Mit Beschäftigten über 55 Jahren sind Gespräche mehr obligatorisch – wie in sonstigen alten Ehen ist wohl alles gesagt: fraglich bliebe außerdem, ob sich wenigstens einer von beiden noch an den Termin erinnert.

Auch aus diesem Grund sollten Sie nicht auf einer zu ausgedehnten Vorbereitungszeit für das Gespräch bestehen: Ihr Vorgesetzter darf erwarten, dass Sie nicht lange überlegen müssen, was sie eigentlich wollen, sondern freudig seine Nähe suchen.

## Gesprächsdauer

Da Pädagogen in Konzentrationsintervallen von 45 Minuten leben, sollte die Unterhaltung eine solche darstellen, also in Dauer und Niveau eine normale Unterrichtsstunde nicht übersteigen. Außerdem steht der nächste Kollege schon vor der Tür – jeder möchte schließlich mal befördert werden. Seien Sie zudem sensibel für averbale Signale Ihres Gegenübers: Wenn er schon das Licht ausmacht, ist dies gemeinhin kein Zeichen für die Schaffung einer besonders vertraulichen Gesprächsatmosphäre!

## Art der Gesprächsführung

Direktoren fühlen sich häufig unterschätzt, missverstanden und auch emotional vereinsamt. Zu Recht befürchten

sie, ihre Karriere könnte bereits den Endpunkt erreicht haben. All dies erfordert ein hohes Maß an Feingefühl des nachgeordneten Beamten. Hier kann er durch aufmerksames Zuhören sowie Hintanstellen der eigenen Probleme Verständnis und Zutrauen erzeugen. Legt er überzeugend dar, wie wichtig für ihn die Arbeit jedes einzelnen Vorgesetzten ist, wird er dessen Einschätzung der eigenen Führungskraft positiv bestärken.

Schon zur Vereinfachung der anzufertigenden Niederschrift wird der Mitarbeiter schwierige grammatikalische Konstruktionen vermeiden, sich auf kurze, zustimmende Hauptsätze beschränken und auftretende Probleme übersprechen.

## Inhalt des Gesprächs

Auf jeden Fall zu vermeiden sind Gesichtspunkte, die einen Bezug zur dienstlichen Beurteilung mit sich bringen. Ein erfahrener Mitarbeiter wird seinem Vorgesetzten somit überzeugend darlegen, sich nicht erinnern zu können, von diesem jemals beurteilt worden zu sein oder noch zu werden, und gewährleistet so – schon aus Gründen des Datenschutzes – die nötige Anonymität, an großen Schulen ein Leichtes. Da nun aber das gesamte Verhalten des Bediensteten beurteilungsrelevant ist, scheidet dieses logischerweise komplett als Gesprächsthema aus. Somit kann es nur um Leistungssituation, Aktivitäten, Vorhaben und berufliche Qualifikation des Vorgesetzten gehen. Diese lernt der Untergebene besser zu verstehen, was in der Regel zu einer gemeinsamen Zielvereinbarung führt.

## Niederschrift über das Gespräch

Wie bei sonstigen Protokollen liefert der Mitarbeiter einen Entwurf, der vom Schulleiter korrigiert und dann in der Endfassung von den Gesprächspartnern unterzeichnet wird. Die Lehrkraft hat ihr Exemplar zu vernichten, wenn ihr Vorgesetzter wechselt.

## Schlussbestimmung

Da bei solchen Gesprächen Ziele vereinbart, nicht aber erreicht werden, ist als Ziel der Weg zu bestimmen. Der sicherste Beweis dafür, ein Ziel nicht erreicht zu haben, ist folglich, wenn man darüber spricht. Und sollte das Thema dieser Glosse Ihnen überhaupt nichts bringen – gut, dass wir mal drüber gesprochen haben!